

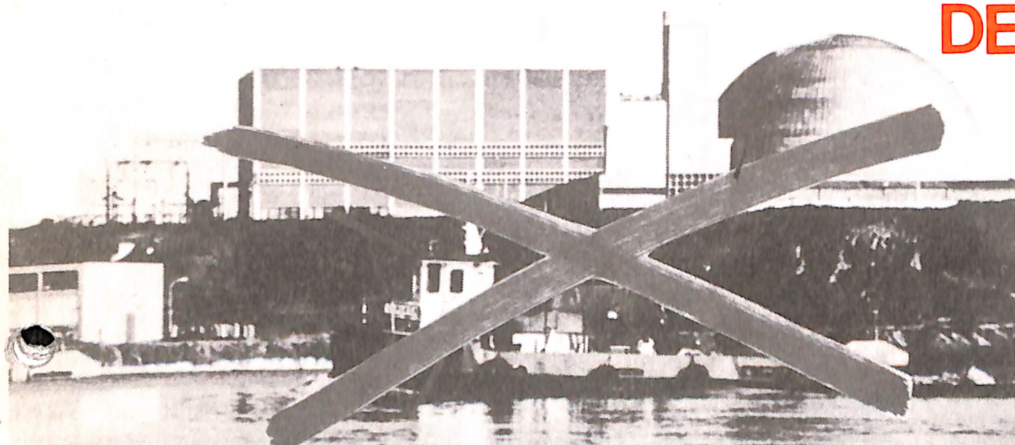
KEIN ATOMKRAFTWERK IN BROKDORF

UND AUCH NICHT ANDERSWO!

DEMONSTRATION

AM 19. 2. 1977

IN BROKDORF



**DER PLATZ
WIRD BESETZT!**

AUS DEM INHALT:

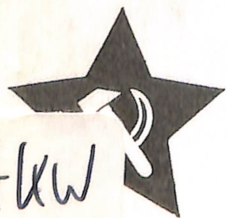
Die Entwicklung des Kampfes - Polizeiterrror
kann den Widerstand nicht brechen - Wie geht
es weiter - Augenzeugenberichte - Kampf der
politischen Unterdrückung in beiden Teilen
Deutschlands

KPD — ROTE HILFE

REGIONALKOMITEE WASSERKANTE

LANDESVBAND NORD

2. ERWEITERTE AUFLAGE - SOLIDARITÄTSPREIS 2.00 DM



Akw
Bro

CHRONOLOGIE

DES WIDERSTANDES GEGEN DAS ATOMKRAFTWERK BROKDORF

Nov. 73 Die NWK (Nordwestdeutsche Kraftwerke AG) gibt Brokdorf als Standort für den Bau eines geplanten AKW bekannt (Druckwasserreaktor mit einer Leistung von 1300 MW, betriebsfertig 1980).

26.11.73: Die Bürgerinitiative Umweltschutz Untereibe wird gegründet.

Anf. Dez. 73: Eine Befragung der Bevölkerung der Gemeinden Brokdorf und Wewelsfleth wird durchgeführt. 75 % der Befragten sprechen sich gegen das AKW aus.

Okt. 75: Die KKW Brokdorf GmbH beantragt "die Elbe zu Kühlwerken und zur Einleitung von Abwässern" nutzen zu dürfen. Gegen den Antrag erheben 5.800 Menschen Einspruch.

Ausliegende Gutachten dürfen von den Mitgliedern der BUU nicht fotokopiert werden.

Dez. 75: Die norddeutschen Bürgerinitiativen und Bürgerschutzverbände erklären, dass sie den Bauplatz des geplanten KKW besetzen werden, wenn gerichtliche Schritte nicht ausreichen, den Bau zu verhindern.

8.3.76: Der wasserrechtliche Erörterungstermin beginnt. Die Behörde teilt die Einwände in "Anlieger" und "Auswärtige" ein. Während der Dauer des Termins waren bis zu 300 Polizisten im Einsatz.

26. 10. 76: Die Landesregierung erteilt die sofort vollziehbare Erste Teilgenehmigung für das AKW Brokdorf. Die Regierungspresse war intern informiert worden. Bevor die Betroffenen Bescheid wussten, war das Gelände von Polizei und Werkschutz in einer Nacht- und Nebelaktion besetzt und gesichert worden. Noch in der Nacht rollten die Baufahrzeuge an.

30. 10. 76: 8.000 Menschen nehmen an der Kundgebung der BUU am Deich teil.

16.00 Uhr Abmarsch zum Bauplatz. An einer Stelle gelingt es sofort, Wassergraben und Stacheldrahtzäune zu überwinden und auf den Bauplatz zu gelangen. Da am Anfang nur wenige übergehen, gelingt

es Polizei und Werkschutz, die Besetzer in einer Ecke des Platzes einzuzäunen.

ca. 17.00 Uhr: Ca. 2.000 Menschen sind auf dem Platz.

Gegenüber Pastor Bode und Herrn Hellerich von der BUU "verspricht" die Polizei, nicht einzugreifen.

Währenddessen werden auf den Strassen ringsum einzelne verhaftet und erkennungsdienstlich behandelt, die Schlafsäcke, Zelte usw. herbeiholen. Die Telefonleitungen sind tot. Um zu verhindern, dass weitere Menschen zum Bauplatz kommen, hat die Polizei die Zufahrtsstrasse mal hier, mal da zugesperrt ("Wasserrohrbruch"). Der Brückenkopf, über den wir auf den Platz gelangt sind, wird durch eine Barrikade gegen die von der Verbindungsstrasse her anrückende Polizei gesichert. Zelte werden aufgebaut, die Bevölkerung versorgt uns mit Proviant. Man richtet sich auf die Nacht ein.

Ab 18.00 Uhr bläst der KBW - unverschämterweise auch im Namen der Bürgerinitiative - zum Abmarsch. Die Reaktion: "KBW ade - in Brokdorf wie auch anderswo".

Ab 20.00 Uhr wird der Einsatzbefehl zum Räumen gegeben.

Um 20.30 Uhr ging es los. Die Sperre auf der Strasse wurde von der Polizei durch Einsatz von Wasserwerfern, Schlagstöcken und Chemischer Keule gestürmt. Anschliessend wurden die auf dem Platz eingekreisten AKW-Gegner mit gleichen Mitteln vertrieben. Die Polizei ging mit unfassbarer Brutalität vor. Die zusammengedrückten Besetzer wurden mit Füssen getreten, geschlagen und die Chemische Keule wurde teilweise aus wenigen cm Entfernung mehrfach hintereinander angewendet. Das Zeltdorf wurde zusammen mit zurückgebliebenen Sachen, darunter Kleidungsstücke, Schlafsäcke und Ausweise, von der Polizei zusammengetragen und sofort verbrannt. Danach wurde mit Bulldozern alles eingeebnet. (Nach Angaben der Polizei befinden sich einige Sachen in Itzehoe.)

31.10.76: Bei nur zweistündiger Mobilisierung demonstrieren 2 - bis 3.000 Menschen gegen den Polizeiterror des Vortages.

3.11.76: Die BUU gibt auf einer Pressekonferenz bekannt, dass am 13. 11. 1976 eine noch grössere Demonstration stattfinden würde. Sie formuliert die Forderungen:

- WIR WERDEN WIEDERKOMMEN !
- KEIN ATOMKRAFTWERK IN BROKDORF UND AUCH NICHT ANDERSWO !
- ABZUG DER POLIZEI !
- ABZUG DES WERKSCHUTZES !
- ABZUG DER BAUMASCHINEN !
- WIR VERHANDELN NICHT, BEVOR DER BAU GESTOPPT IST !

- DAS A K W WIRD NICHT GEBAUT !
- 3. 11. bis 14. 11. 1976
BROKDORF WIRD NOTSTANDSGEBIET

- "Sicherungsmaßnahmen" am Baugelände werden ausgebaut. Der um das Gelände gezogene Graben wird auf zum Teil 8 m verbreitert. Bis zu 5 m hohe Mauern aus Beton, Stahlgitter und Stacheldraht.

- Bauern werden bespitzelt. Polizei kommt nachts auf die Höfe und leuchtet in die Wohn- und Schlafräume.

5.11.76 SPD-Bonzen in der ÖTV organisieren eine Demonstration für das AKW in Brokdorf, zu der sie allerdings nur klägliche 1000 Mann, überwiegend Gewerkschaftsbonzen und höhere Angestellte der am Bau beteiligten Firmen auf die Beine brachten. An der Spitze marschierte Hans Schwalbach, SPD-Landtagsabgeordneter, ÖTV-Bonze und gleichzeitig Mitglied des Aufsichtsrates der NWK

- Am Donnerstag, 11. 11. 1976, wird ein auf privatem Gelände geplantes Zeltlager verboten. "Verstoss gegen das Landschaftspflegegesetz" (100 m vom geplanten AKW entfernt !).

Am Freitag, 12. 11. 76, wird trotzdem ein Zelt aufgebaut. Zum Abriss bestellte Polizisten mussten wegen des starken Widerstandes wieder abziehen.

- In der Nacht von Freitag auf Samstag - 12./13. - verschärfte sich die Lage in der Umgebung von Brokdorf noch weiter: Das Gebiet wurde in ca. 12 km Umkreis durch Polizeisperren mit einem äusseren und inneren Sicherheitsbereich hermetisch abgeriegelt. Für Auswärtige war es unmöglich, mit dem Wagen durchzukommen. Lastwagen mit den Lautsprecheranlagen und Material wurden an den Strassensperren lange Zeit festgehalten und durften nicht zum Kundgebungsplatz befördert werden. Die Polizei beschlagnahmte bei einem Bauern eine grosse Anzahl von Pappschildern.

13. 11. 1976
Über 30.000 Menschen sind wegen der Polizeisperren zum Teil über 12 km zu Fuß gelaufen, um den Kundgebungsplatz zu erreichen. Viele Menschen wurden an den Sperren festgehalten.

Nach einer kurzen Kundgebung strömten die Demonstranten zum Bauplatz. Es wurden provisorische Brücken über die Grä-

ben gebaut und es wurde versucht, den Schutzwall zu beseitigen. Der Durchbruch gelang an vielen Stellen. Die Polizei versuchte in dieser Zeit, den Platz hauptsächlich vom Baugelände aus zu verteidigen. Hubschrauber des Bundesgrenzschutzes flogen im Tiefflug über die Demonstranten und beschossen sie mit Rauch- und Tränengasgranaten und mit Flüssigkeiten, die mit chemischen Reizstoffen versehen waren. Es gab viele Verletzte auf Seiten der Demonstranten. Etwa 1000 Demonstranten mussten von den Ärzten medizinisch versorgt werden. Ärzte und Krankenwagen wurden von den Polizeisperren gehindert, an den Kundgebungsplatz zu gelangen. Der brutale Einsatz von Polizei, Bundesgrenzschutz und Werkschutz hielt uns diesmal noch davon ab, den Bauplatz endgültig zu besetzen. Die massive Abwiegungspolitik der D"K"P und auch des KBW und KB-Nord trug entscheidend mit dazu bei, daß sich die Demonstranten zurückziehen mußten. Jetzt kam es erneut zu brutalen Übergriffen der Polizei und zu Verhaftungen. In Kommandos überfielen Polizisten Gruppen von heimkehrenden Demonstranten oder Einzelpersonen und schlugen sie blindwütig zusammen. Verletzten wurde von der Polizei ärztliche Versorgung verweigert. Polizisten weigerten sich, ihre Dienstnummer oder ihren Namen anzugeben.

3.12. 76
Presseerklärung der BUU mit der Aufforderung an alle Gruppen und Einzelpersonen, sich auf eine Großkundgebung im Februar 1977 am Bauplatz in Brokdorf vorzubereiten: DER BAUPLATZ MUSS WIEDER ZUR WIESE WERDEN !

17.12. 76, vormittags: Das Verwaltungsgericht Schleswig verfügt einen "vorläufigen Baustop" bis zu einer mündlichen Verhandlung im Frühjahr 1977.

17.12. 76, abends: Erklärung der Regionalkonferenz der BUU in Wilster zu diesem Beschluß: Damit ist, und zwar nur vorläufig, eine Forderung der BUU erfüllt. ... "Empört stellen wir fest, daß trotz des Gerichtsentscheids die Aufspülungsarbeiten heute um 21 Uhr immer noch fortgesetzt werden. Wir sehen keine Veranlassung, unser Vorgehen zu ändern und auf weitere Aktionen zu verzichten."

18.12. 76: Treckerdemonstration zahlreicher Bauern der Wilster Marsch um den Bauplatz in Brokdorf.

23.12. 76: Resolution der Hamburger BUU Gruppen zum weiteren Kampf mit der Aufforderung zu einer Großkundgebung am Bauplatz am 19.2. 1977 - BIS DANN MUSS DER BAUPLATZ WIEDER EINE WIESE SEIN !

27.12. 76: Die BUU beschließt in Wilster eine Großkundgebung am Bauplatz für den 19. Februar 1977.



DAS ATOMKRAFTWERK IN BROKDORF

MUSS VERHINDERT WERDEN!

DIE BEVÖLKERUNG DER WILSTERMARSCH

Ungefähr 35 000 Menschen wohnen in der Wilstermarsch - zwischen Brunsbüttelkoog, der Kreisstadt Wilster, Krempe und Glückstadt. Kleine Fabriken, einzelne Werften an der Elbe und der Stör, Handwerk, Verwaltungsbüros. In den letzten Jahren sind viele Pendler nach Elmshorn, Itzehoe und anderen Städten hinzugezogen; auch kamen Besitzer von Ferien- und Wochenendhäusern aus Hamburg an die Unterelbe. Vor allem aber beherrscht die Landwirtschaft das Bild, ca. 3000 Höfe, die ausschließlich Milchwirtschaft betreiben.

Nach den ersten Ankündigungen eines AKW in der Wilstermarsch wird im Oktober 1973 der Plan offiziell bekanntgegeben. In einer 2 Monate später durchgeführten Bürgerumfrage in Brokdorf und dem 5 km entfernten Wewelsfleth lehnen 75% der Bevölkerung den Bau ab, vor allem aufgrund der Erfahrungen mit der Industrieansiedlung und den AKWs in Stade auf der gegenüberliegenden Seite der Elbe und bei Brunsbüttelkoog. Ein Bauer drückt dies so aus: "Erst der Goldregen der NWK (Nordwestdeutsche Kraftwerksunion - Hauptanteileigner der AKWs Brunsbüttel, Stade und Brokdorf) für einzelne Dummköpfe. Die verkaufen und ziehen weg. Dann der Lärm, der Dreck in der Umgebung durch den Bau. Die ganze Gegend verändert sich. Der Hof läuft nicht mehr richtig. Die Industrieansiedlung drum rum. Die Erträge werden schlechter und die Preise herabgesetzt. Jetzt sind die meisten Bauern aus der Umgebung von Brunsbüttelkoog davor, zu verkaufen, abzuhaufen, oder sie schleppen sich durch. Sie haben vom Geld nichts gesehen, den Versprechungen geglaubt und können jetzt sehen, wo sie bleiben."

Schon 1973 führte die KPD gemeinsam mit AKW-Gegnern - Bauern und anderen Menschen den Kampf gegen die Zerstörung der Umwelt im Raum Stade. Doch der aufkeimende Widerstand reichte vorerst nicht aus. Der

Einfluß von SPD und CDU konnte nicht entscheidend gebrochen werden.

Die Konsequenz heute:

- Chemiebetriebe, wie Dow Chemical und VAW neben dem AKW in Betrieb. Ruinierung der Landwirtschaft und Obstgebiete. Zerstörung eines Erholungsraumes. Ständige Vergiftung der örtlichen Bevölkerung durch die radioaktive Strahlung und Abwässer.

- Bei Brunsbüttelkoog noch weitergehende Zerstörung der Umwelt, Ölraffinerien - rücksichtslos ohne genügende Entgiftungsanlagen aufgebaut. AKW in Betrieb, weitere Chemie- und andere umweltzerstörende Betriebe sind geplant bzw. in Bau.

Die Bauern um Brokdorf und Wewelsfleth sind es, die als erste gegen die Planung des AKW protestieren. Im November 1973 schrieben sie die ersten Einwendungen, führten Gespräche mit CDU-Ministerpräsident Stoltenberg. Es sind die angesehensten Bürger im Ort, der Bürgermeister von Wewelsfleth Sachse, die Bauern Reimers und Voss, der CDU-Ortsvorsitzende Hellerich, die sich zur Bürgerinitiative Umweltschutz Unterelbe Brokdorf/Wewelsfleth zusammenschließen. Die Stärke und Unnachgiebigkeit ihrer Gegner veranlaßt sie jedoch schnell, sich mit den Initiativen aus Hamburg und Bremen zusammenzuschließen, die wissenschaftlich, juristisch und vor allem politisch den Kampf gegen die Atomkraftwerke führten und die Bevölkerung an der Unterelbe unterstützten.

Im Kampf gegen die Lügenpropaganda der Atommonopole, der Bundes- und Landesregierung wiesen zahlreiche Wissenschaftler die Gefährlichkeit und Menschenfeindlichkeit des Atomprogramms der Bundesregierung nach. In einem Aufruf zum Kampf gegen das AKW Brokdorf hat die KPD die Lügenhaftigkeit der Atompropaganda an 3. Punkten entlarvt:

Die Lügen der Atomindustrie

"Lüge Nr. 1:
"Ohne Atomenergie gehen die Lichter aus."
Dies ist die am meisten verbreitete Lüge der Atom-Energiekapitalisten (seit kurzem hat der Siemens-Konzern das absolute Monopol im Atomkraftwerkbau mit seinen riesigen Profiten) und der bürgerlichen Politiker. An Rhein, Ruhr und Saar wachsen die Steinkohlehalden in den Himmel. Erdöl wird es auf der Welt noch für Generationen mehr als genug geben. Vor allem die 3. Welt hält unerschöpfliche Energiequellen bereit. Dennoch erklärt Bundeskanzler Schmidt: "Mit Erdöl betriebene Kraftwerke allzu abhängig von politischen Entwicklungen in Krisengebieten." Damit spricht er offen aus, daß weiterhin eine Politik gegen die Staaten und Völker der 3. Welt betrieben werden soll, die für ihre Rohstoffe natürlich eine gerechte Gegenleistung fordern. Aber, die sich gegen die Bevormundung und Ausplünderung ihrer natürlichen Reichtümer durch den Imperialismus, vor allem die beiden Supermächte, zur Wehr setzen, nennt Schmidt anmaßend 'Krisengebiete'. Gleichberechtigte Beziehungen und Zusammenarbeit mit der 3. Welt und damit auch die einzig wirklich zukunftsorientierte Lösung der Energiefrage lehnen die BRD-Monopole und die Schmidt-Regierung ab. Im Gegenteil, der 3. Welt wollen sie sogar die Schuld für die kapitalistischen 'Energieprobleme' in die Schuhe schieben, ihnen sollen die Gesetze der kapitalistischen 'freien Marktwirtschaft', d.h. der ungestörten Ausplünderung, aufgezwungen werden. Grundlagenforschung für zukunftssträchtige ungefährliche Energiequellen, wie z.B. Sonnenenergie, wird ebenfalls nicht betrieben. Folglich

soll das Geschwätz vom 'Stromengpaß ohne Atomenergie' nur verschleiern, in wessen ausschließlichem Interesse die Atomenergie ist und wer wirklich verantwortlich ist für die sogenannten 'Energieprobleme'! Zurecht schrieben die chinesischen Genossen: "Was das Geschwätz in westlichen Ländern anbetrifft, die Energieressourcen würden bald erschöpft sein, so ist das nichts als ein pessimistisches Stöhnen einer dekadenten Klasse. Klassen im Niedergang beschreiben immer ihre eigene Krise und Untergang als das Herannahen des Weltuntergangs... Die 'Energiekrise' ist eine Krise des kapitalistischen Systems." Der ganze reaktionäre und nicht etwa 'fortschrittsorientierte' Charakter des Atomprogramms der SPD-Regierung kommt auch gerade darin zum Ausdruck, daß ihre Energiepolitik nicht etwa zur Unabhängigkeit führt, sondern in das Gegenteil: in die weitere Abhängigkeit von den beiden Supermächten USA und Sowjetunion, die ein fast absolutes Monopol in der Urananreicherung besitzen und unter die die Uranlieferung nach Europa aufgeteilt sind. Gegen die 3. Welt und gegen das eigene Volk gerichtet auf der einen Seite - das ist der ganze Charakter des Atomprogramms des BRD-Imperialismus und seiner Schmidt-Regierung!

Demgegenüber sagt die KPD:
FÜR EINE ENERGIEPOLITIK UNABHÄNGIG VON DEN SUPERMÄCHTEN, IN ZUSAMMENARBEIT MIT DER DRITTEN WELT!

Lüge Nr. 2:
"Atomenergie sichert Arbeitsplätze."
Auch das ist eine Lüge. - Die bereits betriebenen Atomkraftwerke in Stade, Brunsbüttel usw. haben doch nicht einen einzigen Arbeitsplatz erhalten. Im Gegenteil! Hunderte von Bauern und Landarbeitern wurden vertrieben. Die systematische Vernachlässigung der natürlichen Energiequelle Kohle brachte einerseits den Zechenbaronen Zechenstilllegungsprämien in Millionenhöhe aus Steuergeldern, andererseits rund 500.000 Kumpeln Arbeitslosigkeit. Nicht

Erhaltung von Arbeitsplätzen ist die Politik der Kapitalisten, sondern auf ihrer Jagd nach Profiten 'rationalisieren' sie mit jeder technischen Neuerung hunderte und tausende von Arbeitsplätzen weg. Gerade der den Kapitalisten zu Tiefstpreisen zugeschanzte Strom (währenddessen gehen die Strompreise für die Werktätigen in die Höhe) wird vor allem für neue Rationalisierungen und die Verschärfung der Arbeitshetze durch Automatisierung etc. genutzt.

Lüge Nr. 3:
"Atomenergie ist sicher."
Das ist die größte Lüge! Sie ist längst zerpfückt von allen in- und ausländischen Wissenschaftlern, die nicht im Sold der Atomenergiemonopole stehen. Einen "ungefährlichen" Normalbetrieb von AKWs gibt es nicht. Selbst bei den offiziell angegebenen "Normal"werten radioaktiver Aktivität im Umkreis der AKWs - die in der Praxis oft um das zifache

überschritten werden - ist mit einem sprunghaften Ansteigen der Krebserkrankungen, vor allem Haut- und Blutkrebs zu rechnen, nach US-amerikanischen Untersuchungen ca. 10 - 20% höher als in anderen Gebieten. Diese Folge wird wahrscheinlich durch andere Abgase z.B. der Chemieindustrie weiter potenziert. Stehen erst die rund ein Dutzend AKW's an der Unterelbe, dann wird die Elbe durch

die einsetzende Erwärmung endgültig eine tödliche Bakterienbrühe sein, zumal in der DDR an der Elbe bei Magdeburg ebenfalls 8 Atomkraftwerke geplant sind. Fällt eine Kühlanlage aus, stürzt ein Flugzeug in ein AKW, dann ist ganz Norddeutschland in wenigen Stunden ein Friedhof gigantischen Ausmaßes. Was bedeutet diese unkalkulierbare tödliche Gefahr erst recht angesichts der täglich wachsenden Gefahr eines 3. Weltkrieges, hervorgerufen durch das erbitterte Ringen der beiden Supermächte um die Weltherrschaft, vor allem angesichts der Vorherrschaftspläne des sowjetischen Sozialimperialismus in Europa und sein wahnsinniges Rüstestien!? Jede kleine 'normale' Bombe kann ein AKW in eine Atombombe von tausendfach größerer Wirkung als die von Hiroshima verwandeln, ohne daß selbst A-Waffen eingesetzt werden. Eine wahrhaft phantastische Einladung an die Erpressungspolitik und Kriegspläne der Supermächte!

Vor allem die Lagerung des Atommülls, der jederzeit ins Grundwasser gelangen oder austreten kann (und zwar mit jahrhundertelanger Wirkung), ist von unermeßlicher Gefährlichkeit.

Zeigt all dies nicht eindringlich, daß der Kapitalismus unfähig ist, weder die Energiefrage, noch den Umweltschutz, noch irgendeine andere Frage im Interesse der Volksmassen zu organisieren? Die Monopolkapitalisten und ihr Staat scheren sich in ihrem unstillbaren Profitfieber einen Dreck um die Folgen für die Volksmassen. Dagegen geben die wirklich sozialistischen Länder, voran die VR China, ein leuchtendes Beispiel in

den Fragen des Umweltschutzes. In China gibt es kein Atomkraftwerk und ist auch keins geplant. Die Energieversorgung ist dennoch gesichert. Unter der Diktatur des Proletariats ist dort der Bau auch nur einer Fabrik verboten, wenn nicht die Frage der nützlichen und umweltfreundlichen Weiterverarbeitung des Abfalls gelöst ist. So werden z.B. allein in einer chemischen Düngemittelfabrik in Nanking jährlich 1,4 Millionen kWh Strom aus den Abgasen gewonnen. In China sind die Arbeiter im Bündnis mit den Bauern die Herren der Fabriken und des Staates. Dort sorgt die Arbeiterklasse dafür, daß die Produktion dem Wohl des ganzen Volkes zugutekommt und nicht mehr dem Luxus und der Verschwendungssucht, den Profiten der Kapitalisten. Sie wurden zum Teufel gejagt.

Hat das nur für das 'ferne China' Bedeutung? So wollen es uns die Kapitalisten gern weismachen. Aber nein, auch für uns ist das die einzige Perspektive: die Diktatur der Bourgeoisie zerschlagen, die kapitalistische Profitwirtschaft auflösen und unter der Diktatur des Proletariats, d.h. der Unterdrückung der Handvoll ehemaliger Ausbeuter, an den Aufbau des Sozialismus gehen, der im Interesse der überwältigenden Mehrheit liegt! Deshalb lautet die Hauptlosung der KPD im Kampf gegen die beiden Supermächte und ihre Kriegstreiberei, vor allem gegen den sowjetischen Sozialimperialismus, diesen aggressiven Räuber und Hauptfeind unseres Volkes, der bereits die DDR besetzt hält, und gegen die beiden Bourgeoisien in den zwei deutschen Staaten: FÜR EIN UNABHÄNGIGES, VEREINTES UND SOZIALISTISCHES DEUTSCHLAND! "

DIE KONFRONTATION BEGINNT

Einen wuchtigen Schlag erhielten die Illusionen in den "Rechtsweg", in die "Neutralität und Wissenschaftlichkeit", des Genehmigungsverfahrens, als bei den Erörterungsterminen Ende 1974 und vor allem im März 1976 die mehr als 26.000 Einwendungen der Bevölkerung vom Tisch gefegt wurden.

Der wasserrechtliche Erörterungstermin im März 1976 in Wilster wurde der Anlass für eine die ganze Wilstermarsch erfassende Bewegung, denn brutal und diktatorisch setzten NWK, Landesregierung und Bund ihre Interessen durch. Mit Polizei im Ort

hinter verriegelten Veranstaltungstüren durfte die Bevölkerung nur getrennt von ihren Gutachtern auftreten, die Gutachter umgekehrt nur ohne die örtliche Bevölkerung. Schliesslich wurde nach 6 Tagen die Erörterung abgebrochen, ohne dass auch nur ein Bruchteil der Einwendungen behandelt worden waren. Weitere Nachfragen wurden monatelang vertröstet, bis schliesslich der Bau begann. Mit dieser Erfahrung bildeten sich in fast allen grösseren Orten Gruppen der BUU, die sich jetzt regelmässig trafen und koordinierte Aktionen durchführten - Aufklärung

Proletarier aller Länder, unterdrückte Völker und Nationen, vereinigt Euch!



ROTE FAHNE

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD)

WOCHENZEITUNG

Auf der Veranstaltung der KPD gegen das Atomkraftwerk in Brokdorf hielt Prof. Jens Scheer eine sehr wichtige Rede.

Jens Scheer, Mitglied der KPD und ein international anerkannter Wissenschaftler, hat sich und seine wissenschaftlichen Erkenntnisse stets in den Dienst des Volkes gestellt. Deshalb unterstützt er entschieden den Kampf der Volksmassen gegen menschenfeindliche Atomkraftwerke. Deshalb verfolgt der Bremer SPD-Senat ihn mit Berufsverbot. Trotz seiner Suspendierung als Hochschullehrer an der Bremer Universität setzt Jens Scheer seine Arbeit an der Universität fort mit der Unterstützung seiner Studenten, Teilen seiner Kollegen sowie vieler ausländischer Wissenschaftler, die ihre Solidarität durch wiederholte Einladungen von Jens Scheer zu internationalen Kongressen bewiesen haben. Solidarität mit dem von Berufsverbot bedrohten Jens Scheer!!

Aus der Rede von Professor Jens Scheer auf der Veranstaltung am 5. November in Hamburg

Freunde und Genossen!

Ich will nicht nur als Atomphysiker, sondern auch als Mitglied der BUU und aktiver Teilnehmer der Besetzung berichten, denn es genügt nicht, den Kampf des Volkes aus der Universität heraus durch Gutachten und ähnliches zu unterstützen, man muß auch selbst konsequent und aktiv mitkämpfen.

Ich will einige Worte zu den Gefahren des AKW Brokdorf speziell und der Atomenergie allgemein sagen. Dabei muß betont werden, daß die Atomenergie sicher zunächst eine gute Sache war und daß das erste AKW der Welt, in der damals noch sozialistischen Sowjetunion zu Lebzeiten Stalins aufgrund der damaligen Kenntnisse geplant und aufgebaut, recht als Durchbruch zu neuen Energiequellen gefeiert wurde. Die folgenden Jahrzehnte zeigten jedoch:

1. Heimtückische Spätschäden durch die im Normalbetrieb abgegebenen radioaktiven Stoffe, die man damals noch nicht kennen konnte. Das Atomprogramm der SPD-Regierung kann im „Normalbetrieb“ zu Tausenden von Todesopfern führen. Wie auch sonst bei umweltverseuchenden Industrien erlaubt die Regierung die Abgabe von Giftstoffen unterhalb gewisser Mengen. Diese erlaubten Abgaben sind aber keineswegs ungefährlich. Ganz im Gegenteil, sie erzeugen Krebs und andere Krankheiten; vor allem steigt die Säuglingssterblichkeit. Vieles spricht außerdem dafür, daß chemische Umweltgifte und strahlende Stoffe sich in ihrer Wirkung gegenseitig verstärken. Die zulässigen Abgabemengen radioaktiver Gase, die über einen Schornstein in die Luft geblasen werden, und in Wasser gelöste Stoffe, die einfach dem Kühlwasser beigemischt werden, sie werden festgelegt im Grunde durch Kostenüberlegungen.

Die internationale Strahlenschutzkommission hat direkt ein Berechnungsverfahren vorgeschlagen, in dem die Kosten für die Zurückhaltung der radioaktiven Giftstoffe aufgerechnet werden gegen die Kosten, die durch Krankheiten und Todesfälle erwachsen. Ganz konsequent wurde im Kernforschungszentrum Jülich eine Tabelle zusammengestellt, in der die Kosten für die Rückhaltung von radioaktiven Gasen und die durch die Abgabe verursachten Kosten untereinander aufgeführt wurden. Ein Toter kostet nach diesen Rechnungen 500 000 DM, ein Krankheitsfall wird mit 100 000 DM verbucht. Verständlicherweise wurden diese makabren Rechnungen nicht veröffentlicht.

2. Größere Unfallgefahr, insbesondere bei den großen Typen, wie sie heute üblich sind, bei denen die Gefahr besteht, daß das Tausendfache der Radioaktivität, wie sie bei der Hiroshima-Bombe entstand, ins Freie kommt. Welche Katastrophen, die Sowieso Welt in den Schatten stellen würden, können auf verschiedene Weise entstehen.

Viel diskutiert wird die Möglichkeit, daß die Abfuhr der Wärme aus dem Inneren des AKW, die dort durch die Kernprozesse entsteht, hin zu den Turbinen versagt. Sofern dann die Notkühlvorrichtungen versagen - und dafür spricht leider einiges und man hat nie gewagt, das tatsächlich auszuprobieren - schmilzt das viele 100 Tonnen schwere hochradioaktive Herz des AKW zusammen, durchdringt den Betonboden und führt zu einer unvorstellbaren Katastrophe. Auch ein berstender Reaktordruckkessel kann alle Hüllen durchschlagen und schlagartig die ganze Radioaktivität freisetzen. Aber auch ein Flugzeug, das auf ein AKW abstürzt, kann eine Katastrophe

auslösen, wenn alle Schutzhüllen zerschlagen werden. Dasselbe gilt natürlich für eine ganz normale Bombe. Auf diese Weise kann ein Angreifer, ohne selbst Atomwaffen einzusetzen, eine atomare Verseuchung größten Ausmaßes bewirken. Ebenso kann im Rahmen der Strategie der verbrannten Erde die Zerstörung eines AKW zur Verseuchung führen, viel schlimmer als die zu diesem Zweck ohnehin installierten Atomminen. In diesem Sinn bezeichne ich AKWs als Super-Atomminen.

Alle diese Fakten wurden jahrelang durch Zensur, Einschüchterung, Berufsverbote usw. unterdrückt, erst langsam bricht sich die Wahrheit immer mehr Bahn!

3. Wesentlich geringere Uranvorräte, als man erhofft hatte. Heute kennt man rund 25mal soviel Kohlevorräte, je dreimal soviel Erdöl- und Erdgasvorräte als mit heutiger Technik nutzbare Uranvorräte. Hinzu kommt, daß der „Flaschenhals“ der Uranversorgung, die gigantischen „Anreicherungsanlagen“, praktisch im Monopolbesitz der beiden Supermächte sind, so daß die von der SPD-Regierung demagogisch versprochene „Unabhängigkeit von den Ölscheichs“ in Wahrheit bedeutet, die Energieversorgung dem Würgegriff der Supermächte auszusetzen.

Aus diesen Gründen ist die Atomenergie heute keine sinnvolle, sondern eine volksfeindliche mörderische Energiequelle. Aus gutem Grund bauen und planen die VR China und die VR Albanien auch keine Atomkraftwerke, sondern setzen auf die Entwicklung umweltfreundlicher Energiequellen und die Wiederverwendung der scheinbaren Abfälle. Die Delegation Matthöfer, die der chinesischen Regierung deutliche AKWs aufschwätzen wollte, mußte enttäuscht wieder abzie-

So ist die Atomenergie zugespitzter Ausdruck einer Politik, die der Einheitsfront der Völker, Staaten und Nationen, der welthistorischen Strömung, direkt zuwiderläuft. Dagegen halten wir die Energieversorgung auf der Basis des Dialogs und gerechter Verträge mit den Ländern der Dritten Welt.

Auch das Gemüseanbaubgebiet um Glückstadt ist bedroht, vor allem auch durch die Bewässerung durch verseuchtes Elbwasser, das durch die Gezeiten viele Male hin und her bewegt wird. Konse-

Die Lösung ist: Der Bauplatz muß wieder der Weide werden. Kein AKW in Brokdorf und auch nicht anderswo! Und ich füge hinzu – denn das ist die Perspektive des Kampfes: Für eine Energieversorgung unabhängig von den Supermächten und in Zusammenarbeit mit der Dritten Welt!

1. durch das AKW die radioaktive Ver-
seuchung der Milch tausendfach poten-
ziert - durch Anreicherung im Gras

3. Durch die geplanten ca. 10 - 15 AKWs an der Unterelbe wird die Elbe um mehrere Grad aufgeheizt, so dass möglicherweise für die Landwirtschaft eine erhebliche Klimaveränderung eintreten kann, zumal an der Oberelbe in der DDR ebenfalls 8 AKWs gebaut werden sollen.

Interesse der Antragsteller hieran. Dieses liegt darin, daß mit jedem Zeitverzug für

Die "Erste Teilgenehmigung", die durch ihren Umfang besondere Wissenschaftlichkeit vortäuscht, "leidet" insgesamt an sehr vielen inneren Widersprüchen. So wird z.B. auf S.110 festgestellt: "Es ist heute nicht möglich, mit absoluter Genauigkeit vorherzusagen, wie sich langfristig das Wirtschaftswachstum und der Energiebedarf entwickeln werden." Ab S.144 wird dann aber lang und breit ausgeführt, daß dann, wenn das AKW Brokdorf nicht gebaut würde, in Zukunft die "Lichter ausgehen werden". Der Einwand, die Sicherheit dieser Anlage sei keineswegs erwiesen, wird mit der Bemerkung weggewischt, daß "keine technische Anlage absolut sicher sei" (S.144). Während im Bescheid selbst angedeutet wird, daß wir noch in späteren Jahrhunderten mit zwar stillgelegten, aber immer noch strahlenden AKW's zu tun haben werden, wird zur Dauer dieser "billigen", "zukunftssicheren" Anlage lapidar ausgeführt: "Die Uranvorräte werden nicht in 15 Jahren erschöpft sein, sie reichen bei Einsatz moderner Anschlußtechnologien (die es noch nicht gibt! die Hrsg.) weit über das Jahr 2000 hinweg" (S.114). Insgesamt ist diese "Erste Teilgenehmigung" nichts anderes, als was sich auch bei den Kämpfen am 30.10. und 13.11. klar gezeigt hat: Der Staatsapparat versucht mit zynischen "Begründungen" gewaltsam Profitinteressen gegen den erklärten Willen breiter Teile der Bevölkerung durchzusetzen.

Dagegen hilft auch die massive Lügenpropaganda der NWK, ihre Geschenke - Kindergarten, öffentliche Toilette, Schwimmbad und Blumen - nicht weiter. Nur in Brokdorf selbst gelingt es durch massive unmittelbare Bestechung, einen grösseren Kreis für das AKW anzuwerben.

Unter dem Eindruck des massenhaften, entschlossenen und hartnäckigen Kampf der Bauern in Whyl wird einhellig der Beschluß bekräftigt :

um das AKW zu verhindern, ist die Platzbesetzung unser legitimes Recht und wir bereiten uns darauf vor!

Selbst die festen CDU- und SPD-Mitglieder sind gezwungen, diesem Beschluss zuzustimmen. Scheinheilig gibt sogar der Delegierte aus Brunsbüttelkoog, ein DKP-Mitglied, seine Zustimmung. Er sagt 'ja' zu der Forderung:

kein AKW in Brokdorf und auch nicht anderswo!

obwohl allein in Magdeburg an der Oberelbe Honecker längst 8 Atomkraftwerke plant.

Während in Hamburg von der Initiative eine intensive Propaganda begonnen wird, glaubt in der Wilstermarsch noch kaum jemand daran, dass die Landesregierung vor Gerichtsscheid mit dem Bau beginnen würde. Die Besetzung erscheint vielen als unwahrscheinliche und wenn, dann friedliche Demonstration des Protestes. Kurz vor den Wahlen versprechen alle Parteien des Bundestages, das AKW werde nicht gegen die Bevölkerung gebaut, der Gerichtsentscheid abgewartet. Die CDU gewinnt haushoch die betroffenen Gemeinden.

Dann, 4 Wochen nach der Wahl, die Nacht- und Nebelaktion - der Baubeginn - Polizei in der gesamten Gegend, Stacheldraht, Gräben, der Werkschutz streunt durch Brokdorf. Schon als sich am Nachmittag des Baubeginns ca. 200 AKW-Gegner versammeln, fahren Wasserwerfer und Hundertschaften Polizei auf.

Die Bevölkerung ist empört, es kommt zu spontanen Zusammenstößen mit der Polizei, Verweigerung der Personalienkontrolle, Durchbrechen der Strassenkontrollen, weit über den Kreis der BUU-Mitglieder hinaus entwickelt sich eine entschlossene Kampf-bewegung, die die Verwirklichung der Bauplatzbesetzung fordert.

Einstimmig wird die Demonstration für den 30. 10. beschlossen, sowie jegliche Verhandlungen mit der Landesregierung und den bürgerlichen Parteien abgelehnt, so-

lange Polizei und Baupersonal in Brokdorf anwesend sind. Ausserdem erklärt die BUU, wenn überhaupt, nur zu öffentlichen Verhandlungen zu gehen.

Trotz der zwei Tage vor der Demonstration massiv vorgetragene Bedenken der CDU - u. SPD-Vertreter, sowie einzelner von ihnen beeinflusster Bauern, und gegen den massiven Widerstand innerhalb der Bewegung von seiten der D"K"P und Juso und in ihrem Gefolge die Opportunisten vom KBW, und KB-Nord gelingt den 5.000 am 30.10. trotz riesigen Polizeieinsatzes die Besetzung. 1.500 marschieren auf den Platz und richten sich auf eine dauerhafte Besetzung ein. Zwar verspricht die Polizei hinterhältig, keinen Angriff durchzuführen, um aber später am Abend nur um so blindwütiger den Platz frei zu prügeln und alles Material zu verbrennen. Zu diesem Zeitpunkt waren es insbesondere die massiven Spaltungsmanöver des KBW, der statt sich an der Besetzung zu beteiligen lieber eine Kundgebung abhielt und dann abzog, die entscheidend dazu beitrugen, daß es der Polizei gelang den Platz zu räumen. Die Rolle der D"K"P und der Opportunisten wird bei diesem Vorfall grell beleuchtet.

Einer ihrer Führer rief auf dem Bauplatz den Besetzern zu : "Keinen Widerstand, bleibt sitzen, lasst Euch verprügeln, keine organisierten Ketten ! Wir wollen kein Bild des Kampfes, sondern des Leidens".

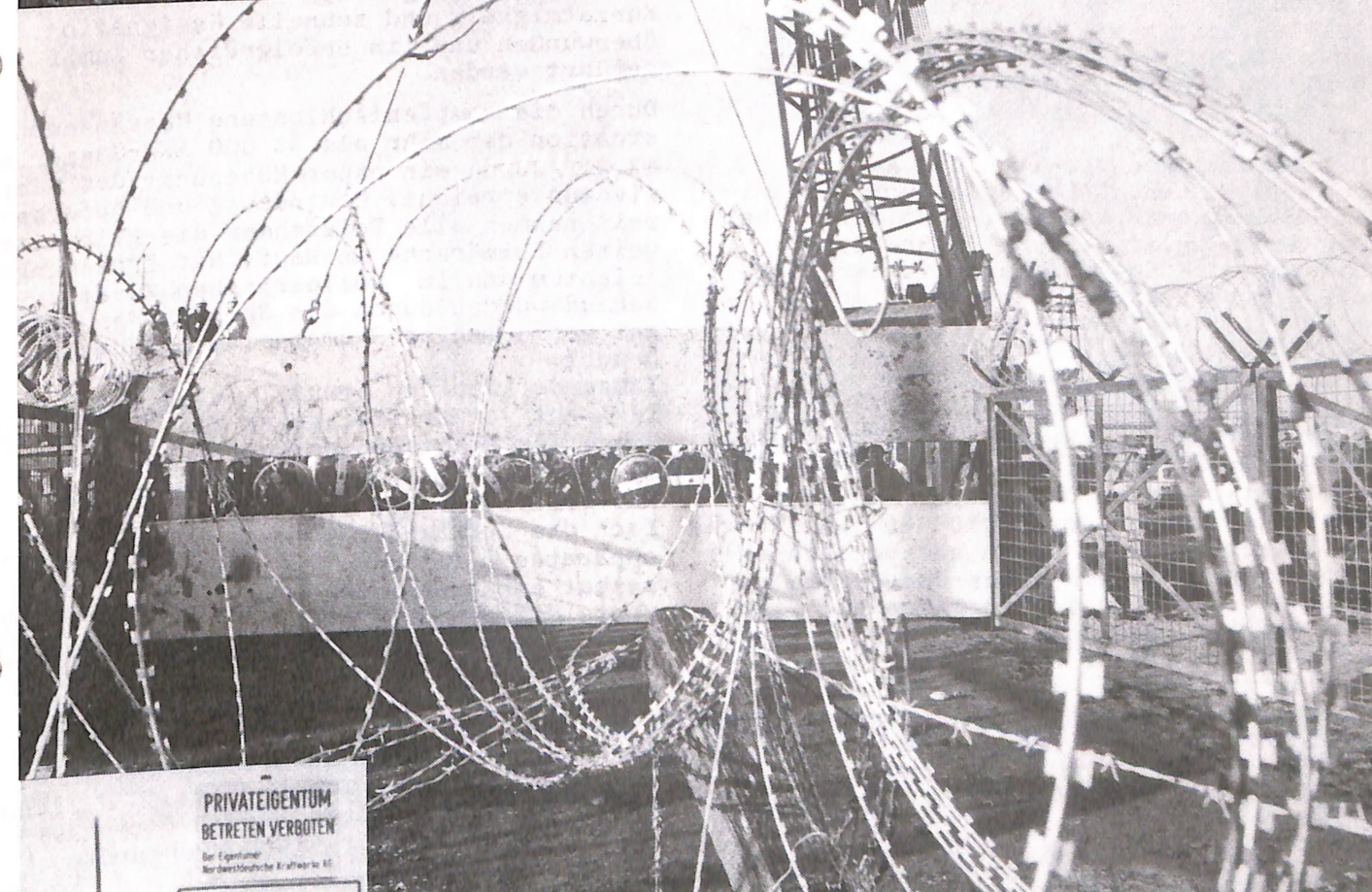
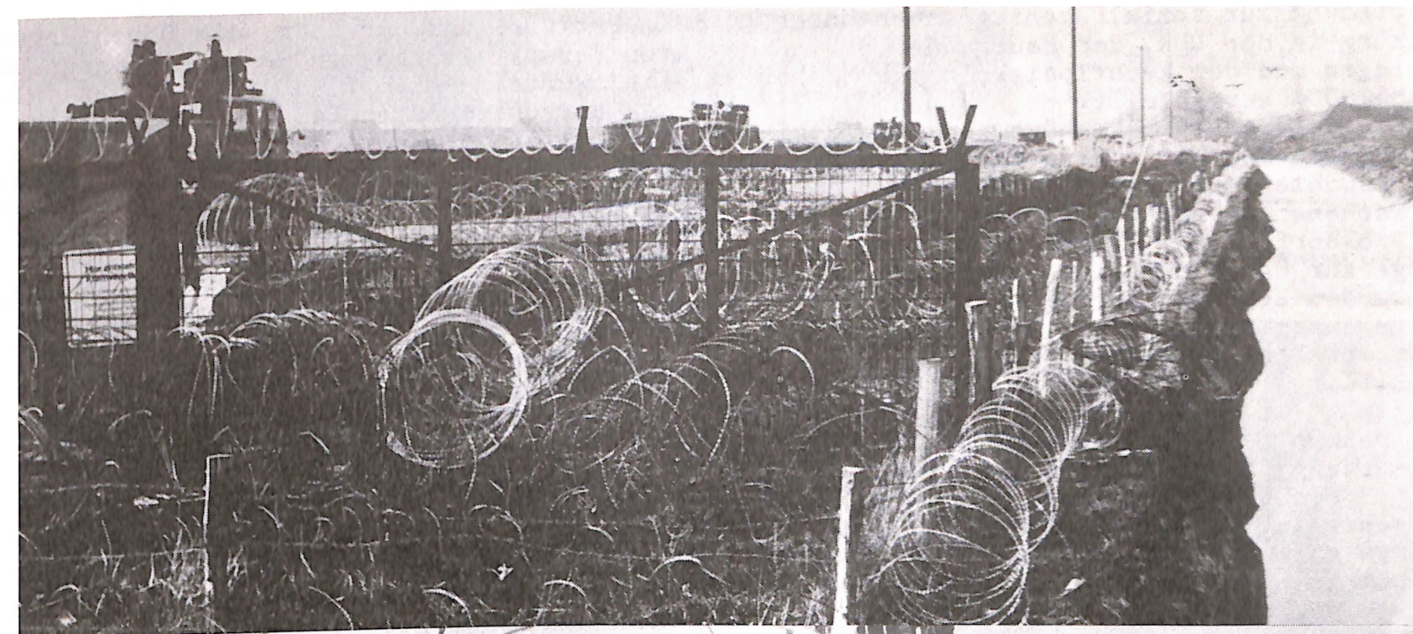
Aber statt Resignation schnellte die Wut und Kampfbereitschaft im Unterelberaum, in ganz NOrddeutschland empor. Solidaritätsaktionen aus der ganzen BRD werden gemeldet. Die Whyler Bauern führen eine Demonstration zum Bauplatz durch und schicken ein Telegramm nach Brokdorf. Dort versammeln sich schon am nächsten Tage zu einem Schweigemarsch wiederum 3.000 Menschen, davon die überwiegende Mehrheit aus der Wilstermarsch selbst und rufen zum Schluss klar und vernehmlich : WIR KOMMEN WIEDER ! DER BAUPLATZ WIRD BESETZT !

Dieses ungeheure Anschwellen der Kampfbereitschaft spornte die BUU-Vertreter dazu an, zu einer erneuten Demonstration am 13. 11. aufzurufen, um diesmal die Besetzung wirksam und besser vorbereitet durchzuführen, 10-tausende zusammenzufassen.

Die Solidaritäts- und Kampffront wächst sprunghaft weiter

Die erfolgreiche, wenn auch kurze Besetzung, hat die Kampfbereitschaft ungeheuer angespornt und die Siegeszuversicht gestärkt. Überall werden weitere

Vorbereitungen diskutiert, hunderte und tausende Menschen schlossen sich dem Kampf an, wollen Flugblätter verteilen, Geld spenden, Kollegen werben, verlangen



PRIVATEIGENTUM
BETRETEN VERBOTTEN

Hier entsteht unser
Kraftwerk Brokdorf

Grüße von der Besetzer Brokdorf

bindung zur sozialfaschistischen Unterdrückung in der DDR, der Mauer, den Schießanlagen und der Rechtlosigkeit der Massen in der DDR hergestellt.

Gerade die Polizeimanöver und die Schikanen fachten den Widerstand noch weiter an. So besuchten hunderte von Menschen an den Wochenenden und Feiertagen die Festung Brokdorf, entwickelten plötzlich Vorschläge zur Überwindung der Absperranlagen, wurden Zeichnungen angefertigt, Vorschläge zusammengefaßt und zum Teil öffentlich verbreitet. Delegationen aus Münster, Berlin, Frankfurt, Wyhl, Bremen, dem Ruhrgebiet und Dänemark berieten mit den Vertretern der BUU über ihre Beiträge zur Besetzung, fuhren mit Anweisungen für ihre Gruppen zurück und sicherten feste Kontingente zu.

Zahlreiche Organisationen, Naturfreunde, Umweltschützer, Pastoren, Pazifisten etc. entschlossen sich, einen Beitrag zur Überwindung der Sperranlagen zu leisten, teils mit Material selbst Hand an zu legen, teils für die Beschaffung Sorge zu tragen oder auch öffentliche Aufrufe zur Demonstration zu unterstützen.

Die Initiativen bereiten die Anreise der zehntausende AKW-Gegner vor, organisieren Bussonderfahrten, Prkplätze, Übernachtungsmöglichkeiten. In Brokdorf selbst wurde das Zeltlager vorbereitet, das der politischen Demonstration und Vorbereitung dienen sollte.

Die KPD und die Rote Hilfe unterstützten diesen Kampf mit ganzer Kraft, organisierten Vorbereitungen für das Zeltlager, für Materialbeschaffung, initiierten eine organisierte Sanitätstruppe, stellten Kontakte in der ganzen BRD her und führten in Brokdorf selbst einen entschlossenen Kampf gegen die ständigen Übergriffe der Polizei. Gleichzeitig stellten sie sich die Aufgabe, das politische und ideologische Niveau dieser stürmischen Massenbewegung zu erhöhen, zu festigen und vor allem die Feinde in den eigenen Reihen zu isolieren und die Perspektive dieses Kampfes zu verankern. Mit zehntausenden von Flugblättern, Agitation und Propaganda

Den Feind in den eigenen Reihen bekämpfen!

Dennoch konnte der Bauplatz nicht besetzt werden. Wäre es unter Umständen möglich gewesen mit vereinten Kräften den Terror der Bürgerkriegstruppen erfolgreich zu überwinden, so haben die Sabotage und Spaltung der Feinde in den eigenen Reihen die Bewegung entscheidend geschwächt. Dazu nur 3 Schlaglichter:

1. Auf Druck der CDU- und SPD-Vertreter wurde die Kundgebung anstatt direkt am Bauplatz, auf einer 2 km entfernten Wiese durchgeführt. Dadurch wurde Verwirrung in die ankommenden

in Brokdorf und Umgebung, die Durchführung von Veranstaltungen in Hamburg, Bremen und Kiel wurde der Kampf um den Zusammenschluß der entschiedensten Teile der AKW-Gegner geführt, Kontakte geschlossen und die Basis eines langandauernden Kampfes geschmiedet. Der Genosse Jens Scheer organisierte an führender Stelle die Vorbereitung auf den 13. 11. mit, griff auf den Regionalkonferenzen der BUU entschlossen ein und führte einen zähen und tiefgreifenden ideologischen Kampf gegen den Einfluß revisionistischer und opportunistischer Organisationen. Denn es ist klar: eine spontane Massenbewegung kann ihre Kraft und Zähigkeit nur erhalten, wenn sie sich vom Einfluß der Bourgeoisie, vor allem des modernen Revisionismus und Reformismus löst, entschlossen den selbstständigen Kampf führt, wenn die Führung der Arbeiterklasse erkämpft wird. Nur so kann ein ständiges hin- und herschwanke, Kurzatmigkeit und schnelle Resignation überwunden und ein erfolgreicher Kampf geführt werden.

Durch die kampfentschlossene Massendemonstration der mehr als 30 000 AKW-Gegner am 13.11. wurde ein neuer Höhepunkt des Kampfniveaus erreicht. Hartnäckig und opferbereit nahmen alle Teilnehmer die kilometerweiten Fußmärsche in Kauf, mit Erfindungsreichtum und im solidarischen Zusammenschluß wurden durch die Sperren der Polizei große Mengen Baumaterial hindurchgebracht.

Tausende kämpften bewußt, mutig und zum Teil gut vorbereitet gegen die Bürgerkriegsarmee des Staatsapparates und hielten stundenlang im Feuer von Tränengas und Wasserwerfern. Sie erreichten, daß mehrfach die Schwäche des bürgerlichen Machtapparates offensichtlich wurde, der sich selbst einmauern mußte, um die Festung zu verteidigen.

Diese Kampffraktion breiter Teile der Bevölkerung übertrifft selbst in ihrer Bedeutung den bereits hervorragenden Kampf der Wyhler Bauern. Er hat die Monopolbourgeoisie noch weiter aufgeschreckt, eine breite Solidarisierung im In- und Ausland verstärkt und die politischen Interessen von Millionen in der BRD hervorgerufen.

Demonstranten getragen und ein gemeinsamer Angriff von den festgelegten Fronten aus verhindert. Folge: Die letzten Teilnehmer der Kundgebung stießen erst zum Bauplatz hinzu, als die Versuche der Besetzung schon ca. 2 Stunden begonnen hatten, so daß die Polizei die Möglichkeit hatte, eine Zersplitterung ihrer Kräfte zu verhindern, tausende zu neutralisieren.



Transparente und Stelltafeln angebracht. Die BUU hat Plaketten zum Anstecken und Postkarten herausgebracht, die dazu beitragen, den Kampf gegen das geplante AKW überall zu verbreiten.



Der Text auf dem Segel dieses vor dem Baugelände am 13.11. zusammen mit zahlreichen anderen Fischerbooten ankernden Kutters lautet: Elbfischer durch Atomwerke und dessen Industrie - Existenzbedroht!



stützt. KPD-Mitglied Jens Scheer war einer der ersten Wissenschaftler, die den mörderischen Charakter des Atomprogramms wissenschaftlich nachwiesen. Er hat mit zahllosen Gutachten die Bürgerinitiativen auch in Wyhl und Brokdorf seit Jahren unterstützt.

Kompromißlos treten mit Jens Scheer zusammen andere Wissenschaftler aus Bremen, das dortige SAIU-Projekt, Dr. Storim aus Hamburg ua. für die vollständige Aufhebung des Atomprogramms ein und bekämpfen "kritische" Wissenschaftler, die sich als "Begleiter" des Atomprogramms verstehen, "Verbesserungsvorschläge" und "etwas mehr Sicherheit" fordern wie zB. Prof. Ehrenstein aus Bremen oder D"K"P-Wissenschaftler, die mit dreisten Lügen, die DDR-AKW's aus der Sowjetunion seien die "sichersten der Welt" (obwohl sie noch nicht einmal Sicherheitsschutzhülle und Notkühlsysteme besitzen) auftreten und behaupten, durch Mitbestimmung und "gewerkschaftliche Kontrolle" das Atomprogramm sicherer machen zu können. Bisher ist es diesen Leuten jedoch nicht gelungen, die Bewegung gegen die AKW's unter ihre Kontrolle zu bringen. So wurde die Erpressung von Herrn Ehrenstein, der sich, wie überall sonst auch, den Bürgerinitiativen in Lichtenhorst (Niedersachsen) anbot, zurückschlagen. Er hatte gefordert, Jens Scheer auszuschließen! Die niedersächsischen und Bremer Bürgerinitiativen verurteilten diese Manöver und beschlossen, diesen Herrn Ehrenstein nicht mehr einzuladen! In Bremen wurde Genosse Jens Scheer mit den weit aus meisten Stimmen in das Leitungsgremium der Bürgerinitiativen gewählt!

Auch innerhalb der Bürgerinitiativen Umweltschutz Unterelbe (BUU) konnten die Versuche, die Kommunisten von den anderen AKW-Gegnern zu trennen, zurückgeschlagen werden. Die BUU verurteilte die Hetze der bürgerlichen Presse und der Landesregierung und bestimmte immer wieder bekannte KPD-Sympathisanten mit verantwortlichen Aufgaben. Die allermeisten, auch der wohlhabenden Bauern aus Brokdorf selbst ließen sich durch persönliche Besuche von Stoltenberg, Innenminister Tietzk, die Beschwörungen im Fernsehen usw. nicht von dieser Linie abbringen.

Jetzt - nach der zeitweiligen Bauunterbrechung - sehen Sozialdemokratie und vor allem die D"K"P-Führer ihre Chance gekommen, die Illusionen in den "Rechtsstaat", die trotz der jahrelangen Erfahrungen der Bevölkerung der Wilster Marsch mit Anhörungen, Erörterungsverfahren und Gerichtsentscheidungen, trotz der Bürgerkriegsmanöver im ganzen Gebiet, Auftrieb bekommen, um die Bewegung zu spalten und niederzuwerfen.

Nicht zufällig wenige Tage vor der zeitweiligen Bauunterbrechung führten SPD- und D"K"P-Führer in Kiel die Spaltung einer Aktionseinheit gegen AKW's durch. Gestützt auf den Vorwand, "Kommunisten seien für AKW's im Sozialismus", und unter Ausnutzung von spalterischen Manövern des KBW konstituierten sich diejenigen als "Bewegung gegen AKW's in Kiel", die die Atomprogramme in Ost und West mitdurchzusetzen helfen; noch konnten sie einige ehrliche AKW-Gegner täuschen. Hermann Schultz, der Anführer dieses Unternehmens, verkündete der gierigen Presse die Lüge, die BUU habe sich ebenfalls von den Kommunisten distanziert und sei gespalten! In einigen Orten Norddeutschlands gründeten sich jetzt Komitees "Solidarität mit Brokdorf", unter denen die D"K"P-Führer ihre Propaganda für "Mitbestimmung" betreiben und so den unterschiedlichen Kampf gegen Atomenergie in Ost und West abzuwürgen versuchen. Gemeinsam mit SPD-Gruppen setzen sie zunächst alles daran, eine erneute Großkundgebung und Besetzung des Bauplatzes zu verhindern. Ein SPD-Mann plauderte auf dem Plenum der Hamburger Bürgerinitiativen allzu offen, daß der Ortsvorstand Norderstedt (bei Hamburg) beschlossen habe, eine BUU-Gruppe zu gründen und die Besetzung verhindert werden solle.

Während Mitglieder und Sympathisanten der KPD und die ROTE HILFE zusammen mit fortschrittlichen AKW-Gegnern alles daran setzen, die Illusionen in ein "ge-



Die AKW-Gegner Christen gemeinsam mit Kommunisten, wie dem zu den Demonstranten sprechenden Prof. Jens Scheer formieren sich zu dem gewaltigen Massenprotest gegen das geplante AKW Brokdorf am 13. 11. 1976.



rechtes Verfahren" vor den Gerichten zu zerstören, den breiten Widerstand selbstständig, im Vertrauen auf die eigene Kraft gegen den bürgerlichen Staatsapparat, SPD- und D"K"P-Führung zu organisieren, schleichen sich die Feinde immer mehr in die Initiativen ein. Sie müssen die offene politische Auseinandersetzung scheuen und denunzieren jeden AKW-Gegner, der auch gegen die AKW's in der DDR kämpft, als "Spalter".

Mit einem vor Weihnachten durchgepeitschten Delegiertensystem haben sich diese Leute die Möglichkeit geschaffen, die entschiedenen Kämpfer in den Initiativen voneinander zu isolieren und eine Spaltung herbeizuführen.

Die D"K"P-Führer gerieten in helle Aufregung, als das Hamburger Plenum der Bürgerinitiativen mit 22 gegen 3 Stimmen (von KB-Nord-Führern) eine Resolution beschloß. Es heißt darin: "Die Solidarität der D"K"P, die sich einerseits der Bewegung gegen AKW's in der BRD anschließt, andererseits den Bau von AKW's in der DDR unterstützt, erscheint heuchlerisch und deutet daraufhin, daß es ihr nicht um den Kampf gegen Atomanlagen geht".

Einen wichtigen Erfolg in der Schmiedung einer festen Einheit stellt die Tatsache dar, daß von der BUU-Gesamtkonferenz der Kampf gegen Atomanlagen in Ost und West als Grundlage für die weitere Öffentlichkeitsarbeit beschlossen wurde; darunter insbesondere Protestmaßnahmen gegen die 8 bei Magdeburg in der DDR geplanten AKW's, die die Vergiftung der Elbe noch weiter verschlimmern werden.

Ebenso konnten SPD- und D"K"P-Führer nicht verhindern, daß innerhalb der AKW-Gegner sich die Erkenntnis durchsetzt, daß sie gleichzeitig den Kampf gegen den massiven Abbau der demokratischen Rechte führen müssen. Die BUU hat daher auf Initiative der ROTEN HILFE den Ermittlungsausschuß gegen den Polizeiterror und zur Unterstützung der verfolgten AKW-Gegner gegründet, sie unterstützt die Unterschriftensammlung für Jens Scheer und wird in den zahlreichen Fällen von Berufsverboten, Entlassungen ebenso wie in den ersten bereits einsetzenden gewerkschaftlichen Disziplinierungsmaßnahmen aktive Solidarität üben.

Im weiteren Kampf muß für die AKW-Gegner vor allem auch der Kampf gegen die Einschränkung der Freiheit der revolutionären und kommunistischen Presse, gegen "Gewalt"-Paragraphen und Polizeigesetz geführt werden, um einen wichtigen Beitrag gegen den Abbau der demokratischen Rechte in der BRD zu leisten.

WIE GEHT ES WEITER ?

Der Erfolg des weiteren Kampfes wird entscheidend davon abhängen, wie weit es gelingt, die Arbeiterklasse auf

breiter Front in diesen Kampf zu führen, ein festes Bündnis von Arbeiterklasse, Bauern und allen AKW-Gegnern unter Führung der Arbeiterklasse zu verwirklichen. Wie neuralgisch die SPD- und D"K"P-Führer gerade hier reagieren, wo sie mit jahrelanger Hetze in Betrieb und Gewerkschaft die AKW-Gegner als "Maschinenstürmer" zu isolieren versucht haben, zeigte ein "S"DAJ-Vertreter, der gegenüber dem entschlossenen Auftreten einer neu gegründeten gewerkschaftlichen Initiative gegen AKW's in Hamburg losplatzte, falls sie gegen die Gewerkschaftsführung auftreten würden, dann müßten sie ausgeschlossen werden.

Aber in immer mehr Betrieben wächst die Diskussion und Sympathie mit dem Kampf der AKW-Gegner. Solidaritätsadressen treffen ein, in denen das Verhalten der DGB-Führung scharf verurteilt wird. Die KPD hat bereits ihre besonderen Anstrengungen auf die Mobilisierung in Betrieb und Gewerkschaft gelegt und kämpft innerhalb der AKW-Bewegung entschieden für eine enge Verbindung mit der Arbeiterklasse. Denn nur eine Massenbewegung der Arbeiterklasse selbst wird das gesamte Atomprogramm zu Fall bringen und zugleich einen wichtigen Beitrag zur Isolierung der schlimmsten Feinde innerhalb der Arbeiterbewegung der D"K"P-Führer leisten wird.

Gleichzeitig wird eine klare Perspektive und Standfestigkeit nur erreicht werden können, wenn sich die AKW-Gegner im Klassenkampf gegen die Monopolbourgeoisie zugleich gegen die Kriegsvorbereitungen der Supermächte, vor allem der Sowjetunion stellen, und statt des Atomprogramms, das mit den Uranlieferungen Abhängigkeit von USA und Sowjetunion bedeutet und zugleich den drohenden Aggressoren auch ohne Atomwaffeneinsatz die Möglichkeit der totalen radioaktiven Verseuchung Deutschlands gibt, für eine Energieversorgung gestützt auf die eigenen Ressourcen und auf freundschaftliche Beziehungen zur Dritten Welt eintreten.

Gegenwärtig sind es vor allem KB-Nord und KBW, die von angeblicher Kriegsvorbereitung der BRD durch AKW's schwätzen (als ob Plutonium in der BRD nicht schon übergenug vorhanden wäre, um damit Atomwaffen zu bauen) und um den berechtigten Wunsch vieler AKW-Gegner, die vollständige Vernichtung aller Atomwaffen zu fordern und die Spitze gegen die beiden Supermächte zu richten, zu unterdrücken. Der KBW entblödete sich nicht, der KPD Kriegshetze vorzuwerfen, weil die Forderung KEINE AKW's IN DER DDR nur durch den Einmarsch der Bundeswehr in der DDR zu verwirklichen sei.

Ihre "linken" Phrasen über den Kriegstreiber Nr. eins, die BRD, stehen vollkommen im Dienst der modernen Revisionisten der D"K"P, deren Ziehväter in einer sowjetischen Wissenschaftszeitung die AKW-Gegner West-Europas

Verwaltungsgericht: Zeitweilige Bauunterbrechung in Brokdorf

Am 17. 12. gab das Verwaltungsgericht Schleswig eine erste Stellungnahme zu den von mehreren Gemeinden und Anwohnern erhobenen Klagen gegen die sofortige Vollziehbarkeit der 1. Teilbaugenehmigung für das AKW-Brokdorf ab. In der Urteilsbegründung für eine vorläufige Bauunterbrechung hieß es, an dem „öffentlichen Interesse“, den Bau sofort zu vollziehen, seien Zweifel angebracht, die „weiterer Aufklärung bedürften“. Im Februar 1977 soll ein Erörterungstermin stattfinden, mit Antragstellern, Behörden und Betreibern des AKW's. Danach werde entschieden, ob der sofortige Beginn der Bauarbeiten rechtmäßig war.

Mit diesem Beschluß ist entgegen der von der bürgerlichen Presse verbreiteten Meldung weder ein „Baustopp“, noch irgend ein weiterer Beschluß gegen den AKW-Bau gefaßt worden.

Noch nicht einmal das übliche Verfahren, daß die Klageerhebung gegen den Bau aufschiebende Wirkung hat, ist vom Gericht wieder hergestellt worden. Einzige Wirkung des Gerichtsentscheids ist, daß die Entscheidung, ob die von Stoltenberg angeordnete „sofortige Vollziehbarkeit“, die formale Begründung für die Nacht- und Nebelaktion bei Baubeginn, rechtens war, verschoben worden ist (!).

Einzigartig bisher das Vorgehen des Gerichts, den AKW-Betreibern nachträglich die Möglichkeit zu geben, das „öffentliche Interesse“ zu begründen, während ansonsten beim geringsten Zweifel die Gerichte ein „öffentliches Interesse“ ablehnen. Dieser Nachweis soll vor allem darin liegen, daß NWK, HEW und Behörden belegen, daß ohne sofortigen Baubeginn in Norddeutschland bald „die Lichter ausgehen“. Mit diesem Gerichtsentscheid ist ein erster Teilerfolg des massiven Widerstandes der AKW-Gegner errungen, einzig der entschlossene Kampf und breite Massenbewegung gegen das AKW Brokdorf sind es, die die herrschende Klasse zu diesem Manöver gezwungen haben.

Mit dem Gerichtsbeschluß von Schleswig schlägt die herrschende Klasse immer

deutlicher einen Kurs ein, ihre bisherige Manövrierfähigkeit an der Front der Massenkämpfe gegen das Atomprogramm zu erhöhen. Umweltschutzbehörden, mitbestimmte Genehmigungsverfahren, Institutionalisierung der Bürgerinitiativen – das sind die Konzepte, die vor allem von der Sozialdemokratie angestrebt werden. Denn überall dort, wo der Klassenantagonismus offen aufbricht, entsteht und erweitert sich der bürgerliche Staatsapparat, werden neue Untersuchungs- und Knebelungsinstrumente gegenüber den Volksmassen geschaffen. Genau diese Stoßrichtung, der Schaffung neuer staatlicher Institutionen, schlägt das Verwaltungsgericht mit seinem für die Rechtsprechung völlig neuartigen Beschluß ein, eine „Beratung der beteiligten Parteien“ staatlich zu organisieren, bevor das Gericht „befindet“. Kein Wunder, daß gerade die modernen Revisionisten von der D„K“P diesem Prozeß die „marxistische“ Begründung liefern, indem sie „Mitbestimmungsorgane der Belegschaften und Gewerkschaften“, „staatliche Umweltbelastungspläne“ etc. fordern und sich davon zugleich eine Stärkung ihres Einflusses für den russischen Sozialimperialismus innerhalb solcher Organe versprechen. Den Atomkraftwerksgegnern aber ist klar, daß dieser Gerichtsbeschluß nicht viel bedeutet. Für sie ist klar: Massenmobilisierung und Kampf müssen weiter gehen.

NEIN zu den ATOMKRAFTWERKEN!

INHALT

VORWORT

ATOMENERGIE – LUGEN ...

... UND WIRKLICHKEIT

Die Lichter gehen nicht aus
Unabhängigkeit von wem?
AKW – Vorwand für verstärkte politische Unterdrückung
„Schlafende Atombombe“
Atomenergie vernichtet Arbeitsplätze

GEFAHREN DER ATOMENERGIE

ATOMMILL

Die Stellung der KPD zur Atomenergiepolitik in der BRD und der DDR

ATOMENERGIE – WIE PROFITE FÜR DIE MONOPOL- BOURGEOISIE „RECHTSSTAATLICH“ ABGESICHERT WERDEN	21
Der Streit der Bundestagsparteien – ein reines Schattenboxen	23
Eine Taktik der Bourgeoisie – Teilen und Herrschen	24
DIE GEWERKSCHAFTSFÜHRER – EINDEUTIG AUF DER SEITE DER ATOMINDUSTRIE	26
D„K“P – DER SCHLIEMSTE FEIND DER AKW-GEGNER STEHT IN DEN EIGENEN REIHEN	28
KBW UND „K“B (NORD) – VERSÖHNER MIT DER EIGENEN BOUR- GEOISIE, ZUTREIBER FÜR DIE MODERNEN REVISIONISTEN	31
WYHL UND BROKDORF – ZWEI SPEERSPITZEN DER VOLKSBEWE- GUNG GEGEN DAS MÖRDERISCHE ATOMPROGRAMM DER SCHMIDT/GENSCHER-REGIERUNG!	35
WAS SIND DIE GRUNDLAGEN EINER BREITEN EINHEITSFRONT IM KAMPF GEGEN DIE ATOMKRAFTWERKE?	37
DER EINZIGE AUSWEG – DER SOZIALISMUS	42
Umweltschutz in der VR China	43
Die Richtigkeit der ideologischen und politischen Linie entscheidet alles	46

SPENDET FÜR DEN RECHTSHILFEFONDS

In einer Situation, in der das Netz staatlicher Kontrolle, der Bespitzelung, Polizeiübergriffe, politischen Entlassungen aus Betrieben, Berufsverböten und Gewerkschaftsausschlüssen immer enger gezogen wird, in einer Situation, wo grundlegende demokratische Rechte durch zahlreiche Gesetze, Beschlüsse und Urteile der herrschenden Klasse zu Fall gebracht werden
in einer Situation, in der die Theorie der Arbeiterklasse, der wissenschaftliche Sozialismus strafrechtlich verfolgt werden kann, in der allein die Zahl der Staatsschutzprozesse von 7 im Jahr 1973 auf über 70 im ersten Halbjahr 1976 gestiegen ist – mit Strafen von insgesamt 120 000 Mark und fast 100 Monate Gefängnis – in der in politischen Verfahren Sondergerichte eingesetzt werden, wachsen die Aufgaben der Solidaritätsorganisation des Polartariats, der ROTEN HILFE.

Die Monopolbourgeoisie in der BRD und Westberlin rühmt sich das „freieste“ Land des Westens zu sein. Wessen Freiheiten sind das? Die der Bourgeoisie. Die „Rechtsordnung“ ist ein entscheidendes Mittel der Herrschenden zur politischen Unterdrückung der Arbeiterklasse und der Volksmassen. Doch wo Unterdrückung ist, wächst der Widerstand, wo sich der Widerstand regt, wo sich die Massen zusammenschließen, werden sie brutal durch Polizeigewalt auseinandergetrieben, werden einzelne herausgegriffen und vor die Schranken der Klassenjustiz gezerrt.

Die Reaktion formiert sich; mit faschistischen Maßnahmen versucht die Bourgeoisie sich vor ihrem Untergang zu retten.

Die neue Bourgeoisie in der DDR, die Vasallen der sowjetischen Sozialimperialisten behaupten, daß das Proletariat in der DDR alle Rechte besitzt und die Herrschaft ausübt, daß dort der Sozialismus herrsche. Das stimmt nicht! Nicht Sozialismus, sondern eine sozialfaschistische Diktatur herrscht in der DDR. Nicht einmal die minimalsten Rechte haben die Arbeiterklasse und alle Werktätigen, sie sind einer lückenlosen Bespitzelung und Kontrolle unterworfen und genießen keinerlei politische Bewegungsfreiheiten. Die Arbeiterklasse in ganz Deutschland muß sich zum Kampf gegen den drohenden Krieg, die Gefahr des Sozialfaschismus und Faschismus zusammenschließen und rüsten.

Mit und für die Arbeiterklasse, im Kampf um die Befreiung von Imperialismus und Sozialimperialismus, gegen faschistische und sozialfaschistische Gefahr, schafft die ROTE HILFE einen RECHTSHILFEFONDS.

Die ROTE HILFE stellt ihren Kampf in den Dienst der ausgebeuteten und unterdrückten Klassen in ganz Deutschland und der um Befreiung kämpfenden Völker und Nationen. Sie steht den politischen Verfolgten im Kampf um ihre gerechten Ziele solidarisch zur Seite. Mit politischer, moralischer, juristischer und materieller Hilfe stärkt sie die Kampffront gegen die politische Unterdrückung, gegen die imperialistischen Staatsapparate in der BRD und DDR. Damit leistet die ROTE HILFE einen Beitrag zur Befreiung unseres Volkes von kapitalistischer Ausbeutung, bürgerlicher Diktatur und imperialistischer Unterjochung.

Der RECHTSHILFEFONDS wird zur Bestreitung von Prozeß- und Verteidigerkosten, für die zu leistenden Gegenermittlungen und für die Dokumentations-, Informations- und Publikationstätigkeit der politisch Verfolgten in beiden deutschen Staaten eingesetzt.

als „Entspannungsfeinde“ beschimpfte, weil sie von der „Aufrüstung der NATO ablenken! Ihr reaktionäres Wesen enthüllt sich jedoch auch den entschiedenen AKW-Gegnern. So wurde der KBW, der die Bevölkerung der Wilster Marsch als „reaktionär“ beschimpft, aber selbst jeden Versuch der Besetzung, jeden Widerstand gegen SPD und D„K„P sabotierte und stattdessen für Demonstrationen vor Land- und Bundestag Reklame machte, innerhalb der BUU weitgehend isoliert.

Dem KB-Nord bleibt es vorbehalten, als Vorposten der D„K„P stets und ständig mit Polizeilogik den AKW-Gegnern vorzuwerfen, bei einer neuen Besetzung seien sie für die „Toten verantwortlich! Aber auch gegen die Unterwanderung durch den KB-Nord regt sich der Widerstand. So werden in Zukunft verschiedene AKW-Gegner den weiteren Kampf regelmäßig beraten, um, besonders in Hamburg, wo der KB-Nord durch massives Einschleusen z.T. einzelne Gruppen derzeit majorisiert, entschlossener entgegenzutreten zu können.

Der Beschluß der BUU, am 19.2. 1977 in Brokdorf am Bauplatz eine neue Großkundgebung zu machen, wurde gegen alle Abwiegler und Spalter durchgesetzt. Damit wurde zugleich bekräftigt, daß nicht durch Gerichtsurteile, sondern nur durch den entschlossenen Kampf das AKW verhindert werden kann. Wie auch immer das Gericht entscheidet,

ROTE HILFE-Rechtshilfe
Kto.13 2072 63 00 BfG Köln

der Platz wird besetzt! Eine Verschleppung unserer Forderungen werden wir nicht zulassen!

Am 15.1. 1977 wird in Wilster eine öffentliche Konferenz der BUU stattfinden, auf der mit allen Initiativen aus der BRD und dem Ausland der weitere Kampf und die Großveranstaltung beraten wird. Die KPD und die ROTE HILFE unterstützen entschieden diesen Kampf und werden um die Verankerung des 10-Punkte-Programms der KPD für die Einheit der AKW-Gegner kämpfen!

KEIN AKW IN BROKDORF UND AUCH NICHT ANDERSWO !

SOFORTIGE RÄUMUNG DES BAUPLATZES !

DAS ATOMPROGRAMM DER BUNDESREGIERUNG MUSS VERHINDERT WERDEN !

PRESSEERKLÄRUNG DER BÜRGERINITIATIVEN UMWELTSCHUTZ UNTERELBE

3. Dezember 1976

Weil wir wissen, daß Atomanlagen unser Leben gefährden, erklären wir:
Wir wollen kein Atomkraftwerk in Brokdorf oder anderswo!

Wir haben erfahren, daß wir durch Verhandlungen, Gesprächen mit Politikern, Podiumsdiskussionen und Erörterungsterminen allein unser Recht nicht bekommen. Wir halten es deshalb für unser legitimes Recht, den Bau des AKW am Platz zu verhindern und bereiten uns darauf vor. Wir wissen, daß unser Gegner nicht die Polizei ist, sondern die Verantwortlichen in Kiel und Bonn und in der Industrie. Unsere Kraft sind die richtigen Argumente, die Entschlossenheit großer Teile der Bevölkerung und ihre offene Entrüstung.

Unsere Forderungen sind unverändert:

ABZUG DER POLIZEI !

ABZUG DES WERKSCHUTZES !

WEG MIT DEN BAUMASCHINEN !

KEINE VERHANDLUNGEN, BEVOR DER BAU GESTOPPT IST, UND NUR ÖFFENTLICHE VERHANDLUNGEN !

EINSTELLUNG ALLER ERMITTLUNGSVERFAHREN UND STRAFVERFOLGUNGEN !

SCHLUSS MIT DEN BÜRGERKRIEGSMANÖVERN !

KEIN AKW IN BROKDORF UND AUCH NICHT ANDERSWO !

KEINE WIEDERAUFBEREITUNGSANLAGE !

Wir fordern alle Gruppen und Einzelpersonen auf, sich auf eine Großkundgebung Anfang Februar am Bauplatz in Brokdorf vorzubereiten.

DER BAUPLATZ MUSS WIEDER ZUR WIESE WERDEN !!!

PRESSEERKLÄRUNG DER BÜRGERINITIATIVEN UMWELTSCHUTZ UNTERELBE

Wilster, den 17. Dezember 1976, abends.

Die Bürgerinitiativen Umweltschutz Unterelbe freuen sich über die Entscheidung des Verwaltungsgerichts Schleswig von heute früh, die beweist, wie fragwürdig der Beschluß der Landesregierung war, beim Bau des Atomkraftwerks Brokdorf die sofortige Vollziehbarkeit der Ersten Teilgenehmigung anzuordnen. Damit haben die Bürgerinitiativen auf juristischem Weg einen ersten Teilerfolg errungen. Aber aufgeschoben ist nicht aufgehoben! Wir wissen, daß damit der Bau des Atomkraftwerks in Brokdorf noch nicht verhindert ist. Mit dieser Gerichtsentscheidung werden wir die Politiker nicht aus ihrer Verantwortung entlassen. Die Bürgerinitiativen werden konsequent weiterkämpfen, um ihr Ziel zu erreichen:

- Der Bauplatz muß wieder zur Wiese werden !
- Kein Atomkraftwerk in Brokdorf und auch nicht anderswo !
- Keine Wiederaufbereitungsanlagen !

Unsere Forderungen bleiben unverändert:

- Abzug der Polizei, des Werkschutzes und der Baumaschinen !
- Keine Verhandlungen, bevor der Bau gestopt ist und nur öffentliche Verhandlungen in der Wilster Marsch !
- Einstellung aller Ermittlungs- und Strafverfahren !
- Schluß mit den Bürgerkriegsmanövern der Polizei !

Empört stellen wir fest, daß trotz des Gerichtsentscheids die Aufspülungsarbeiten heute um 21 Uhr immer noch fortgesetzt werden. Wir sehen keine Veranlassung, unser Vorgehen zu ändern und auf weitere Aktionen zu verzichten.

POLIZEITERROR KANN ATOMKRAFTWERKE

Hatten schon am 30. 10. 76 über 3.000 in Brokdorf demonstriert und mit der Besetzung des Platzes bewiesen, dass der Bau des Atomkraftwerkes nicht widerstandslos hingenommen wird, so haben am 13. 11. 76 30.000 Menschen der Schmidt, Stoltenberg & Co. eine eindeutige Lehre erteilt: Die Volksmassen beginnen ihre Interessen im entschlossenen Kampf durchzusetzen. Auch der Staat seinerseits hat in Brokdorf eine Lehre erteilt: Sehr viele Menschen haben an diesem Beispiel zum ersten Mal erkannt, dass die Staatsgewalt nicht - wie sie glaubten - dem "Gemeinwohl" dient. Die Staatsgewalt, die angeblich vom Volke ausgeht, hat dessen

Willen offen verhöhnt und brutal zu unterdrücken versucht. Dass die Regierung den Willen des Volkes sehr wohl kennt, das hat sie schon durch den handstreichartigen Baubeginn bei Nacht und Nebel bewiesen. Leben und Gesundheit der Bevölkerung kümmert sie einen Dreck, aber zur Verteidigung des heiligen "Privateigentums" der Nordwestdeutschen Kraftwerke AG bietet sie ihre auf Bürgerkrieg gedrillten Spezialtruppen samt deren Waffenarsenal auf. Schon seit Wochen ist Brokdorf und Umgebung faktisch ein Notstandsgebiet, in dem der Polizeiapparat versucht, jede Regung der Bevölkerung unter seine Kontrolle zu bekommen.

Notstandsgebiet Wilstermarsch

Seit dem Baubeginn am 26. Okt. 76 ist die Kreisstrasse, die direkt am Bauplatz vorbeiführt, völlig gesperrt. Die Deichstrasse ist nur noch für Anlieger "frei". Die Sperren und Kontrollen wurden nach dem 13. November durch ein Passierschein-system ergänzt. Seither kommt es immer wieder zu Auseinandersetzungen, weil viele sich standhaft weigern, sich solchen Schikanen zu unterwerfen. Vor allem die Bauern können nicht einsehen, dass das Befahren der Strasse, die zu ihrem eigenen Hof führt, nur nach Vorzeigen einer polizeilichen Erlaubnis gestattet sein soll. Vor den Demonstrationen wurde darüber hinaus die Hauptstrasse von Brokdorf gesperrt. Zur "Begründung" wurde für den 30. und 31. 10. ein Wasserrohrbruch verkündet. Für den 9. und 10. November dient ein umgestürzter Lastwagen - auch frei erfunden - als Vorwand.

Die einzige öffentliche Telefonzelle von Brokdorf und Umgebung ging schon kurz vor Baubeginn "kaputt" und blieb es bis heute. Auch alle privaten Telefonanschlüsse wurden einfach vorübergehend abgeschaltet, als am Nachmittag des 30. Oktober der Bauplatz besetzt worden war. Durch diese Willkürmassnahme versuchte das Kieler Innenministerium, Brokdorfs Nachrichtenverbindungen zur Aussenwelt ganz abzuschneiden. Bis heute wird jeder, der sich Brokdorf auf zehn Kilometer nähert, bespitzelt. An der Fähre über die Stör steht

unablässig ein Polizeiwagen - bei stärkerem Strassenverkehr einer auf jeder Seite. Dabei setzt immer ein Polizist mit der Fähre über und "observiert". Jeder, der sich dem Bauplatz nähert, ist für die Polizei Freiwild. Der "Rechtsstaat" hat dafür den § 74 des Schleswig-Holsteinischen Verwaltungsverfahrens-gesetzes zur Verfügung gestellt, der den "Objektschutz" garantiert. An den Kontrollpunkten der Polizei in der Umgebung des Bauplatzes liegen Fotoalben mit Bildern bekannter Atomkraftgegner bereit, damit diese - wenn sie sich sehen lassen - in Vorbeugehaft genommen werden können. So ist es am 30. Oktober dem Atomphysiker Prof. Jens Scheer (KPD) ergangen. Jeder, der um den Bauplatz herumläuft, ist in den Augen der Polizisten verdächtig und muss damit rechnen, dass sie versuchen, seine Personalien festzustellen. Derartige Kontrollen werden wahllos veranstaltet, um die bezweckte allgemeine Einschüchterung zu erreichen. Viele von denen, die sich diese Schikane nicht gefallen liessen, sind verhaftet und stundenlang festgehalten worden. Um die Erreichbarkeit des Bauplatzes zu erschweren, haben sich die NWK-Bosse noch etwas Besonderes einfallen lassen: Schon vor Baubeginn haben sie mit dem einzigen Busunternehmen von Wilster Charter-Verträge abgeschlossen, damit seine Busse in der Garage bleiben, und nicht mehr gemietet werden können.

MASSENPROTEST IN BROKDORF

In der Nacht von dem 12. auf den 13. 11. 76 riegelte die Polizei die gesamte Wilstermarsch in einem Umkreis von 10 Kilometern um den Bauplatz herum ab, kontrollierte und fotografierte die zu Fuss anmarschierenden Demonstranten und nahm bereits vor Beginn der Demonstration grundlos und widerrechtlich fest, d.h. in Vorbeugung. Lastwagen mit der Lautsprecheranlage wurden an den Strassensperren festgehalten und durften nicht zum Kundgebungsplatz, obwohl die Kundgebung nicht verboten war.

Trotz dieser weiten Anmarschwege schafften zahlreiche Gruppen organisiert Baumaterial heran und vereitelten die Versuche der Polizei, an den Sperren zu filzen.

Direkt gegenüber dem Bauplatz sollte mit Einverständnis des Bauern als erster Sammelplatz ein Zeltplatz errichtet werden. Fieberhaft suchten Polizei und der Landrat nach einer Begründung, um die Errichtung der Zelte verbieten zu können. Sie kamen auf den grotesken Einfall, daß ein Zeltplatz gegenüber dem Kraftwerksbauplatz die Landschaft verschandeln würde und deswegen verboten werden müßte. Damit auch nicht anderswo ein Zelt aufgebaut würde, strich der Landrat mit fertigen Verbotsformularen am Tage vor der Demonstration um den Bauplatz.

Aber weder mit Kilometer weiten Absperrungen noch mit Verboten konnte verhindert werden, daß ab dem frühen Mittag Tausende vor den Bauplatz strömten.

Während gegen 15.00 Uhr die weitentfernte Kundgebung stattfand, wurde an über 20 Stellen bereits mit der Überschreitung des Wassergrabens begonnen. An mehreren Brückenköpfen schritt die Arbeit gut voran. Als die Stacheldrahtverhaue beiseitegeräumt waren und begonnen wurde, den Eisenzaun zu durchschneiden, versuchte die Polizei, von der Seite her vorzudringen, um die Polizeifestung Brokdorf zu entlasten.

Aus Wewelsfleth und der entgegengesetzten Richtung Brokdorf rückten je eine Hundertschaft mit Wasserwerfern und einer Kolonne Mannschaftswagen an, vorne weg die Hundertschaft, die leeren Mannschaftswagen hinterher, offensichtlich für Massenverhaftungen. Mehrere Tausend Demonstranten stürmten ihnen entgegen, um den Durchbruch zu verhindern und dadurch den Kampf an den Brückenköpfen abzusichern.

Die meisten, die auf der Strasse in beiden Richtungen hin die Verteidigung aufnahmen, waren Menschen, die gewaltlos kämpfen wollten, die zu persönlichen Opfern bereit waren und einen ausserordentlichen Mut bewiesen. Mit

Das Demokratieverständnis der Polizei

In der Nacht zum Sonnabend rollten aus allen Gegenden unserer Heimat bis zum Anbruch der Helligkeit Polizeikonvois nach Brokdorf. Bei der Abfahrt Dammfleth von der Umgehungsstraße konnte ich beobachten, daß viele der Fahrzeuge ohne Nummernschildbeleuchtung fuhren. Der Vorgang erweckte den Eindruck, daß diese Aktion das Licht des Tages scheut, denn bei Fahrzeugen mit unbeleuchtetem Nummernschild vermutet man meistens keine Gesetzhüter.

Da um 14 Uhr die Kundgebung des BUJ beginnen sollte, fuhr ich gegen 13 Uhr in Wilster ab. Schon in Dammfleth konnte man nicht weiter fahren, angeblich war die Straße verstopft. Wir fuhren über Kathen, Kl.-Kampen. In Fockendorf war die Straße durch Polizei gesperrt. Jetzt mußten zirka acht Kilometer zu Fuß zurückgelegt werden. Wir dachten zuerst, daß auch hier die Straßen verstopft wären, dann stellten wir aber fest, daß willkürlich von der Polizei das ganze Gebiet abgesperrt war und das außer Polizei keine Kraftfahrzeuge auf der Straße waren. An der Kreuzung Beesen sagte ich dem Leiter der dort stationierten Polizeistreife SL 3020, daß ältere Bürger, die an der Kundgebung teilnehmen wollten, die Strecke nicht zu Fuß zurücklegen könnten. Ich fände es unerhört, daß das demokratische Recht zur friedlichen Demonstration durch diese Maßnahmen behindert würde. Seine Antwort: „Was wollen Sie, es hat Sie niemand gerufen.“ Auf meine Frage nach seinem Namen seine Antwort: „Das brauche ich Ihnen nicht zu sagen.“

Durch die Behinderung kamen wir erst an, als die Kundgebung schon beendet war. Ich sah zum erstenmal das festungsartige Gelände.

Ich finde, daß die Absperrungen mit einem Radius von etwa acht Kilometern um Brokdorf nicht nur undemokratisch und ungesetzlich, sondern ein ausgesprochenes Mißgriff waren. Diese Maßnahme war gegen Aktivisten völlig unwirksam, und ältere Bürger behinderte sie in ihren demokratischen Rechten, die auch unser Ministerpräsident den Gegnern des Atomkraftwerkes ausdrücklich zugestanden hat.

R E Wilster

Wilstersche Zeitung v. 16.11.

Protokoll eines Demonstrationsversuchs

Wir fahren am 13. 11. 1976 um 12 Uhr in Seestermühe los, um in Brokdorf zu demonstrieren. Verkehrsfunk: Die Wilster Marsch ist gesperrt. Keine Hinweise, wie man zum Demonstrationsplatz kommt. Itzehoe B5: Stau, Verkehrsregelung findet nicht statt. Wir umfahren den Stau auf Nebenstraßen. Hinter Wilster werden wir durch Polizeisperren aufgehalten. Von hier aus zu Fuß.

wilden Prügeleinsätzen, mit Kaskaden des mit einem Giftgas versetzten Wassers, versuchte die Polizei vergebens, durchzukommen. Immer wieder nahmen andere die ersten Reihen vor der entmenschten Polizeihorde ein, drehten ihnen den Rücken zu, hielten den weissen Tränengasschwaden stand und erduldeten die Prügelattacken. Immer wieder fauchten CS-Kampfgasgranaten in die Menge, der orangefarbene Qualm biß in den Augen und durchdrang die mit Zitronensäure getränkten Schutzmasken. Hubschrauber des Bundesgrenzschutzes kreisten dicht über unseren Köpfen, um die Gasschwaden, die durch den seitlichen Wind schnell abgetrieben wurden, durch den Sturm ihrer Rotorblätter wieder in die Menge der Kämpfenden zu treiben. Ihre grellen Scheinwerferbatterien waren nach unten gerichtet, und Gasgranate auf Gasgranate wurde wie aus einem Bombenflugzeug auf die Demonstranten geschossen.

Die Kämpfenden sangen: "We shall overcome", immer häufiger flogen die Gasgranaten in die Reihen der Polizei zurück, die dann panisch auseinanderstob. In den Pausen zwischen den Polizeiattacken tauchten seitlich auf der Wiese die Helden des KBW und des KB - Nord mit Megaphonen auf und versuchten, durch Gerüchte und Anweisungen abzuwiegeln: "Alles geordnet 50 m zurückziehen, nach links in den Wassergraben ausweichen, hinten ist schon alles aufgerollt, Ihr werdet hier sinnlos verheizt, gebt endlich auf, Ihr seid ja wahnsinnig und so weiter". Was der Polizei nicht gelungen wäre, diesen Maulhelden und Spalttern wäre es schon zu diesem frühen Zeitpunkt noch vor dem Höhepunkt des Kampfes an den Brückenköpfen fast gelungen. Unsicherheit breitete sich aus.

So waren es vor allem die organisierten Kräfte der DKP, SdAJ, KBW, die durch massives Spalten, sabotieren und Abwiegeln während der Vorbereitungen, vor allen im entscheidenden Kampf selbst es vermochten, die grosse Masse der eigentlich zur Besetzung wie vor 2 Wochen kampfbereiten AKW-Gegner ins Schwanken zu bringen und zurückzuziehen. Sie sind die Hauptschuldigen, daß die fortschrittlichen und revolutionären Kräfte von der ehrlichen Bewegung der AKW-Gegner im entscheidenden Augenblick getrennt werden konnten und deshalb ihr grosses und wichtiges Kampfziel der Besetzung des Bauplatzes nicht erkämpfen konnten.

Zugleich führten die Spaltungsmanöver und Abwiegeleien der Opportunisten zu noch grösseren Opfern der Bewegung. An vielen Stellen wurden die Bundesgrenzschutztruppen durch den überaus voreiligen Abzug von Teilen der Demonstranten zu weiteren brutalen Überfällen förmlich ermuntert.

Hierglauben wir noch, daß diese Maßnahme den Weg für evtl. später notwendige Krankentransporte freihalten soll. Wir machen den Vorschlag, einen Pendelverkehr mit Pkw oder Bussen einzurichten. Wir werden ausgelacht. Wir wiederholen den Vorschlag bei jeder weiteren Straßensperre; es kommen noch viele. Einige Polizisten widersprechen nicht, wenn wir ihnen sagen, daß wir diese Absperrung für eine rechtswidrige Schikane halten, aber keiner ist bereit, unseren Vorschlag über die allenthalben vorhandenen Funkgeräte weiterzugeben. Auch unsere Besorgnis, daß die Demonstranten durch den langen Marsch unnötig aufgereizt würden, teilt die Polizei nicht. Nach zwei Stunden auf Umwegen — der direkte zum Demonstrationsplatz ist gesperrt — erreichen wir endlich das Baugelände. Drahtverhau und Polizeiaufmarsch erschrecken uns.

An einer Stelle sind zwei Jugendliche dabei, Steine und Stöcke über den Zaun zu werfen. Diese fallen zwischen Drahtverhau und Wasserwerfer zu Boden. Auf unserer Seite des Zaunes ist weit und breit kein Polizist zu sehen, der sie daran hindern könnte. Ein Wasserwerfer fährt an den Zaun und spritzt. Die Steinwerfer werden naß, einige hundert Demonstranten auch. Wir fragen uns, ob das dem friedlichen Ablauf der Demonstration dienen wird.

Später, wir haben den eigentlichen Demonstrationsplatz nicht erreichen können, gehen wir etwa 150 m hinter der Straße über die Wiesen zurück. Offenbar versuchen ganz vorn am Graben und Zaun, einzelne Gruppen auf das Baugelände vorzudringen. Die Polizei beantwortet das unter anderem damit, daß sie Tränengasbomben in die weit dahinter gehenden, völlig ruhigen Demonstranten schleudert. Wir suchen nach Worten: Wahlloser Terror? Endlich erreichen wir die B 431 und gehen in Richtung Wewelsfleth. Weg vom Baugelände! Mit uns viele, die auch Angst vor Gas und Wasser haben. Da formiert sich eine Hundertschaft Bereitschaftspolizei aus Ostholstein. Sie riegelt die Straße ab. Mehrere Reihen Polizisten, die von Graben zu Graben Schulter an Schulter stehen, dahinter ein Wasserwerfer, setzen sich in Bewegung und versuchen, uns zum Baugelände zurückzudrängen. Wir entkommen seitlich über Graben und Zaune. Noch 2 1/2 Stunden Rückmarsch zum Wagen. Wir fragen uns: Wer schützt unsere Grundrechte? Wer schützt die Polizei vor rechtswidrigen Befehlen?

M.B. 8.11. v. 16.11.

Elmshorner Nachrichten

Erschöpft und zornig

Wir haben so etwas noch nie erlebt, so viele Menschen, die sich für eine Sache engagieren und so viele Polizisten, die ihre „Pflicht tun“.

Man hatte an alles gedacht, um die Demonstration von vornherein zu enterven. Das begann bei unkorrekten Verkehrsmeldungen im 2. Programm des NDR und völlig fehlender Verkehrskoordination.



Die Festung "Brokdorf" wird be-
annt. Hunderte faßten mit an,
die Leitplanke zwischen der
Straße und dem Wassergraben zu
entfernen und über den Wasser-
graben zu biegen. Mit Holzplank-
en und anderem Baumaterial,
welches organisiert von weiter
her durch die Straßensperren
herangeschafft worden war,
wurden provisorische Brücken
geschlagen.
Die scharfen Natodrahtrollen
durchschnitten und von der
Straße aus mit Enterhaken
und langem Seil vom Hauptzaun
weggezogen.
Mit Schneidern wurde auch der
Hauptzaun mit großen Durchläs-
sen überwunden - die Festung
"Brokdorf" ist geknackt.



der Bauplatz wird besetzt

Schon auf der B 5 bei Itzehoe stauten sich tausende von Fahrzeugen. In solchen Fällen sonst undenkbar, aber kein Polizist war zu sehen; noch erstaunlicher — es ging auch ohne Polizei. Gleiche Interessen der Autobesetzungen und einige wenige Verkehrsenker der BUU brachten die schier endlose Fahrzeugkolonne bis in die Nähe von Brokdorf.

Wer das Problem der Parkplatzsuche gelöst hatte, stand jetzt vor der ersten großen Schikane, die sich die Einsatzleitung der Kraftwerkschützer bzw. die Landesregierung ausgedacht hatte: Durch die Absperzung aller Zufahrtstraßen war man zu einem (je nach Anfahrt) 4 bis 10 km langen Fußmarsch zum Kundgebungsplatz gezwungen. Zwischen durch wieder zahlreiche Absperungen und peinliche Gepäckkontrollen. Zum Kundgebungstermin um 14 Uhr befanden sich noch rund 70 % der Demonstranten auf dem langen Marsch.

Ankunft Bauplatz: Kriegsmäßig ausgerüstete Polizei, verteilt auf dem gesamten Baugelände, Wasserwerfer in voller Aktion, Tränengas, fliehende Menschen — Wut, Verzweiflung! Tränengasschwaden treiben zahlreiche Demonstranten über den Elbdeich. Trotz des Chaos am Bauplatz ein wunderschöner Anblick: elf mit Spruchbändern versehene Kutter von Elbfischern ankern vor dem Spülfeld. Die Fischer haben sich unter die Demonstranten gemischt.

Zurück in Richtung Baugelände. Ein Brokdorfer Landwirt versucht verzweifelt, seine durch tiefliegende Hubschrauber und Tränengas total verängstigten Rinder in die Ställe zu treiben. Rhythmisch schlagen Jugendliche mit Stöcken auf die den Bauplatz umgebenden stählernen Leitplanken. Ein unheimliches Geräusch. Einigen ist es gelungen, den breiten Schutzgraben zu überwinden und den messerscharfen Natodraht fortzureißen. Sie werden durch Tränengas und „Chemische Keule“ vertrieben. Empörte Menschen bewerkeln die Polizei mit Schlamm. Tränengaspatronen werden jetzt nicht mehr nur geworfen, sondern mit Wurfern in die weit vom Bauplatz entfernten Massen geschossen.

Angst breitet sich aus. Viele Demonstranten haben sich mit Schwimm- und Taucherbrillen versehen, um sich gegen die Gasschwaden zu schützen — mit Zitronensaft getränkte Tücher werden gegen Mund und Nase gepreßt (die Nachrichten am späten Abend berichten von zahlreichen Maskierten — eine reine LUGE!).

Es wird dunkel. Gleißendes Flutlicht vom Bauplatz her leuchtet das mindestens 25.000 Köpfe umfassende Heer der Atomkraftwerksgegner aus. Wasserwerfer sprühen ununterbrochen ihr mit chemischen Zusätzen versehenes Wasser in die Menge. Viele wundern sich, daß der Polizei nicht schon lange der Vorrat an Tränengas ausgegangen ist. Da beginnt das für uns völlig Unfaßbare: ein Hubschrauber startet auf dem Baugelände, fliegt mit voll aufgeblendeten Suchscheinwerfern über die 200,

Solidaritätsadresse des ZK der KPD an die BUU

An die
Bürgerinitiative Umweltschutz Unterelbe (BUU)
z. Hd. Herrn Bolten
Großwisch
2211 Wewelsfleth üb. Itzehoe

16. 11. 76

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freunde!

Das Zentralkomitee der KPD hat die Demonstration der 30.000 Arbeiter, Bauern, Fischer, Studenten und Schüler am vergangenen Wochenende in Brokdorf lebhaft begrüßt. Viele Mitglieder unserer Partei haben sich auch an dieser Demonstration beteiligt. Da die KPD den Kampf der Atomkraftwerksgegner unterstützt, versichern wir Ihnen, die Sie diesen Kampf maßgeblich mitgeführt haben, weiterhin unsere volle Solidarität und Unterstützung.

Wir stehen auch in der Zukunft, wie bei den stattgefundenen Demonstrationen in Brokdorf in diesem Monat, fest an der Seite derjenigen, deren Absicht es ist, den Bau von Atomkraftwerken sowie Atom-„müll“-Deponien nicht nur in Brokdorf, sondern auch in Wyhl und an jedem anderen Ort zu verhindern. Wir sind der Ansicht, daß das existierende reaktionäre und volksfeindliche Atomprogramm zu Fall gebracht werden muß.

In den vergangenen Kämpfen hat es sich gezeigt, von welcher Seite Gewalt und Unterdrückung ausgehen: vom bürgerlichen Staatsapparat — der Polizei, dem Bundesgrenzschutz, den Geheimdiensten; ja sogar die Bundeswehr wurde in Alarmbereitschaft versetzt. Soll man auf diese massive Unterdrückung friedlich antworten? Wir unterstützen diejenigen, die sagen, daß auf Gewalt mit Gewalt geantwortet werden muß. Wir treten den staatlichen Kriminalisierungsversuchen gegen die Atomkraftwerksgegner entschieden entgegen und sind der Meinung, daß die Kampffront aller Atomkraftwerksgegner geschlossen gehalten werden muß; man darf nicht zulassen, daß Demokraten und Kommunisten voneinander gespalten werden. Weder dürfen sich die Atomkraftwerksgegner durch die demagogischen Manöver von SPD- und CDU-Verbänden täuschen lassen, deren oberste Führungsinstanz eindeutig und klar das Atomprogramm der Monopolkapitalisten vertreten und verteidigen und entschlossen sind, es auf dem einen oder anderen Weg durchzusetzen, noch durch die reaktionären Gewerkschaftsführungen, die eine Spaltung zwischen Arbeitern auf der einen Seite und Bauern, Fischern und anderen Werktätigen auf der anderen Seite herbeiführen wollen, wie z. B. der ÖTV-Führer Schwalbach; denn mit dem Argument der Arbeitsplatzsicherung versuchen sie darüber hinwegzutäuschen, daß sie selbst aktiv an der Beseitigung von Arbeitsplätzen mit der D„K“P hereinfließen, deren Auftraggeber in Moskau und Ostberlin die Rohstoff- und Energieabhängigkeit der Bundesrepublik und Westberlins vom sowjetischen Sozialimperialismus wünschen und vor allem die militärische Verteidigungsfähigkeit der BRD im Sinne haben. Außerdem verhält es sich so, daß diese falschen Kommunisten in ihrem eigenen Herrschaftsbereich, der Sowjetunion und der DDR, Atomkraftwerke gebaut haben, die, wie im Falle Magdeburg, nicht nur die Bevölkerung in der DDR, sondern auch in der BRD gefährden. Schließlich sei daran erinnert, daß die D„K“P-Vertreter in Entscheidungsgremien der IG Metall stets für den Bau von Atomkraftwerken eingetreten sind.

Wir sind auch der Ansicht, daß die Atomkraftwerksgegner entschlossen dagegen kämpfen müssen, daß kommunistische und andere fortschrittliche Wissenschaftler, wie z. B. der Atomphysik-Professor Jens Scheer, Mitglied der KPD, aufgrund ihrer Tätigkeit an der Seite der Arbeiterklasse und des Volkes von staatlicher Seite mit Berufsverbot belegt werden.

Aus allen diesen genannten Gründen und Kampfaufgaben werden Sie unsere Partei, die KPD, stets als entschiedene Kraft für die Interessen der Arbeiterklasse und des Volkes in den Reihen der Atomkraftwerksgegner finden. Dieser Kampf wird lange dauern und sicherlich auch eine Reihe von Rückschlägen erleiden. Doch dürfen und werden wir uns nicht entmutigen lassen.

Mit herzlichen und solidarischen Grüßen

Ständiger Ausschuß des Politbüros des Zentralkomitees der KPD
Karlheinz Hutter

Jürgen Horlemann

bis 300 Meter vom Bauzaun entfernten Menschen und wirft ununterbrochen Tränengasgranaten in die kopflos fliehende Menge. Das erinnert an Bürgerkrieg! Das ist Terror!

Flucht zur Hauptstraße. So weit das Auge reicht, nur zuckende Blaulichter. Noch mehr Polizei, noch mehr Grenzschutz. Der Weg nach Brokdorf ist versperrt. Polizeiketten, Wasserwerfer; Richtung Wewelsfleth ein ähnliches Bild — dutzende von Polizeifahrzeugen, Blaulichter. Der einzige Weg, der vom Gelände weg sonst noch bleibt, wird durch eine etwa vier Meter breite Wetter versperrt. Brücken gibt es nicht. Hundert Meter entfernt gellen Schreie

und dann ein Krachen. Ein VW-Bus der Polizei stürzt um und bleibt am Rand der Wetter liegen. Minuten später geht er in Flammen auf.

Wir fliehen. Polizisten, die die Strecke nach Wewelsfleth absperren, lassen uns passieren. Nach zwei Stunden Fußweg erreichen wir unser Auto. Erschöpft und zornig. Wir haben jetzt erfahren, wie ein „freiheitlich demokratischer Rechtsstaat“ seine Interessen wahrnimmt.

Mitglieder des Vereins zum
Umweltschutz in der Seester-
müher Marsch und Umgebung

DIE FOLGEN DER BRUTALEN STAATLICHEN GEWALT

DER EINSATZ VON GIFTGASEN UND ANDEREN CHEMISCHEN KAMPFSTOFFEN

Während des bürgerkriegsmäßigen Einsatzes von Polizei und Bundesgrenzschutz wurden, soweit bis jetzt bekannt, folgende Kampfstoffe verwendet:

- Tränengas
- Chemische Keule
- Nebelkerzen, Rauchbomben

In den ersten beiden ist der chemische Stoff Chloracetophenon = CN-Gas enthalten. Dieses Gas ist während des 1. Weltkrieges als Kriegswaffe entwickelt worden und durch die Genfer Konvention international als Giftgas der Weißkreuzgruppe geächtet. Dieses Gas ist in vielen Ländern als Polizeiwaffe verboten. Seine lebensgefährliche Wirkung ist durch eine Vielzahl wissenschaftlicher Arbeiten belegt. U.a. wird auf den Einsatz dieses Gases durch die Polizei der amerikanischen Stadt Boston ein deutliches Ansteigen von Hautkrebs bei den Personen zurückgeführt, die damit häufiger in Berührung kamen. Von der Universitätsklinik Hamburg wird ein Todesfall beschrieben, der nach einem Polizeieinsatz infolge einer sehr viel geringeren Dosis eintrat, als die in Brokdorf verwendeten Gasgranaten enthielten. In den Dienstvorschriften der Bundeswehr heißt es zu dem auch dort verwendeten Gas: "Eingeatmet kann CN tödlich wirken." Auch das Wasser in den Wasserwerfern enthielt CN-Beimischungen, die in dieser Form als starkes Hautgift wirken. Ein weiteres, besonders widerwärtiges Mittel ist die Beimischung von Jauche und kloakigen Abwässern, die von mehreren Reportern beobachtet wurde.

Durch Nebelkerzen und Rauchbomben sind bei Bundeswehrübungen in den letzten Jahren mehrfach Rauchvergiftungen mit tödlichem Ausgang vorgekommen.

VERLETZUNGEN DURCH GAS:

Die Sanitätsgruppen der Bürgerinitiative und das Kreiskrankenhaus Wilster haben nach den bisher vorliegenden Berichten mindestens 500 durch diese Kampfstoffe Verletzte behandelt. Dabei sind vor allem Vergiftungserscheinungen besonders an Haut und Augen aufgetreten, die zum Teil sehr schwer waren.

Durch die Rauchbomben kam es zu einer grossen Zahl von Rauchvergiftungen, in mindestens einem Fall zu einer lebensgefährlichen Verletzung (beginnendes Lungenödem), die als Notfall im Kreiskrankenhaus Wilster behandelt werden mußte.

VERLETZUNGEN DURCH SCHLAGSTÖCKE UND STEINWÜRFE

Während des ganzen Verlaufs der Demonstration kam es zu brutalen Knüppelinsätzen der Polizei. Vor allem aber nach dem Ende der Demonstration, nachdem die Demonstranten den Plan der Bauplatzbesetzung für dieses Mal wegen des besonders brutalen Einsatzes der Staatsgewalt und wegen der Spalter in den eigenen Reihen aufgeben mußten und diszipliniert abzogen, kam es zu regelrechten Verfolgungs- und Racheakten durch Polizei, Bundesgrenz- und Werkschutz. Einzelne Demonstranten und kleine Gruppen wurden von hinten überfallen und zusammengeprügelt, in Wassergräben geworfen, durch NATO-Draht geschleift oder — vor allem spät in der Dunkelheit — mit Steinhageln von hinten eingedeckt.

Der Sanitätsdienst hat dadurch mindestens 50 Kollegen mit z.T. schweren Kopfplatzwunden behandeln müssen. — Demonstranten mit kleineren Wunden ließen sich garnicht erst behandeln; sie wollten nur schnell weg, um dem nächsten Überfall zu entgehen. — Durch Steinwürfe der Polizei oder Schlag-

machte die Einrichtung eines Sanitätsdienstes zusätzlich besonders notwendig. Deshalb machte die Rote Hilfe bereits vor der ersten Bauplatzbesetzung auf einer Veranstaltung der BUU den Vorschlag, einen medizinischen Selbstschutz zu organisieren. Dieser Schutz erwies sich im Verlauf der ersten Besetzung noch als zu wenig koordiniert und schlagkräftig. Und noch eine wichtige Erfahrung wurde gemacht: der von der Polizei der Form halber aufgestellte 'Notdienst' dachte überhaupt nicht daran, verletzten Kollegen zu helfen, sondern schikanierte sie zusätzlich. Gerade große Teile von medizinischen Arbeitern und Ärzten unterstützen in breitem Umfang den Kampf gegen den Bau von Atomkraftwerken, weil sie die Gefahren der Radioaktivität kennen, und wollen ihre Fachwissen auch im Kampf selbst einsetzen. Diese Kräfte sind dabei häufig von rein 'humanitären' Gesichtspunkten bestimmt, von dem Willen, Verletzten zu helfen oder Krebskranke durch AKW's zu verhindern. Deshalb unterstützten eine Vielzahl von einzelnen Kollegen und politischen Organisationen den Aufruf der BUU, eine medizinische Versorgung zu organisieren. Diese Organisation des Sanitätsdienstes wurde tatkräftig von der Hamburger Ortsgruppe der Roten Hilfe unterstützt. Die Roten Helfer wiesen immer wieder darauf hin, worauf es entscheidend ankommt: "Nicht parteilose Sanitäter sondern Kollegen, die mitkämpfen, die überall im Kampf erreichbar sind und durch ihre praktische Solidaritätsarbeit rasch helfen und auch Mut machen, werden gebraucht!" Obwohl es auch Stimmen gab, die losgelöst vom Kampf und seinen Zielen rein als Samariter arbeiten wollten, stimmte die große Mehrheit dieser Linie zu. Folgender 'Schlachtplan' wurde festgelegt: In den ersten Kampfreihen sollten deutlich gekennzeichnete Helfertrupps stehen, daneben feste Sanitätstrupps kurz dahinter, außerdem ein erster Anlaufpunkt für Verletzte einige hundert Meter zurück und weiterhin ein Haus als fester Stützpunkt. Mit Begeisterung und Initiative wurden außerdem alle notwendigen Hilfsmittel zur ersten Hilfe beschafft. Daneben war der Sanitätsdienst aber auch auf nahezu jede Art von schwereren Verletzungen vorbereitet. Besonders wichtig war die breite Unterstützung, wie sie z.B. der Chefarzt des Krankenhauses Wilster der BUU gab: Ein Notdienst wurde eingerichtet und dem medizinischen Personal deutlich gemacht, daß ihr 'Kampfplatz' für den Tag der Demonstration, an der viele Krankenschwestern teilnehmen wollten, das Krankenhaus ist. Auch hier: breite Solidarität mit dem Kampf gegen das geplante AKW unter den Kollegen. Daneben hatte der Chefarzt 4 Rettungswagen des DRK bereitstellen lassen. Die Kollegen vom DRK halfen in enger und freundschaftlicher Zusammenarbeit mit dem Sanitätsdienst der BUU die erste Hilfe organisieren.

Dieser Sanitätsdienst hat im Wesentlichen, gestützt auf die spontane Hilfe vieler Kollegen, seine Aufgabe erfüllt: Viele hundert verletzte Kollegen wurden sofort behandelt oder auf raschem Weg ins Krankenhaus gebracht. Und immer wieder bestätigten uns Kollegen, wie wichtig diese praktische Solidarität ist, um den Mut zum weiteren Kampf zu haben. Viele sind nach kurzer Behandlung wieder zum Bauplatz zurückgegangen. **SOLIDARITÄT HILFT SIEGEN!**

Gegenwärtig diskutiert ein größerer Kreis, bestehend aus Ärzten, Pflägern, Krankenschwestern u.a., die Erfahrungen der bisherigen Arbeit. Dabei sind zwei Fragen von besonders großer Bedeutung:

1. Die Kollegen, die sich zusammengefunden haben, um an dieser Teilaufgabe den Kampf gegen das AKW Brokdorf zu unterstützen, vertreten noch äußerst unterschiedliche politische Standpunkte. Z.T. sind sie noch stark von pazifistischen Vorstellungen befangen. Es kommt darauf an, möglichst viele Kollegen von der Notwendigkeit der aktiven Teilnahme am Kampf zu überzeugen und darüberhinaus jedem Kollegen entsprechend seinem politischen Standpunkt die Mitarbeit zu ermöglichen - und sei es zunächst in der Betreuung von Unterkühlten auf Bauernhöfen etc.
2. Es ist ähnlich wie in allen anderen Fragen auch in der Organisation des Sanitätsdienstes eine Tendenz hervorgetreten, die nur scheinbar eine schlagkräftige Einheit im Kampf gegen die AKW's will: 'Einheit' heuchelnd wurde in einem demagogischen Manöver von einigen versucht, ein Flugblatt der Roten Hilfe durch Abstimmung zu verurteilen. Die spalterische Absicht dieses Vorgehens konnte entlarvt werden. Mehr Klarheit über die Aufgaben und bessere Organisation werden in den weiteren Kämpfen die große Bedeutung der praktischen Solidaritätsarbeit für den Kampf gegen das AKW in Brokdorf und anderswo zeigen.

Was in die Tasche jedes Kollegen gehört:

1. Wasser in Spritzflasche zum Augenspülen (noch besser: 1,3%-iges Natrium-Bicarbonat)
2. Vaseline oder ähnliches (schützt vor Ätzung durch CN-Gemische)
3. Stofftaschentücher
4. 2 Mullbinden + 1 elastische Binde
5. Pflaster + Leukoplast (für Blasen)
6. Dreieckstuch
7. Kugelschreiber + Papier

SOLIDARITÄT MIT DEN KÄMPFERN IN BROKDORF!

Augenzeugenberichte

Meine Schwester und ich kamen über den Deich von Brokdorf in Richtung Bauplatz (gegen 16 Uhr). Wir wollten uns mit den Leuten der BUU Itzehoe treffen. Wir verließen den Deich auf der Brokdorfer Seite des Baugebietes, um über die Wiesen die '431' zu erreichen. Dort begegneten uns viele verletzte Demonstranten, die gestützt oder getragen wurden. Als wir uns der Baustraße näherten, rief die Polizei zum Verlassen derselben auf. Wir befolgten diesen Aufruf sofort und wollten Richtung Brokdorf zurücklaufen. Mit uns gingen etwa 200 bis 300 Demonstranten. Da kam eine Truppe von Polizisten zu Fuß, gefolgt von Fahrzeugen, uns entgegen. Eine andere Gruppe von Polizisten mit Fahrzeugen und Wasserwerfern kam hinter uns her. Diese hatten wohl in die Baustraße wollen. Plötzlich griffen die Polizisten ohne Anruf von beiden Seiten an und knüppelten auf die Demonstranten ein. Fast alle Demonstranten wichen sofort auf die links liegende Wiese am Baugebiet aus. Einige flüchteten nach rechts. Trotzdem gelang es einer Gruppe von 20 - 30 Demonstranten nicht mehr, die Straße zu verlassen. Sie wurden von der Polizei gnadenlos zusammengeknüppelt.

Meine Schwester und ich gingen auf der äußersten rechten Seite. Plötzlich rutschte sie in ein Wasserloch. Da ich sie angefaßt hatte, fiel ich auch. Ehe wir uns besinnen konnten, trafen uns heftige Schläge von Gummiknüppeln an Kopf, Rücken und Brustpartie. Mehrere Polizisten hieben auf uns ein. Ich kriegte einen Tritt mit dem Stiefel vor die Brust und stürzte in den Graben. Einige Demonstranten zogen mich auf der anderen Seite heraus. Ich war völlig durchnäßt. Ich hielt nach meiner Schwester Ausschau. Sie lag auf der anderen Grabenseite neben einem anderen Demonstranten am Boden. Der andere Demonstrant blutete stark. Er wurde von zwei Polizisten unter die Arme gefaßt und hochgezogen. Weil er immer wieder zusammensackte, wurde er mit Stiefeln getreten und mit Schlagstöcken bearbeitet. Ebenso erging es meiner Schwester. Etwas später wurden meine Schwester und der verletzte Demonstrant in einen Mannschaftswagen befördert. Außerdem sah ich noch etwa 20 Demonstranten am Boden liegen. Polizisten knüppelten auf sie ein. Ein ca. 16-jähriges Mädchen lief, wohl blind vom Tränengas, in die Polizeimeute. Sie fiel hin. Sie wurde von Polizisten an Armen und Beinen ergriffen und in den breiten Wassergraben geworfen.

Bei der Demonstration am 13.11.76 in Brokdorf gegen das dort geplante Atomkraftwerk war ich als von der Bürgerinitiative eingesetzter Sanitäter tätig. Bei der Bergung eines Demonstranten, dieser war infolge eines Steinwurfs fünf Minuten bewußtlos, wurde ich gut 150 Meter vom Geschehen der Auseinandersetzung zwischen Demonstranten und Polizei von einem Hubschrauber aus der Luft angegriffen. Der Hubschrauber flog in ca. 20 Metern Höhe über uns hinweg und warf Tränengasbomben auf uns ab. Außer, daß dies ein völlig sinnloser Angriff war, wurde durch für mich und einen zweiten Sanitäter die Bergung des Verletzten enorm erschwert. Der Verletzte erlitt einen zweiten, diesmal wahrscheinlich psychischen Zusammenbruch und wir mußten ihn ca. 500 Meter bis zum Krankenwagen tragen, wobei die Angriffe aus der Luft fortgesetzt wurden.

Augenzeugenbericht 14.11.76

Um ca. 11.15 Uhr gingen wir auf dem Deich entlang in Richtung Kundgebungsplatz. Vor uns postierten sich in einiger Entfernung 6 Polizisten, die aus dem Gebüsch auf der Elbseite des Deiches plötzlich auftauchten. Sie forderten uns auf, unsere Jacken zu öffnen. Wir taten es sofort. Die Jungen wurden abgetastet. Bei einem fand ein Polizist einen Bolzenschneider in einem Stiefel (wir wollten bei dem Bauern an der Verbindungsstraße die Zäune reparieren). Der Polizist holte sofort aus und schlug mit der Faust auf ihn ein. P. versuchte sich zu schützen, indem er mit den Armen Gesicht und Kopf bedeckte. Der Polizist schlug auch noch auf ihn ein, als er schon am Beobachtete den Vorfall und beschimpfte aufgebracht den Polizisten. Nachdem der Polizist seine unkontrollierten Prügeleien eingestellt, wurde P. von ihm an den Haaren gezogen und als erster den Deich zur Straße hinuntergeführt.

Ich heiße B.. (Name der Red. bekannt) und komme aus Köln. Ich habe mich aufgrund einer Fernsehveranstaltung über Brokdorf spontan dazu entschlossen, auch an der Demonstration teilzunehmen. Ich hab mir vorgestellt, daß eine friedliche Demonstration ablaufen würde, wo viele Leute da sind. Wo die Masse an Bürgern da ist, wie sie gerne gegen Atomkraftwerke wären, und daß das Überzeugungskraft genug wäre. Ich hab so gegen ca. 8 Uhr morgens noch mit ungefähr 50 Leuten mit Polizisten diskutiert. Ich habe gefragt, warum sie überhaupt ihren Einsatz leisten. Ich habe festgestellt, daß viele Polizisten dabei wären, die nicht dazu bereit waren, unbedingt nur reinzuschlagen, sondern eventuell auch mit uns darüber zu sprechen. Aber wenn der Einsatzleiter beim 'Knüppel frei' merkt, daß ein-ge abhauen wollten, dann wurden sie zum Einsatz gezwungen. Nachher bei der Demonstration habe ich auch immer mit den Polizisten diskutiert. Die haben mir nichts getan, die sind vorbeigegangen. Es kamen so hintere Trupps, die ich gar nicht gesehen hatte, die haben mir gleich beim ersten Mal den Knüppel in den Nacken gehauen. Der Knüppelschlag in den Nacken, dadurch fiel ich sofort in den Schlamm. Anschließend nahmen mich zwei Polizisten an den Füßen. Die haben mich mit dem Gesicht durch den Schlamm gezogen, über den Bach drüber, durch den offenen Drahtverhau durch. Da wurde ich sofort empfangen innerhalb des Geländes von Werkschutzleuten, die mich angeblich als Steinwerfer erkannt haben, was ich allerdings überhaupt nicht gemacht habe. Ich hab eine friedliche Demonstration gemacht, be eine friedliche Demonstration gemacht, ich habe keine Steine geworfen. Ich habe mich persönlich dafür eingesetzt, keine Konfrontation mit der Polizei einzugehen.

Samstag, den 13.11.76, 23 Uhr:
Ich sitze mit noch sechs anderen Jungs und Mädchen vor unserem Zelt bei einem Lagerfeuer. (Alle etwa 15-17 Jahre alt). Das Zelt befindet sich auf einer Wiese, die ein Bauer zum Zelten für Demonstranten freigegeben hatte, unweit des neuen Leuchtturms. Einige der Jungen und die zwei Mädchen sind noch minderjährig.

23.30 Uhr: Die meisten von uns lagen schon schlafend in ihren Decken und Schlafsäcken.
Sonntagmorgen 2.30 Uhr: eine 30 Mann starke Truppe des Bundesgrenzschutz soll plötzlich über die Wiese auf das Zelt zugelaufen sein (nach den Schilderungen derer, die noch wach waren). Ich wurde durch einen dumpfen Schmerz geweckt, der von einem Gummiknüppelhieb herrührte. Ich sah drei BGS-Leute halbgebückt im Zelt stehen. Sie schleiften uns bis vor das Zelt und schützten uns aus den Schlafsäcken. - Das Zelt stand auf lehmig-matschigem und zertrampeltem Wiesenuntergrund. - Wir mußten uns

Und ich wurde von den Polizisten getreten in die Geschlechtsteile und ins Gesicht. Sie haben gesagt, wir machen dich kaputt. Einige besondere Polizisten sagten, das können wir uns hier nicht leisten, laß uns erstmal dahinten zur Personalaufnahme schlörren. Und da bin ich dann auch regelhingeschlörret worden. In der Personalaufnahme waren nur Polizisten da. Also es war auch kein anderer da, den sie eventuell auch verhaftet hatten oder so. Ich war völlig allein, nur unter Polizisten. Und mich haben sie entlanggeschleift an Polizisten, die etwas mit Schlamm und Dreck beschmutzt waren, und gesagt: "Ja, diese Schweinereien, die hast du auch mit zu verantworten. Und das nächste Mal, bevor du solche Saureien machst, überleg dir das. Unsere Handhabe ist gerechtfertigt, jederzeit. Wenn ihr gewalttätig seid, müßt ihr auch damit rechnen, daß ihr eventuell verletzt werdet." Aber es war nicht so, daß ich Gewalt angewendet habe. Ich wollte nur mit Polizisten diskutieren. Aber gegen mich waren sie gewalttätig, mich haben sie verletzt, mich haben sie auf dem Boden langgeschleift. Ich habe denen das gesagt und bin in Weinkrämpfe ausgebrochen. Dann habe ich denen geschworen, daß das meine letzte gewaltlose Demonstration war. Nämlich, ich habe festgestellt, daß durch die Gewaltlosigkeit, die ich vertreten habe, ich in noch größere Schwierigkeiten gekommen bin als wie, wenn ich mich Leuten angeschlossen hätte und mit denen zusammen gekämpft und sich dann rechtzeitig zurückziehen. Ich habe dann nämlich noch gestanden und geglaubt, mit den Polizisten verhandeln zu können. Aber dat war nich drin. - Ich würde die Polizisten auch wiedererkennen, die mich so behandelt haben, wenn das gebraucht wird.

auf den Bauch legen in den eiskalten Matsch. Arme und Beine mußten wir von uns strecken. Wir wurden abgetastet und mußten so mindestens 5 Minuten liegen bleiben. Die BGS-Leute traten unsere Sachen mit den Füßen zur Seite, trampelten auf ihnen herum und rissen das Zelt ein. Dabei mußten wir uns Worte wie: "So, ihr Schweine, jetzt geht's rund hier!", anhören. Dann wurden wir, teilweise durch Fußtritte, aufgefordert, aufzustehen. Ich war barfuß. Als ich mir die Schuhe anziehen wollte, die ich zufällig gesichtet hatte, wurde ich zunächst daran gehindert. Dann sollten wir über die Wiese zu Polizeibussen gebracht werden. Ich zog mir meinen einen Schuh an. Als ich den anderen anziehen wollte, trat mir ein BGS-Mann die Beine unter dem Körper weg. Ich fiel, wurde aber wieder hochgerissen. Dann wurden uns die Hände mit Handschellen auf dem Rücken gefesselt. Die Mädchen kriegten Plastikscheiden verpaßt. Ihnen wurden die Hände nach vorn gefesselt. Man

trieb uns über die Wiese in die zwei Polizeibusse, die dort bereitstanden. Wir wurden auf das Baugelände gefahren. Nach einer Viertelstunde wurden wir herausgelassen und mußten uns in einer Gruppe ruhig neben die Busse stellen. Die Polizeibeamten standen im Kreis um uns herum. Wir standen im knöcheltiefen Schlamm. Einige von uns waren barfuß. Nach 10 Minuten wurden wir auf einen Lastwagen getrieben, auf dem ca. 20 Polizisten saßen, die auf dem Heimweg waren. Sie warfen uns Beleidigungen an den Kopf. Wenn wir etwas erwidern wollten, drohten sie mit Schlägen. Wir fuhren nach Itzehoe. Dort wurden wir zur Kripo gebracht. Man sperrte uns in einen Aufenthaltsraum.

Nach einer Stunde wurden wir einzeln herausgeholt und verhört. Wenn sich die Frage zu einem richtigen Verhör zuspitzen wollte, verweigerten wir die Aussage und machten nur Angaben zur Person. Dann wurden wir fotografiert. Einige wollten sich weigern, wurden jedoch brutal daran gehindert, sich von der Kamera abzuwenden. Danach wurden wir in den Keller geführt und richtig erkennungsdienstlich festgehalten (Fingerabdrücke, Foto mit Nummer usw.). Als dies alles vorbei war, wurden wir entlassen. Auf unser dringendes Verlangen wurden wir nach Brokdorf zurückgefahren. Zuerst wollte man uns einfach vor die Tür setzen. Die Mädchen durften von ihren Eltern abgeholt werden, da sie sehr entkräftet waren.



" Am Donnerstag, den 2.12. bekam ich einen Brief von der Polizei, in dem mir mitgeteilt wurde, daß gegen mich 1) wegen Hausfriedensbruch ermittelt werde, 2) ich Fundsachen (Personalausweis, Führerschein, Sparkassenbuch) bei der Polizei abholen könne. Am Freitag, den 3.12. ging ich zu der angegebenen Polizeidienststelle mit dem Vorsatz, lediglich meine Papiere abzuholen und von meinem Recht Gebrauch zu machen, nichts zu sagen. Dem in dem Brief enthaltenen Vorwurf zu sagen. Im Polizeihochhaus wurde ich zunächst von einem Beamten zum anderen geschoben. Schließlich beschäftigte sich ein junger Beamter mit mir, der mich durch besonders kollegiales Verhalten zu Aussagen bewegen wollte. Nach längerer Befragung mußte ich Vernehmungsformulare unterschreiben (in denen Dämonisierungen aufgenommen waren), die vorher als Empfangsbescheinigungen für meine Papiere ausgegeben worden waren. Es wurde mir dabei gedroht, daß ich meine Papiere nicht bekäme, wenn ich nicht unterschreibe. Danach mußte ich dann die richtige Empfangsbescheinigung unterschreiben. Danach wurde ich unter meinem heftigen Protest durch viele Gänge über einen Innenhof in den Kriminaltrakt geführt, wo angeblich ein Paßphoto von mir gemacht werden sollte, wobei mir der Beamte trotz meiner Forderung keine Begründung dafür angab. Ich wurde dann auf einer Bank sitzen lassen. Ich konnte das Gebäude nicht verlassen, weil alle Ausgänge durch schwere Eisentüren verschlossen waren, die nur von bestimmten Beamten geöffnet werden konnten. Nach etwa 30 Minuten mußte ich mit einem Beamten in einen Raum gehen, wo mehrere Photos in verschiedenen Perspektiven von mir gemacht wurden (sitzend, stehend, mit einer Puppe...). Anschließend wurde das gleiche in einem anderen Raum noch einmal wiederholt. Nach längerer Wartezeit wurden dann Aufzeichnungen über meine äußeren Merkmale gemacht (Augenfarbe, Haarfarbe, Porträtzeichnung?). Obwohl ich protestierte, wurden dann auf verschiedenen Schriftstücken über 100 Fingerabdrücke von mir gemacht, wobei ein Beamter meine Finger auf das Papier drückte und hin und her drehte, was ziemlich schmerzhaft war. Danach mußte ich unter Protest 4 gleichlautende Schriftstücke mit meinen Daten, einschließlich Fingerabdrücke und Platz für Photo, unterschreiben. Insgesamt wurde ich ungefähr 3 Stunden festgehalten."

Horst Mahler



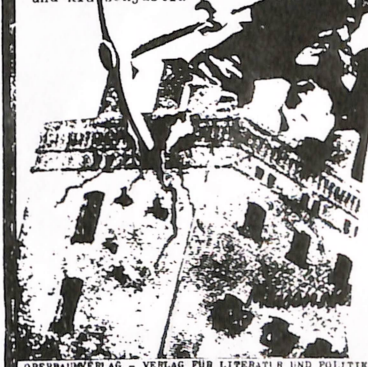
Erklärungen, Beiträge und Stellungnahmen aus dem Gefängnis

Preis: 7.-DM, 120 Seiten

REIHE PROLETARISCH - REVOLUTIONÄRE ROMANE

IM NAMEN DES VOLKES!

Hilf gegen Polizeiterror und Klassenjustiz



Preis: 8.-DM, 140 Seiten



Preis: 2,50DM, 100 Seiten

Inhalt:

- Die Strafanzeige gegen Ruhland
- Das Urteil gegen Horst Mahler im Wortlaut
- 1956-76: Mahlers Weg an die Seite der Arbeiterklasse



Spezialeinheiten von Polizei und Bundes-
"grenzschutz" - spezialisiert auf den
Kampf gegen die Volksmassen - hatte
CDU-Chef Stoltenberg mit ausdrücklicher
Billigung von Innenminister Maihofer aus
der ganzen BRD in Brokdorf zusammenge-



zogen. Schon seit
Baubeginn ist
die Wilster Marsch
faktisches Not-
standsgebiet, wo
die Polizei mit
Terror, lückenlo-
ser Kontrolle und
Bespitzelung den
Widerstand zu bre-
chen versucht.
Am 13. 11. ging
sie mit äußerster
Brutalität gegen
die Demonstranten
vor. Tränengasgra-
naten wurden von
Hubschraubern in
die Menge gewor-
fen. Gepanzerte
Menschenräumfahr-
zeuge des Bundes-
grenzschutzes stan-
den bereit. Wo es
der Polizei gelang
Gruppen oder Ein-
zelne, insbesondere
auf dem Heimweg,
zu erwischen, wur-
den sie blindwütig
von Polizeikohorten
zusammengeschlagen.

Aus dem Kapitel WAS SIND DIE GRUNDLAGEN EINER BREITEN EINHEITS-
FRONT GEGEN DIE ATOMKRAFTWERKE der Broschüre der KPD - NEIN ZU
DEN ATOMKRAFTWERKEN drucken wir

Die KPD schlägt vor, daß sich alle entschiedenen Atomkraftwerksgegner über
folgende Punkte und Forderungen einigen und fest zusammenschließen sollten:

1. Nirgendwo in der Bundesrepublik, in Westberlin und der DDR darf ein
weiteres Atomkraftwerk errichtet werden. Die bereits im Bau befindlichen
Atomkraftwerke müssen beseitigt werden, die bereits in Betrieb befindlichen
Atomkraftwerke müssen sofort ihren Betrieb einstellen und unschädlich ge-
macht werden.

Die Untersuchungen und Erkenntnisse unabhängiger Wissenschaftler im In-
und Ausland und die praktischen Erfahrungen der bereits betriebenen Atom-
kraftwerke haben zur Genüge bewiesen, daß unter den gegebenen gesellschaft-
lichen Verhältnissen und auf dem bisherigen technischen Entwicklungsstand
die Atomenergie eine untragbare, tödliche Gefahr für die Bevölkerung nicht nur
dieser sondern gerade auch kommender Generationen darstellt.

2. Die Atomkraftwerke müssen verschwinden, denn sie sind eine besonders
unterträgliche Bedrohung angesichts der wachsenden Gefahr eines Krieges durch
das Ringen der beiden Supermächte um Weltherrschaft, sie stellen 'schlafende'
Atombomben dar, die es jedem Angreifer ermöglichen, einen Atomkrieg ohne
Einsatz von Atomwaffen gegen unser Land zu führen und Erpressungen vorzu-
nehmen.

3. Die Energieversorgung ist auf der Grundlage der vorrangigen Förderung der
einheimischen Energievorräte, der Freundschaft und der gleichberechtigten Be-
ziehungen zur Dritten Welt mit ihren unerschöpflichen Reserven an Erdöl und
Erdgas, ohne jede Unterstützung von rassistischen Regimes, der Entwicklung
neuer, umweltfreundlicher Energiequellen, unabhängig von den Supermächten
und ihrem faktischen Monopol in der für die Verwirklichung des Atompro-
gramms entscheidenden Urananreicherung.

4. Insbesondere dürfen nirgendwo 'Atom Müll' oder andere radioaktive Abfälle
gelagert werden.

5. Der Bau von Atomkraftwerken, Wiederaufbereitungsanlagen und Atom-
mülldeponien muß grundsätzlich verhindert werden, weil keinerlei
'technische Auflagen' und keine sogenannten zusätzlichen Sicherheitsbestim-
mungen unter heutigen technischen Bedingungen die prinzipielle tödliche Ge-
fährlichkeit dieser Bauwerke außer Kraft setzen können.

6. Es muß unser Widerstandsrecht verteidigt werden, zur Verhinderung des
Baus von Atomkraftwerken die dafür vorgesehenen Bauplätze zu besetzen. Sie
sind der entscheidende Ort der praktischen Auseinandersetzung.

7. Die kämpfende Bewegung der AKW-Gegner muß einen langen Atem be-
sitzen und sich unter allen Umständen auf einen schwierigen und langandauern-
den Kampf einrichten. Von besonderer Wichtigkeit ist die geschlossene Front
der Bevölkerung in den unmittelbar betroffenen Gebieten. Darüber hinaus müs-
sen solidarische Verbindungen zu AKW-Gegnern, gleich an welchen Orten,
hergestellt werden.

(Als in Wyhl die erste Besetzung durch einen Polizeiüberfall zerschlagen wurde,
ergab sich bei der zweiten erfolgreichen Besetzung folgendes Gespräch zwischen
einem Bauern und einem Polizisten. Der abziehende Polizist sagte: 'Diesmal müs-
sen wir abziehen, aber das nutzt Euch nichts, morgen oder übermorgen kom-
men wir mit mehr Wasserwerfern und mehr Polizei wieder und verjagen Euch'.
Der Bauer antwortete: 'Nein, wir haben den längeren Atem. Ihr könnt hier



Durch die von der Polizei in großen Mengen versprühten chemischen Mittel, wie chemical mase und Tränengas drohten die Augen vieler Menschen verätzt zu werden.



Direkt außerhalb der direkten Reichweite von Wasserwerfern und Tränengasgranaten war deshalb der Sanitätsdienst im Einsatz. Spülte die Augen aus, verband kleiner Verletzungen und sorgte dafür, daß schwere Verletzungen nach hinten transportiert wurden. Der Sanitätsdienst war auch unter den vielen tausenden Menschen durch eine an einer langen Stange befestigten Fahne leicht zu finden. In dem Bauwagen war eine der festen Sanitätsstationen eingerichtet, die insbesondere die durch Steinwürfe z.T. schwer Verletzten versorgte, wenn nötig die Transportierung ins Krankenhaus veranlaßte.

ab und zu einen Überfall machen, aber wir, wir wohnen hier. Wir sind immer da und deshalb werden wir siegen!")

Die Umgebung der Bauplätze muß für AKW-Betreiber und Polizei zum 'Feindesland' gemacht werden.

8. Es muß unser Recht verteidigt werden, uns gegen die brutale und gezielte Gewalt des Staatsapparates, gegen den Polizeiterror auch mit der gerechten Gewalt des Volkswiderstandes zur Wehr zu setzen.

Der Kampf der Wyhler und Brokdorfer AKW-Gegner zeichnete sich vor allem durch die kompromißlose Entschlossenheit aus, den hochgerüsteten Polizeiparapparat zu durchbrechen, Stacheldrahtverhaue, Sperren jeglicher Art abzuräumen bzw. für die Verteidigung des besetzten Platzes einzusetzen. Diese kämpferische Haltung ist eine entscheidende Voraussetzung für den Sieg. In den bisherigen Kämpfen zeigte sich gerade, daß Polizeiterror und noch so mächtige Drahtverhaue kein entscheidendes Hindernis für eine Platzbesetzung sind.

9. Der Kampf der AKW-Gegner muß sich zugleich gegen die Einschüchterungs- und Verfolgungsmaßnahmen seitens der staatlichen Organe, der Polizei und der Klassenjustiz richten. Die uneingeschränkte Solidarität aller AKW-Gegner muß allen wegen ihres Kampfes verfolgten AKW-Gegnern und allen wegen ihres Kampfes für die Interessen des Volkes mit Berufsverbot belegten Kämpfern, wie dem Kommunisten und AKW-Gegner Professor Jens Scheer, gelten.

Der Kampf aller AKW-Gegner muß sich zugleich gegen alle gesetzlichen Maßnahmen, wie z.B. die neuen Staatsschutzgesetze, richten, mit denen die Meinungs-, Demonstrations- und Versammlungsfreiheit eingeschränkt und die Propagierung der gerechten Gewalt des Volkes unter Strafe gestellt werden.

10. Entschieden muß allen Spaltungsmanövern zwischen Umweltschützern, Demokraten und Kommunisten, zwischen Arbeitern und Bauern entgegengetreten werden.

Wer den Kampf gegen die Atomkraftwerke entschieden und vorbehaltlos unterstützt, ist willkommen, wer dies nicht tut, muß bekämpft und isoliert werden. Insbesondere sind die Spaltungsmanöver der Gewerkschaftsführung zu rücken zu weisen, die zwischen Bauern, Umweltschützern und Arbeitern einen Keil zu treiben versucht. Die Theorie, daß Atomkraftwerke den Fortschritt, das Lebensniveau und vor allem die Arbeitsplätze sichern, ist verlogen und vor allem durch die Geschichte des Ruhrbergbaus längst ad absurdum geführt. Gegen die Spaltungsmanöver der AKW-Kapitalisten, der Regierungen und der Gewerkschaftsführung ist die gemeinsame Front der Arbeiterklasse und der Bauern zu schaffen. Die betroffenen Bauern müssen in die Städte und vor die Betriebe ziehen, um für die gemeinsame Sache einzutreten, die Arbeiter und Werktätigen in den Städten müssen dazu mobilisiert werden, auf dem Land an den Kämpfen teilzunehmen.

Kein Atomkraftwerk in Brokdorf, Wyhl oder anderswo!

Kein Atomkraftwerk in Greifswald, Magdeburg oder anderswo!

Keine Atommülldeponien in Niedersachsen oder anderswo!

Sofortiger Stop aller AKW-Bauten, sofortige Stilllegung der bestehenden Atomkraftwerke!

Weg mit dem volksfeindlichen Atomprogramm der Bundesregierung!

Für eine Energieversorgung unabhängig von den Supermächten, in Zusammenarbeit mit der Dritten Welt!

SCHLUSS MIT DEN BÜRGERKRIEGS MANÖVERN!

Verschanzten sich die Bürgerkriegstruppen während des Ansturms der 30.000 am 13. 11. hinter ihren Befestigungsanlagen und schossen ihre Tränengasgranaten und Wasserwerfer aus sicherer Entfernung ab, so kamen sie nach Abbruch des Ansturms aus ihren Löchern und gingen auf Menschenjagd. In Kommandos überfielen Polizisten Gruppen von heimkehrenden Demonstranten und Einzelpersonen. Sie schlugen sie blutwütig zusammen, warfen sie in die Wetter, mit Hubschraubern flogen sie knapp über die Köpfe, so daß man sich flach auf den Boden werfen mußte. Über 100 Menschen wurden in der Nacht vom 13. auf den 14.11. festgenommen und nach Itzehoe verschleppt. Dänische und deutsche AKW-Gegner, die aus Erschöpfung

in dem Zelt gegenüber dem Bauplatz schliefen, wurden gegen 2 Uhr nachts aus dem Schlaf geprügelt. Noch am nächsten Tag wurden wahllos Einzelne angehalten und mitgenommen.

Fast 1000 Verletzte, etwa 50 Schwer- verletzte, mindestens 100 Festgenommene, schwerste Ausschreitungen der Polizei gegen Demonstranten, allein am 13.11.1976 - dieser kaum zu beschreibende Terror gegen die Demonstranten erfordert gründliche Generermittlungen, erfordert die Organisation der Solidarität! Deswegen wurde am 19.11.1976 in Hamburg der Ermittlungsausschuß der BUU gegründet. In ihm arbeitet die ROTE HILFE mit.

Ermittlungsausschuß gegründet

Dieser Ausschuß hat die Aufgabe, von Demonstrationsteilnehmern, Journalisten, Anwohnern und anderen Zeugen Berichte und Aussagen zu sammeln. Es kommt darauf an, die Ereignisse des 30.10. und vor allem des 13.11. genau zu rekonstruieren, um den ganzen verbrecherischen Plan der Regierung zu enthüllen. Die Regierung Stoltenberg, die mit dem bürgerkriegs- mässigen Vorgehen der Polizei gegen die Demonstrationen bewiesen hat, daß sie bewußt und planmäßig die eigene Rechtsordnung mißachtet, sobald sie lästig wird, - dieselbe Regierung, die die auf dem Papier der Gesetzbücher garantierten Bürgerrechte zynisch mit Füßen getreten hat, will jetzt die aktiven AKW-Gegner durch ihre Justiz zu "Verbrechern" stempeln. Der Ermittlungsausschuß muß durch seine Öffentlichkeitsarbeit der Hetze der bürgerlichen Lumpenpresse und den Lügen der Regierung entgegentreten. In einer ersten Broschüre sind Augenzeugenberichte über die Ereignisse am 30.10. und 13.11.1976 in und bei Brokdorf dokumentiert. Auszüge wurden im "Stern" veröffentlicht. Gegen rechtswidrige Ermittlungsmethoden der Polizei wurde eine Presseerklärung der BUU verbreitet.

Als eine seiner entscheidenden Aufgaben hat der Ermittlungsausschuß die Aufdeckung und Entlarvung des Polizeiterrors angepackt. Damit soll gerade auch der Kampf gegen diese Klassenjustiz, die bereits das "Werk" der Polizei fortsetzt, organisiert werden. Der Ermittlungsausschuß wird so diejenigen Demonstrationsteilnehmer, die

von der Justiz verfolgt werden, dafür rüsten, daß sie vor den Schranken der Klassenjustiz Gerichte die Drahtzieher des Polizeiterrors zur Durchsetzung des volksfeindlichen Energieprogramms der SPD/FDP Regierung anklagen werden. Er muß durch seine Ermittlungsarbeit diejenigen Demonstrationsteilnehmer, die von der Polizei festgenommen worden sind, dafür rüsten, daß sie sich vor den Schranken der Gerichte verteidigen, indem sie die Drahtzieher des Polizeiterrors zur Durchsetzung des volksfeindlichen Energieprogramms der Bundesregierung anklagen. Alle, die gemeinsam gegen den Bau eines Atomkraftwerkes in Brokdorf oder anderswo kämpfen, müssen begreifen, daß der Kampf, der in den Gerichtssälen ausgefochten wird, derselbe Kampf - nur in anderer Form - ist. Im Kampf gegen die Justiz ist Solidarität entscheidend! Die Gerichte haben in dieser Angelegenheit kein anderes Ziel, als die Gegner des AKW einzeln aus der Kampffront herauszubrechen, zu isolieren und individuell zu schlagen. Die bürgerliche Klassenjustiz ist ein besonders heimtückisches Werkzeug der politischen Unterdrückung. Viele entschlossene Kämpfer gegen die Atomkraftwerke, die im Polizisten längst den Söldner des Feindes erkannt haben, hegen über den Richter noch gefährliche Illusionen. Die Mühlen der Justiz sind schon in Gang! Bereits im November hat die Staatsanwaltschaft mit den Vorladungen begonnen! Wenn wir verhindern wollen, daß die Festgenommenen aufgrund lügenhafter Polizeiaussagen und ähnlicher "Ermittlungsergeb-



SOLIDARITÄT HILFT SIEGEN

ROTE HILFE

LANDESVERBAND NORD

13.11.76

Wir haben am 30.10. gesehen, daß man gegen den übermächtig erscheinenden Staatsapparat Erfolge erzielen kann: Wenn wir uns fest zusammenschließen! Eins ist klar geworden: NICHT WAFEN - MENSCHEN ENTSCHEIDEN!

Dem Terror der Polizei und den nachfolgenden Versuchen der bürgerlichen Klassenjustiz, einzelne herauszubereichen, können wir nur mit Solidarität begegnen!

SOLIDARITÄT HILFT SIEGEN - SCHAFFT ROTE HILFE!

Die ROTE HILFE unterstützt als Schutz- und Solidaritätsorganisation der Arbeiterklasse den Kampf in Brokdorf. Bereits am 30.10. haben wir mitgeholfen, die medizinische Hilfe zu organisieren.

VERHALTENSHINWEISE

1.) Festnahme: Wenn die Festnahme nicht verhindert werden kann: Namen schreiben; die Zeugen sollen diesen aufnehmen wie die Namen weiterer

Zeugen, zur Anlaufstelle weitergeben.

2.) Bei der Polizei: Immer gültigen Personalausweis und Kfz-Papiere dabei haben; denn wer sich nicht ausweisen kann, wird meist mitgenommen! Immer gegen das Vorgehen der Polizei protestieren und nach dem genauen Grund fragen. Die Dienstreue des Polizisten geben lassen: Er muß sie angeben.

Auf der Wache selbst nur Angaben zur Person (wie im Personalausweis + Beruf)

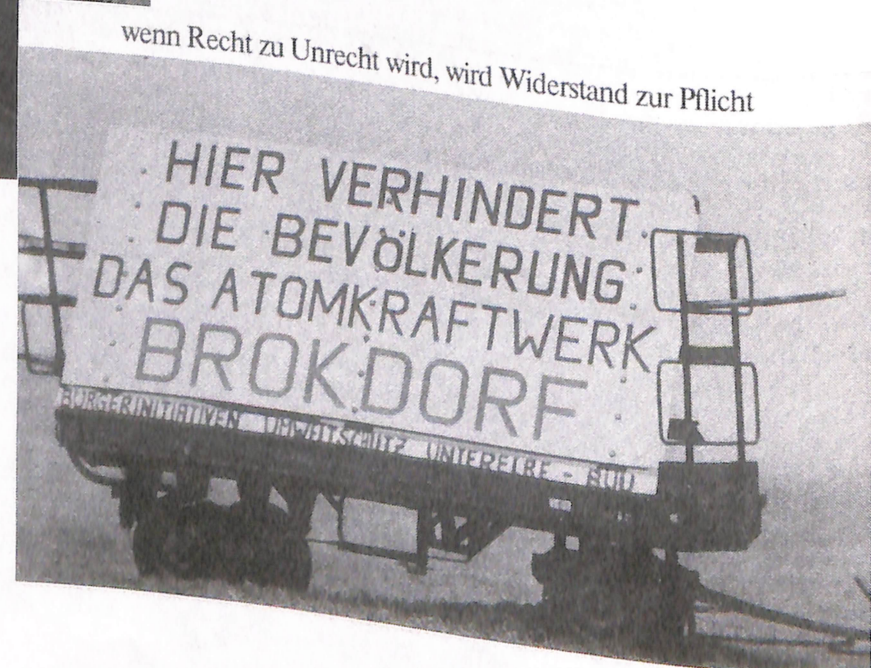
3.) Rechte auf der Wache: Jeder hat das Recht, eine Person seines Vertrauens (Angehörige oder Anwalt) sofort zu verständigen. Man darf auf der Wache jederzeit telefonieren. Wird das verweigert ("Überlastung des Telefons" o.ä.): Immer wieder fordern, mit Anzeige drohen! Die Festnahme darf höchstens 47 Stunden dauern. Man hat

losen" Fragen beantworten: z.B. "Sind Sie in Brokdorf gewesen?" - "Keine Aussage". Sonst wird später jede Aussage gegen Euch verwendet. Dh. zugleich: Nichts unterschreiben (Protokoll, Quittung o.ä.). Merkt Euch Namen und Anschrift der Mitgefangenen, nehmt Euch dafür was zu schreiben mit. Macht Euch sofort nach der Entlassung eine genaue Gedächtnisprotokoll - Einzelheiten vergißt man schnell! Protestiert zusammen mit den Mitgefangenen, nur redet nicht über Einzelheiten - der Feind hört mit!

das Recht auf unverzügliche Entscheidung des Richters über die Freilassung: Der Richter muß entweder einen Haftbefehl ausstellen oder Freilassung anordnen. Das muß man sofort verlangen. 4.) Erkennungsdienstliche Behandlung (ED). Gegen ED (Fingerabdrücke und Fotos) muß sofort Widerspruch eingelegt werden. Darüber ist ein Protokoll anzufertigen (wird oft verweigert, nicht blaffen lassen!). Schließt Euch zusammen: Im Knast Singen! Wendet Euch an die ROTE HILFE!

3.) Rechte auf der Wache: Jeder hat das Recht, eine Person seines Vertrauens (Angehörige oder Anwalt) sofort zu verständigen. Man darf auf der Wache jederzeit telefonieren. Wird das verweigert ("Überlastung des Telefons" o.ä.): Immer wieder fordern, mit Anzeige drohen! Die Festnahme darf höchstens 47 Stunden dauern. Man hat

Herausgeber: ROTE HILFE, Landesverband Nord, Bahnenfelderstr. 52, 2000 Hamburg 50. Büros: Bremen (Walle), Gustavstr. 24 (MI 17^h); Hannover (Linden), Göttingerstr. 58 (MI 17^h). Zentralvorstand: Rothenausr. 1, 5000 Köln, Tel: 0221/ 52 32 90.



nisse" der Staatsanwaltschaft stellvertretend für die Bewegung gegen den Bau von Atomkraftwerken zu hohen Strafen verurteilt werden, dann müssen wir sofort alles verfügbare Material zusammentragen. Die Erfahrung lehrt: Je mehr die Büttel der Kapitalisten gewütet haben, desto schwerere Straftaten müssen sie ihren Gegnern anhängen. Das sind sie sich als Rechtfertigung schuldig. Die Rote Hilfe ruft alle Teilnehmer der Demonstrationen, besonders diejenigen, die verletzt worden oder festgenommen worden sind, auf, mit Berichten und Fotomaterial zu den Ermittlungen des Aus-

schusses beizutragen. Wir brauchen jeden Bericht, jede Einzelheit, jedes Foto! Wirksame Solidarität erfordert auch materielle Unterstützung! Zehntausende von DM werden an Prozeßkosten anfallen. Auch die Dokumentations- und Informationstätigkeit kostet Geld, daß die unmittelbar Betroffenen nicht allein aufbringen können. Spendet zur Unterstützung der Festgenommenen und Verletzten auf das Konto:

ROTE HILFE-Rechtshilfe Kto.13 2072 63 00

Bank für Gemeinwirtschaft Köln

Kennwort Brokdorf

Die Berichte der Betroffenen und der Zeugen müssen folgendes enthalten:

- Name und Anschrift
- Datum und Uhrzeit der Festnahme, Verletzung, usw.
- Schilderung des Geschehensablaufs, Art und Schwere der Verletzung
- genaue Ortsangabe
- Beschreibung der beteiligten Polizisten
- Bezeichnung der Betroffenen bzw. Zeugen (Möglichst vollständige Namen und Anschriften)
- Folgeereignisse (Behandlung durch Polizei nach Festnahme, Dauer und Ort der Haft, ärztliche Behandlung, Vorladungen von Polizei und Staatsanwaltschaft, Strafbefehle, Gerichtstermine)

Dem Fotomaterial müssen kurze Erläuterungen beigelegt werden:

- Name und Anschrift des Fotografen
- Bezeichnung des Geschehenskomplexes (vor allem Ort und Zeit)
- Bezeichnung der auf dem Foto zu erkennenden Personen

Die Berichte und das Fotomaterial sind abzugeben
- zur Weiterleitung an den Ermittlungsausschuß
in den Büros der Roten Hilfe und der KPD:

ZK der KPD: 5 Köln, Kamekestraße 19, Tel. 0221 / 52 89 46

- Regionalkomitees:**
- Dortmund, Münsterstr. 95, Tel. 0231/81 26 66, App. 2, Mo-Fr 9-10 u. 17-19 Uhr
 - Frankfurt, Eckenheimer Landstr. 106, tägl. von 7-9 Uhr u. 15-22 Uhr, 0611/590593
 - Hamburg, 2-6, Eimsbütteler Chaussee 21, Tel. 040/438602
 - München 70, Klenzestraße 64, Tel. 089/26 72 12, Mo-Fr 14-20 Uhr
 - Stuttgart 30 (Feuerbach), Hohewartstr. 22, Mo-Fr 18-19 Uhr, Tel. 0711/85 23 74
 - Westberlin, 1-61, Hedemannstraße 12, Di bis Fr 17-19 Uhr, Tel. 030/2510155
- Ortsleitungen:**
- Aachen, Düppelstr. 40, Mo bis Fr 17-18 Uhr, Sa 10-12 Uhr, Tel. 0241/50 71 37
 - Augsburg, Eichlerstraße 1, Mo, Mi, Do, 18-19 Uhr, Tel. 0821/416192
 - Bremen-Walle, Flensburger Str. 81 (Nähe Bahnhof Walle), Tel. 0421/393759
 - Bochum, Metzstraße 4, Mo-Fr 17-19 Uhr, Tel. 0234/13513
 - Bonn, Franzstraße 20, Mi u. Fr. 17-19 Uhr
 - Düsseldorf, Erkrather Str. 304, Mo-Mi 17-19, Do u. Fr 16-18 Uhr, Tel. 0211/784006
 - Duisburg-Hochfeld, Tersteegenstr. 9, Mo-Fr 17-18.30 Uhr, Tel. 0203/6 12 95
 - Köln, K.-Ehrenfeld, Keplerstr. 54, Mo-Fr 17-19 Uhr, Tel. 0721/69 16 84
 - Karlsruhe, Südstadt, Luisenstr. 63, Di u. Do 17-19 Uhr, Tel. 0621/37 46 27
 - Mannheim-Neckarstadt-West, Alphonstraße 6, Tel. 0621/44 24 93
 - Nürnberg, Südstadt, Gugelstr. 91, Di u. Fr 15-19 Uhr, Tel. 0911/44 24 93
 - WESTBERLIN: Kreuzberg, Walemarstr. 112; Moabit, Wilsnakerstr. 41; Neukölln, Emserstr. 20, Do, Fr 17-19 Uhr, Tel. 030/262769; Schöneberg, Leberstr./Ecke Gustav-Müller-Platz, Do, Fr 17-19 Uhr
 - KPD-BÜROS: Bielefeld, Kronenstraße 13a, Mo 17-19, Mi 17-18, Do 17-20 Uhr, 0521/63367
 - Saarbrücken-Burbach, Luisenthalerstr. 202, Di und Do 17-19 Uhr
 - Regensburg, Vor der Grieb 3, Fr 17-19 Uhr

Wendet Euch an die ROTE HILFE

Zentrale: 5 Köln 30, Rothehausstr. 1 (0221/523290) tägl. 18-19 Uhr
Landesvorstand NRW: 46 Dortmund, Burgholzstr. 13 (0231/813763), Fr. 18-19 Uhr

- Ortsgruppe Dortmund: Burgholzstr. 13, Mi. ab 19 Uhr
- OG Köln: "Drügge Pitter", Venloer/Lessingstr. Mo. ab 19.30 Uhr
- Hessen: OG Frankfurt: Schleiermacherstr. 40 (0611/495738) Mi. ab 17 Uhr
- OG Frankfurt: 8 München 80, Milchstr. 21 (089/483597)
- Landesvorstand Bayern: 21, Mi. 17-19 Uhr
- OG München: Milchstr. 21, Mi. 17-19 Uhr
- OG Augsburg: A-Oberhausen, Eichlerstr. 1, Fr. 20-22 Uhr
- OG Nürnberg: 85 Nürnberg, Sperberstr. 21, Do. 19.30 Uhr
- Landesvorstand Nord: 2 Hamburg 50, Bahrenfelder Str. 52 (Tel. 040/39 26 73)
- OG Hamburg: "Im Bierhaus", Schulterblatt 3, Di. 19 Uhr
- OG Bremen: Bremen-Walle, Gustavstr. 24, Mi. 17.30-19 Uhr
- OG Bremen: Göttinger Str. 58 (KJVD) Mi. 17.30-19 Uhr
- Komitee Hannover: Göttinger Str. 58 (KJVD) Mi. 17.30-19 Uhr
- Landesvorstand Westberlin: 1 Berlin 65, Badstr. 38 (030/4935012)
- OB Moabit: Oldenburger Str. 22 (Laden), Mi. 19 Uhr
- OG Wedding: Soldiner Str. 68 (Laden), Mi. 19 Uhr
- OG Kreuzberg: Leuschner Damm/Waldemarstr., Mi. 19 Uhr
- OG Neukölln: Cannstadt, "Neckartal", Wilhelmstr., Fr. 20 Uhr
- Ortsgruppe Stuttgart: Cannstadt, "Neckartal", Wilhelmstr., Fr. 20 Uhr

- oder direkt bei den Bürgerinitiativen Umweltschutz Unterelbe / Gruppe Hamburg, Klaus Derikum, Eppendorfer Baum 4, 2000 Hamburg 20

Die Berichte und das Fotomaterial sollen auf keinen Fall mit der Post geschickt werden.

Der vertrauliche »Erfahrungs- und Vertrauensbericht« über die Polizeiaktion in Brokdorf

1. Anlaß des Polizeieinsatzes

Im Rahmen der Planungen der Bundes- und Landesregierung Schleswig-Holstein zur Sicherstellung der Energieversorgung soll in Brokdorf ein Kernkraftwerk gebaut werden. Alle von dieser Maßnahme sich betroffenen fühlenden Bürger hatten Gelegenheit, während der gesetzlich vorgesehenen Erörterungstermine ihre Einwände geltend zu machen.

Nach Prüfung aller Fakten und Argumente hat die Landesregierung von Schleswig-Holstein mit Zustimmung des Bundesministers des Innern und der Reaktorsicherheitskommission den Norddeutschen Kraftwerken (NKW) als künftiger Betreiber eine Teilgenehmigung ausgehändigt, die ausschließlich zur Errichtung des vorgesehenen Baugeländes berechtigt. Eine endgültige Entscheidung über den Betrieb eines Kernreaktors in Brokdorf ist damit noch nicht gefallen.

Die Norddeutschen Kraftwerke haben am 28. 10. 1976 mit dem Herrichten des Baugeländes wie Einfriedung und Planierung begonnen.

1.1 Demonstrations-Vorbereitung

Nach Bekanntwerden des Projektes haben sich schon frühzeitig mehrere Bürgerinitiativen gebildet, die durch Flugblattaktionen, Versammlungen, Straßentheater, Informationsstände u. a. Aktivitäten zum Widerstand gegen den Bau des KKW aufrufen.

Obwohl allen Betroffenen rechtliches Gehör gewährt worden ist und sie auch weiterhin die Möglichkeit haben, rechtliche Schritte gegen den Bau des KKW zu unternehmen, besteht bei gewissen Kreisen in den Bürgerinitiativen die erklärte Absicht, den Beginn jeder Bautätigkeit durch Besetzen des Baugeländes zu verhindern.

Protestaktionen von Bürgerinitiativen werden – wie es die Vergangenheit zeigt – häufig von politisch extrem orientierten Gruppen für einseitige Agitationen mißbraucht. Dabei wird versucht, ein die Allgemeinheit stark ansprechendes Sachproblem als Aufhänger für die Verwirklichung ganz anderer und radikaler Ideen zu nutzen. In Brokdorf beteiligten sich fast alle führenden K-Gruppen wie KBW, DKP, KPD, KPD/ML und GIM an den gewalttätigen Auseinandersetzungen mit der Polizei.

Tage zuvor schon hatten 42 Hamburger Pastoren dazu aufgerufen, „um unserer Zukunft willen aktiven Widerstand zu leisten“. Eigentumsrechte dürften dabei „nicht um jeden Preis“ geachtet werden. Dadurch mußten sich Angehörige der Bürgerinitiativen und Linksextremisten geradezu ermutigt fühlen, mit dem Segen der Kirche gegen die Polizeisperren am Kernkraftwerksgelände zu stürmen. Einer der Pastoren, im Talar stand in vorderster Reihe der Polit-Rocker und forderte mit Hand-Megaphon zum gemeinsamen Sturm auf die Polizei auf.

Seit dem 1. November 1976 wurde in der gesamten Bundesrepublik Deutschland für eine Demonstration und die gewaltsame Besetzung des Baustellengeländes Brokdorf geworben. Die Bürgerinitiative Unterelbe rechnete mit der Teilnahme von etwa 30 000 Personen. Die Veranstaltung wurde bei den zuständigen Behörden nicht angemeldet.

Nach Auffassung radikaler und fanatisierter Gruppen sollte die Besetzung ohne Rücksicht auf Rechtsgüter, Leben oder Gesundheit von Polizeibeamten durchgeführt werden.

1.2 Polizeilicher Auftrag am 12./13. November 1976

Die Landespolizei Schleswig-Holstein, verstärkt durch Polizeikräfte anderer Bundesländer, hatte den Auftrag, durch

- Aufklärung
- Objektschutz
- Raumschutz
- verkehrspolizeiliche Maßnahmen
- Beweissicherung und Dokumentation

Bilden eines Gefangenentransportkommandos

- Beweissicherung und Dokumentation
- wasserschutzpolizeiliche Maßnahmen
- Bilden einer beweglichen Reserve
- die Baustelle, Bauarbeiten und Materialanfahrt für die Errichtung des Kernkraftwerkes Brokdorf zu schützen.

1.3 Bereitzustellende Kräfte

- Aufklärung (K) 0/2/49
- Beweissicherung und Dokumentation 0/0/24 (K)
- Gefangenentransportkommando (S) 0/0/18
- Einsatzbereitschaft Objekt
- Führungsgruppe BPA (PD Schmidt-ke)

- 1. Hundertschaft (BPA/LPS) SH
- 2. Hundertschaft SH
- 5. Hundertschaft (BPH/LPS) SH
- 1. Hundertschaft PD Süd SH
- 1. Hundertschaft Hamburg und 1. Limakw

- 4 Hundertschaften Niedersachsen
- 1 Hundertschaft Bremen
- Wasserwerfer mit Besatzungen
- 3 Wawe BPA SH
- 1 Wawe PD Süd und PD Nord SH

- 2 Wawe PD Mitte SH
- 2 Wawe PD Mitte SH
- 2 Wawe Rheinland-Pfalz
- 3 Wawe Niedersachsen
- 14 Beamte SEK BPA SH
- 12 Diensthundeführer
- Einsatzabschnitt Raum
- 40 Beamte VOB
- 1 Hundertschaft PD Mitte
- 1 Einsatzzug

- Einsatzabschnitt Fluß
- 2 Boote Wasserschutzpolizei
- Strafverfolgung
- 0/4/40 Beamte – K –
- Gefangenensammelstelle
- 0/0/8 Beamte in Itzehoe

- Reserve I
- 1 Hundertschaft Hessen
- Reserve II
- 1 Hundertschaft PD Nord
- Reserve III
- 10 Beamte (Reiter)

Für die Luftaufklärung, Transport von Führungs- und Einsatzmitteln und Verletzten wurden 3 Hubschrauber des Bundesgrenzschutzes eingesetzt. Der BGS hielt weiterhin 2 Hundertschaften in jederzeitiger Einsatzbereitschaft an nahegelegenen Standorten. Die Freigabe dieser Kräfte behielt sich der Innenminister des Landes Schleswig-Holstein vor.

1.4 Einsatz am 13. 11. 1976

Vorgesehen:

- 8 Hundertschaften im Objekt
- 4 Hundertschaften außerhalb, zu stützlichen Kräften für verkehrspolizeiliche Aufgaben und bewegliche Reserven

Eingesetzt:

- 10 Hundertschaften im Objekt
- 4 Hundertschaften außerhalb

Die Einsatzkonzeption war vorrangig darauf eingestellt, das gewaltsame Eindringen von Demonstranten in das Objekt zu verhindern und durch weitläufige Verkehrsmaßnahmen Demonstrationsteilnehmer davon abzuhalten, mit Kraftfahrzeugen in die Nähe der Baustelle zu gelangen. Dieses Konzept konnte erfolgreich durchgeführt werden.

1.5 Schutz der Baustelle Brokdorf

In überraschend kurzer Zeit gelang es dem Betreiber der Anlage, das Objekt durch bauliche Maßnahmen wirksam zu schützen. Dazu wurde verwirklicht:

- Einfriedigung der Baustelle durch einen 4 m hohen Eisengeflechtzaun mit Dornenkronen, der teilweise Betonmauerumfassung aufweist; an Schwachstellen ist der Zaun dreifach ausgeführt. Vor und zwischen den Zäunen sind S-Rollen übereinander gelagert.

- Riugs um das Baugelände verläuft ein 3–3 m breiter Stellgraben, der bis zu einer Tiefe von 1 m mit Wasser gefüllt ist. Im Bedarfsfall kann der Wasserstand erhöht werden.

- Die gesamte Zaunanlage und der Innenbereich der Baustelle wird durch Scheinwerfer angestrahlt.
- Das Haupttor kann im Bedarfsfall durch 4 m hohe Betonplatten abgeriegelt werden, deren Eisenriegen durch Bagger vorbereitet ist. Das Tor selbst besteht aus zwei Schwenkflügeln (Eisengitter) und wird zusätzlich durch „Spanische Reiter“ geschützt.

2. Ablauf der Demonstration

In den frühen Morgenstunden trafen die ersten Busse und Privatfahrzeuge der Demonstranten in der Region ein. Schon jetzt brachte die Polizei das Konzept der Bürgerinitiative Unterelbe durch: Schon sechs Kilometer von Brokdorf entfernt waren sämtliche Zufahrtsstraßen polizeilich gesperrt. Teilweise verwendete

die Polizei auch Nagelbretter und Stop-Gurte. Durchlaß für Kraftfahrzeuge wurde nur Anwohnern, Ärzten und Reportern gewährt. Den Demonstranten blieb nur ein anderthalbstündiger Fußmarsch. Die dabei entstandene Müdigkeit war von der Polizei eingeplant. Der für 12.00 Uhr angesetzte Gottesdienst in der Nähe des Demonstrationsobjektes mußte um eine Stunde verschoben werden.

Die Kundgebungsteilnehmer versammelten sich auf einer Wiese abgesetzt vom Objekt. Hier gab es erste Streitigkeiten zwischen Umweltschützern und Radikalen, die rote Fahnen und Transparente gegen den Polizeistaat entrollten. Pastoren im Talar riefen von einem Heuwagen aus auf, die Demonstration friedlich verlaufen zu lassen. Sie erteten bei den radikalen Gruppen nur Hohngelächter.

Nach dem Abhalten eines Feldgottesdienstes setzte sich der Demonstrationzug in Richtung Baugelände in Bewegung.

Am Haupteingang des Kraftwerksgeländes hatten sich zuvor etwa 1500 militante Demonstranten eingefunden. Sie boten ein anderes Bild als der Zug der Bürgerinitiative: Schutzhelme, Schutzmasken, wattierte wasserdichte Kleidung, ausgerüstet mit Holz- und Eisenstäben, Drahtscheren, Enterhacken und teilweise auch mit Molotowcocktails. Ihre Gesichter waren verumumt oder geschwärzt. Über ihren Köpfen flatterten rote Fahnen. In Tragetüten und Rucksäcken führten sie undefinierbare Gegenstände mit. Trotzdem war die Situation gegen 13.30 Uhr noch relativ ruhig; bis zu diesem Zeitpunkt kam es nicht zu Ausschreitungen.

Die Situation an dem Haupttor änderte sich schlagartig, als gegen 13.50 Uhr eine Hundertschaft aus Hessen mit drei Ombussen und einem Führungsfahrzeug in das Objekt verlegt werden sollte und dabei ihre Fahrt durch die Demonstranten nahm. Das Führungsfahrzeug konnte noch unbehelligt in das Tor einfahren. Die drei Busse konnten nicht weiterfahren, da sich Demonstranten vor die Räder warfen und den Fahrtweg blockierten.

Die Besetzung eines Hubschraubers griff ein, indem sie in einer Höhe von etwa 3–5 m direkt über den am Boden liegenden Demonstranten schwebte. Von den Beobachtern wurde das Einschießen der Hundertschaft zu diesem Zeitpunkt und der im übrigen wirkungslose Hubschrauber als taktisch falsch beurteilt, da er radikalen Gruppen fast ermöglicht hätte, im Handstreich in das Gelände einzudringen.

Eine Demonstrationsgruppe, an Transparenten als Angehörige der KPD/ML erkennbar, griff zu diesem Zeitpunkt noch nicht ein. Auffallend war die Disziplin dieser Gruppe, die in strikter militärischer Formation in Stärke von mehreren Hundertschaften gegliedert war. Gruppenführer hielten ihre Gruppen fest zusammen; eine Führungsgruppe mit Funkgeräten und Megaphonen war erkennbar. Offensichtlich lag für diese radikalen Gruppen noch keine Weisung vor, in das Geschehen einzugreifen. Auch hier war die vorgenannte Ausrüstung für gewaltsame Aktionen vorhanden.

Währenddessen trommelten andere radikale Gruppen mit Eisenstangen auf die an den Verbindungsstraßen bestehenden Leitplanken ein. Offensichtlich wollten sie dadurch die

Schweißstellen und Nietungen lokern. Gleichzeitig wurde damit begonnen, Balken, Baumstämme, Bretter, Wellblechteile und andere Gegenstände heranzuschaffen, um später den Wassergraben überwinden zu können. Teilweise dienten sie auch dazu, sich gegen den Wassereinsatz der Polizei zu schützen. Gegen Beamte der Polizei wurden gleichzeitig Steine und Eisenstangen geschleudert. Auch kamen Farbbeutel gegen Beamte und Wasserwerter (Blendern) zum Einsatz.

Als sich die Teilnehmer des Feldgottesdienstes der Baustelle näherten, gingen alle radikalen Gruppen zum Angriff über. Sie fanden Unterstützung bei den bis zu diesem Zeitpunkt friedlichen Umweltschützern, die den Radikalen halfen, Wurfgeschosse und andere Materialien in die vorderste Linie zu schaffen. Dabei ist nicht davon zurückgeschaut worden, Bäume und Telefonmaste zu kappen oder Ställe mit Spitzhacken einzureißen oder abzudecken, um auf die Weise Wurfgeschosse zu erhalten.

Die polizeilichen Absperungen wurden an mindestens acht verschiedenen Stellen gleichzeitig berannt, um die Polizeikräfte zu zersplittern und den Wasserwerfereinsatz zu erschweren. Eingeteilte Sturmtrupps gingen gegen die Zauneinfriedung mit Wurfbomben vor. Sie erhielten „Feuerschutz“ durch andere Gruppen, die in Stärke von 20 bis 50 Mann auf Kommando die Polizeibeamten mit allen nur denkbaren Wurfgegenständen eindeckten oder Stahlkrampen mit Katapulten verschossen. Bei diesen Aktionen kam eine bisher nicht gekannte Brutalität zum Ausdruck; offensichtlich wurde die Tötung oder schwere Körperverletzung von Polizeibeamten in Kauf genommen.

Mittlerweile waren am Einsatzort etwa 20 000 Demonstranten eingetroffen, etwa 1500 bildeten den harten Kern. Dieser wurde schätzungsweise von 2000 bis 3000 Helfern aus den Kreisen der Umweltschützer aktiv unterstützt. Viele der übrigen Teilnehmer klatschten demonstrativ Beifall, wenn Polizeibeamte von Wurfgeschossen getroffen wurden. Die Beobachter vernahmen keine Stimmen der Umweltschützer, die sich gegen das brutale Vorgehen wandten.

3. Störer und deren Taktik

Das polizeiliche Gegenüber konnte in verschiedene Gruppen eingeteilt werden, nämlich in

- Teilnehmer der Bürgerinitiativen
- Neugierige
- Polit-Rocker oder kriminelle Personen
- militante Gruppen

Die militanten Gruppen setzten sich vorwiegend aus Personen zusammen, die nach Beobachtungen von Journalisten bereits in Berlin, Bonn, Frankfurt und Wuhl tätig waren. Zur Vorbereitung dieses Einsatzes fand am Donnerstag dieser Woche in Hamburg eine Zusammenkunft statt, an der jeweils 200 bis 400 Personen teilnahmen. Dort wurde die Einsatzkonzeption abgeprochen und festgelegt. Bei der letzten Zusammenkunft am 11. November 1976 waren 2000 Teilnehmer zu verzeichnen.

Die kriminelle Energie dieser militanten Gruppen ist sehr hoch anzusetzen. Die jeweiligen Aktionen wurden mit aller Härte und Konsequenz auch gegen die eigene Person durchgeführt.

Die dem harten Kern zuzurechnenden Gruppen handelten selten ohne Konzeption und nur auf Befehl.

Folgende Gliederung war in Brokdorf erkennbar:

- Sturmtrupps mit Wurfbomben, Drahtscheren, Bolzenschneidern, Drahtzangen und Brechstangen, die das Eindringen gewaltsam vorbereiteten

- Werfergruppen in Stärken von 20 bis 50 Mann, die gemeinsam auf Kommando Wurfgeschosse auf die Polizeibeamten schleudern

- Scharfschützen mit Katapulten, die Beleuchtungseinrichtungen oder einzelne, ungeschützte Beamte als Ziel nehmen

- Gruppen, die den Nachschub an Wurfgeschossen oder Brückenmaterial bzw. Dämmungsmaterial organisieren oder durchführen

- Gruppen, die Zuschauer zum Mitmachen aktivieren

- Sanitätsgruppen, die sich um eigene Verletzte kümmern und deren Abtransport durch Krankenwagen veranlassen

Alle Gruppen standen unter gemeinsamer Leitung. Befehle wurden über Megaphon oder Funkgeräte erteilt. Die Kundgebungsteilnehmer wurden aufgefordert, sich an den jeweiligen Brennpunkten zu massieren, um bei Überwinden der Sperren die Polizeibeamten mit ihrer Masse zu überrennen.

Im Verlaufe des 7stündigen Anrennens gegen die Absperungen konnten die militanten Gruppen folgende Erfolge erzielen:

- Beseitigung der Schutzplanken an den Straßen

- Überwinden der Wassergräben mit Hilfe von Dämmungsmaterial (am Einsatzort gefüllte Sandsäcke), Leitplanken, Bohlen, Brettern und Balken

- Beseitigung von Stahlrollen durch Einsatz von Wurfbomben

- Durchschneiden des Zaunes der ersten und zweiten Sicherungslinie.

- Schwächung der Polizeikräfte durch Herbeiführen von schweren Verletzungen.

4. Die Lage am Abend

Gegen 19 Uhr wurde die Lage für die eingeschlossenen Polizeikräfte besonders kritisch. Man konnte jeden Augenblick mit dem Eindringen der Störer in das Baugelände rechnen, da die Sperren zum Teil unwirksam gemacht waren. Agitatoren forderten zum Sturm auf und wiesen gleichzeitig darauf hin, daß die Polizei über keine weiteren Tränengasvorräte verfüge. Das entsprach auch der Richtigkeit, denn im Land Schleswig-Holstein befanden sich keine weiteren Bestände. Mit Polizeistaffetten wurden Tränengaswurfkörper aus anderen Bundesländern beigebracht und mit Hubschraubern in das Objekt eingeflogen.

Die Einsatzleitung entschloß sich, die letzten Bestände mit Hubschraubern im Flächenwurf auf die rückwärtigen Demonstrationsteilnehmer abzuwerfen. Diese Maßnahme war außerordentlich wirkungsvoll, denn die hier verweilenden Personen hatten keine besonderen Schutzmasken gegen Tränengas und lösten sich sofort auf. Der Einsatzleitung kam gleichzeitig zugute, daß die Abfahrt der Busse von auswärtigen Teilnehmern auf 20 Uhr festgesetzt war, so daß sich viele Per-

zonen vom Ort des Geschehens gemächlich entfernten. So waren gegen 20 Uhr nur noch der harte Kern und etwa 2000 andere Demonstranten am Einsatzort anwesend.

Im Schutze von Wasserwerfern trafen jetzt zwei Reservhundertschaften - darunter eine Einheit des BGS - zangenförmig zur Räumung der Verbindungsstraße an. Um das Vorgehen der Polizei zu erschweren, bogen die Demonstranten Leitplanken über die Straße und bauten Barrikaden aus Steinen und Hölzern. Ein ungesicherter Wasserwerfer des Bundesgrenzschutzes wurde abgeschnitten und mit Spitzhacken zerstört. Die Besatzung mußte freigekämpft werden. Gegen einen weiteren Wasserwerfer wurde ein Brandsatz geschleudert, die Befüllung durch „Krähenfüße“ zerstört. Demonstranten, die offenbar nicht dem harten Kern angehörten, kippten einen zurückgelassenen VW-Kombi der Polizei um und setzten ihn in Brand, so daß Totalschaden entstand.

5. Besonderheiten des Einsatzes

Nach Feststellungen der Polizei und Angaben eines KPD-Funktionärs war der Störereinsatz außerordentlich gut vorbereitet. Die zum Sturm auf die Sperren benötigten Werkzeuge und das vorerwähnte Material war schon Tage zuvor in die Nähe des Objektes gebracht worden. Teilweise wurde es mit Zustimmung der Marschbauern in Ställen und Scheunen eingelagert. Angehörige der KPD führten im Demonstrationszug einen Sarg mit, in dem sich Sturmleitern und Wurfanker befanden.

Schon vor der Sperrung aller Zufahrtsstraßen waren Störerfahrzeuge in Objektnähe abgestellt. Sie dienten als Versorgungsbasis.

Mit Einbruch der Dunkelheit fiel die Beleuchtung des Baustellengeländes schlagartig aus. Nach Meinung der Einsatzleitung wurde die Stromzufuhr durch absichtliches Herbeiführen eines Kurzschlusses unterbrochen.

Die oberirdischen Telefonleitungen zur Einsatzleitung Objekt wurden zerstört. Da zeitweise auch der Funkverkehr gestört war, bestand nicht immer zur Einsatzleitung in Glückstadt eine ständige Verbindung.

6. Einsatzerfahrungen

6.1 Tränengaseinsatz

Obwohl innerhalb eines Zeitraumes von 7 Stunden von der Polizei 1523 Tränengaswurfkörper eingesetzt und aus den Wasserwerfern 500 l CN/Stammlösung versprüht wurden, war die Wirkung dieser Einsatzmittel doch verhältnismäßig gering.

Dem Abwurf von Tränengaskörpern aus Hubschraubern in Fächerform auf rückwärtige Störer kommt eine erhebliche Bedeutung zu. Die Einsatzform sollte weiterentwickelt werden.

Tränengaswurfkörper sollten von der Polizei nicht einzeln geworfen werden, da die Schwelstellen von den Demonstranten leicht zu umgehen sind.

6.2 Wasserwerfereinsatz

Der konzentrierte Wasserwerfereinsatz kann als wirkungsvoll bezeichnet werden, wenn er aus nächster Nähe als Wasserstoß erfolgt. Wasserregen dagegen blieb wirkungslos. Die CN-Zumischung verflog sehr schnell. Eine nachhaltige Wirkung war nicht zu beobachten.

6.3 Schutzschilde

Die überwiegend verwendeten runden Schutzschilde boten keinen aus-

reichenden Schutz vor Wurfgeschossen oder mit Katapulten abgeschossenen Stahlkrampen.

6.4 Störsender

Die Störer versuchten, Hubschrauber durch Einsatz von Flugdrachen mit Schwänzen aus Aluminium von ca. 15 m Länge zum Absturz zu bringen. Auch wurden Hubschrauberbesatzungen mit Signalaraketen beschossen. Sowohl der 4-m-Funkverkehr als auch der 2-m-Kanal der Polizei wurde vom Störer abgehört. Dieser verfügte über Funkgeräte im 11-m-Bereich, deren Betrieb von der Polizei registriert und aufgezeichnet wurde.

Einem zur Lokalisierung von Störern eingesetzten Spezialfunktrupp des BGS gelang die Ortung nicht, da vom Störer ein ständiger Standortwechsel vorgenommen worden ist.

Nach Angaben eines KPD-Funktionärs wird die endgültige Schlacht um die Kommunikationspolitik der Bundesregierung in Niedersachsen geschlagen. Hier wollen die K-Gruppen unter allen Umständen verhindern, daß eine Atomwaffenpolitik errichtet wird. Damit würden alle weiteren Bauten von Kernkraftwerken in der Bundesrepublik zum Scheitern verurteilt.

WEG MIT DEM FASCHISTISCHEN POLIZEIGESETZ

MIT TODESSCHÜSSEN, MG UND HANDGRANATEN - DIE BRD AUF DEM WEG ZUM POLIZEISTAAT

Das was in Brokdorf an Waffenarsenal durchgeführt wurde und gegen den Massenprotest eingesetzt worden ist, ist den Kapitalisten nicht ausreichend.

SPD, FDP, CDU und CSU sind sich einig, zur Unterdrückung jeden Widerstandes muß das Volk einer lückenloser Kontrolle, Bespitzelung und Überwachung unterzogen werden, die Polizei muß "bürgernah" alle Lebensbereiche erfassen und für diesen Dienst mehr Rechte erhalten: mehr Schusswaffen, mehr Kampfmittel, mehr Befugnisse zu ihrem Einsatz. Der polizeiliche Todeschuß wird freigegeben.

DIE GRUNDRECHTE WERDEN EINGESCHRÄNKT -

DIE BEFUGNISSE DER POLIZEI ERWEITERT !

Mit einer Vielzahl von Gesetzesänderungen sind in den letzten Jahren die demokratischen Rechte des Volkes, besonders die der Meinungsfreiheit drastisch eingeschränkt worden. Das neue Polizeigesetz, dessen Entwurf einstimmig von den Innenministern der Länder am 10./11. Juni verabschiedet wurde, legalisiert die Willkür der staatlichen Gewalt gegen das Volk:

Unter dem Vorwand der "Terroristenbekämpfung" erhält die Polizei das "Recht": Jederzeit und überall Straßensperren und Kontrollstellen zu errichten (§ 9,5); öffentliche Einrichtungen abzuriegeln, wie z.B. öffentliche Verkehrsmittel und jeden Autofahrer, Fahrgast oder Passanten zu überprüfen (§ 9,4), belebte Orte und gefährdete Objekte zu durchsuchen (§ 18), Personen zur Wache zu schleppen und 48 Stunden festzuhalten (§ 9,2 und § 16), Personen in Vorbeugehaft zu nehmen (§ 13), in Wohnungen und Geschäftsräume zu jeder Tages- und Nachtzeit und sie ohne Haus-Tages- und Nachtzeit zu durchsuchen, auch wenn der Inhaber abwesend ist (§ 19 und § 20) und alle Sachen zu beschlagnahmen, deren mißbräuchliche Verwendung nicht auszuschließen ist (§ 21,2), dies alles ohne Angabe von Gründen (§ 20,3 und 5) und ohne das Recht, die nächsten Angehörigen zu verständigen (§ 15,2).

DIE "HILFSMITTEL" DER POLIZEI :

BÜRGERKRIEGSAUSRÜSTUNG!

Um die Polizei gegen jeden Widerstand der Volksmassen zu rüsten, wird das neue Polizeigesetz die bürgerkriegsmäßige Ausrüstung der Polizei perfektionieren: Ins Arsenal der "Hilfsmittel" sollen neben Wasserwerfern, Diensthunden und Pferden jetzt "Betäubungsmittel", d.h. chemische Kampfstoffe wie die berüchtigten in Vietnam "chemical mase", die schwere Verätzungen hervorrufen kann, sowie Sprengmittel aufgenommen werden. Das Arsenal der

Waffen soll mit MGs und Handgranaten, also ausgesprochenen Massenvernichtungswaffen "ergänzt" werden. War früher als "Hilfsmittel" nur Tränengas zugelassen, während Betäubungsmittel als Waffen fungierten, gelten diese jetzt als normale "Hilfsmittel der körperlichen Gewalt".

FREIER SCHUSSWAFFENGEBRAUCH

Das Polizeigesetz gibt die Verwendung der Schusswaffe durch die Polizei gegen Widerstandsaktionen frei. Wirklichkeit soll werden, was schon 1973 der Bonner Polizeipräsident forderte, als tausende Antiimperialisten gegen den Besuch des Massenmörders Thieu protestierten und kurze Zeit das Bonner Rathaus besetzten: "Uns muß in Zukunft erlaubt sein, gegen diese Leute Schusswaffen einzusetzen. Mit Gummiknüppeln allein haben wir keine Chance mehr." Das Polizeigesetz erfüllt diese Forderung:

- § 41,1 Schusswaffen dürfen nur gebraucht werden, wenn andere Maßnahmen des unmittelbaren Zwangs erfolglos angewendet sind oder offensichtlich keinen Erfolg versprechen.
- § 43,1 Der Schusswaffengebrauch gegen Personen in einer Menschenmenge ist unzulässig, wenn für den Polizeibeamten erkennbar mit hoher Wahrscheinlichkeit Unbeteiligte gefährdet werden.
- § 43,2 Unbeteiligte sind nicht Personen, in einer Menschenmenge, die Gewalttaten begeht oder durch Handlungen erkennbar billigt oder unterstützt, wenn diese Personen sich aus der Menschenmenge trotz wiederholter Androhung nach § 39 nicht entfernen.

DER TODESSCHUSS WIRD LEGALISIERT

- § 41,2 Ein Schuß, der mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit tödlich wirken wird, ist nur zulässig, wenn er das einzige Mittel zur Abwehr einer Lebensgefahr oder der gegenwärtigen Gefahr einer schwerwiegenden Verletzung der körperlichen Unversehrtheit ist.

Diese "Begrenzung" des Schusswaffengebrauchs gegen Einzelne und auf "lebensbedrohende Situationen" ist eine bloße Bemäntelung angesichts des geplanten Einsatzes der Massenvernichtungsmittel, "wenn der vorherige Gebrauch anderer Schusswaffen erfolglos geblieben ist (§ 44)".

Dieses faschistische Polizeigesetz - Teil des Programms der "Inneren Sicherheit" der SPD/FDP-Regierung - zeigt mit aller Offenheit, gegen wen es gerichtet ist: Gegen die Arbeiterklasse und die Volksmassen.

LEITSATZE Über die gegenwärtige Lage und die Aufgaben der ROTEN HILFE

FÜR EIN UNABHÄNGIGES, VEREINTES UND SOZIALISTISCHES DEUTSCHLAND

Beschlossen durch die 2. ordentliche
Delegiertenkonferenz der ROTEN HILFE
Juni 1976

DM - 50

GEMEINSAM GEGEN DIE POLITISCHE UNTERDRÜCKUNG IN BEIDEN TEILEN DEUTSCHLANDS!

FÜR UNABHÄNGIGKEIT UND FREIHEIT, FÜR DAS SELBSTBESTIMMUNGSRECHT DES DEUTSCHEN VOLKES!

WER DEN FRIEDEN WILL, MUSS GEGEN DIE SOWJET- UNION UND DIE USA, DIE HAUPTKRIEGSTREIBER, KÄMPFEN!

Der Einsatz der Polizei- und Bundesgrenzschutztruppen in und um Brokdorf nahm die durch die Notstandsgesetze vorgesehenen Zustände vorweg. Entgegen den Behauptungen der CDU-Landesregierung in Kiel haben Polizei und Bundesgrenzschutz von Anfang an planmäßig darauf gesetzt, die Demonstration der 30 000 zu verhindern und gewalttätig auseinanderzutreiben. Bundesweit koordiniert sind Spezialeinheiten aus der ganzen BRD herangezogen worden. Sogar Einheiten der Bundeswehr wurden in den umliegenden Orten in Reserve gehalten, die Soldaten der Bundeswehrraketen Itzehoe-Nordsee wurden in Alarmbereitschaft versetzt. Dieser mit einem ganzen Waffenarsenal - vom gepanzerten "Menschenräumer" bis zu Kampfgasen - speziell für den Einsatz gegen Menschenmassen ausgerüstete Gewaltapparat, der in Brokdorf aufgebaut wurde, ist in den letzten Jahren systematisch aufgebaut und gerüstet worden - für genau solche "Einsätze" wie in Brokdorf. Die Regierenden bereiten sich darauf vor und sind entschlossen jeden Widerstand gegen ihre Politik mit Gewalt zu unterdrücken. Aber diese immer massiver werdende Brutalität des staatlichen Gewaltapparates wird den Widerstand nicht einschüchtern und unterdrücken können, sondern im Gegenteil zum weiteren Zusammenschluß der Bevölkerung führen.

In der BRD und Westberlin wächst die faschistische Gefahr

Der renommierte schwedische Schriftsteller Jan Myrdal erklärte nach der Verabschiedung der Zensurgesetze der 14. Strafrechtsänderung am 16. Januar 1976, diese seien „faschistische Gesetze“, und bezeichnete die BRD als einen Staat, den „Friedrich Engels mit den Worten beschrieben hat: ‚Polizei beim Denken, Polizei beim Sprechen, Polizei beim Gehen, Reiten und Fahren.‘“

Es gibt fast kein westeuropäisches Land mehr, in dem nicht in Wort, Schrift, Bild und Film, in zahlreichen Podiums-, Rundfunk- und Fernsehdiskussionen über den rapiden Abbau demokratischer Rechte hierzulande berichtet worden wäre - im Gegensatz zur BRD und Westberlin, wo eine offene oder selbst auferlegte Zensur eine solche Berichterstattung verhindert. Es gibt fast kein westeuropäisches Land, in dem nicht Solidaritätsbewegungen warnend ihre Stimme vor der wachsenden faschistischen Gefahr in der BRD und Westberlin erheben.

Wodurch wird diese Gefahr gekennzeichnet?

Dazu einige Schlaglichter:

- Über eine Million Bürger in der Bundesrepublik Deutsch-

land und Westberlin sind in den elektronischen Datenanlagen des Verfassungsschutzes erfaßt.

- Fast 700.000 Menschen sind in den letzten Jahren als „verdächtige“ Bewerber und Angestellte des Öffentlichen Dienstes vom Verfassungsschutz und der Polizei überprüft worden.

- 6.000 Sonderverhöre mit „Verdächtigen“ wurden durchgeführt und 2.000 Berufsverbote verhängt und Tausende Gewerkschaftsausschlüsse ausgesprochen. Zum ersten Mal in der Geschichte der BRD und Westberlins wurde - mit den Stimmen der „S“EW - ein ganzer Landesverband einer Gewerkschaft aus dem DGB ausgeschlossen - der GEW-LV Berlin.

- Zahllose Gesetze schränken die Meinungs-, die Organisations- und die Versammlungsfreiheit weiter ein; besonders die Zensurgesetze der 14. Strafrechtsänderung vom 1. Mai 1976; ein neues Pressegesetz von 1975 erlaubt eine halbjährige Beschlagnahme von Zeitschriften ohne Prozeß; die Rechte der Verteidigung wurden drastisch eingeschränkt und die Kompetenzen der Staatsanwaltschaft erheblich erweitert, so daß heute Prozesse ohne Verteidiger, ohne Angeklagte unter Ausschuß der Öffentlichkeit möglich sind.

- „Antiterror-Gesetze“, das Vorbeugehaftgesetz und andere Gesetze sehen die willkürliche Verhaftung „verdächtiger“ Personen vor, während gleichzeitig die Polizei militärisch ausgerüstet wird und die Möglichkeit erhält, mit Maschinengewehren gegen Versammlungen vorzugehen; der „gezielte Todesschuß“ der Polizei wurde ebenfalls gesetzlich abgesichert; inzwischen sind über 50 Personen, zumeist Arbeiter, von der Polizei erschossen worden. In Nordrhein-Westfalen ist es den Gefängnisbehörden erlaubt worden, Personen, die in Hungerstreik treten, ohne ärztliche Versorgung verhungern zu lassen.

Mit welcher Brutalität und militärischen Gewalt Polizei schon jetzt vorgeht, zeigt das Vorgehen gegen Kernkraftwerksgegner in Wyhl und Brokdorf.

Welche Verschärfungen von den neuen Polizeigesetzen zu erwarten sind, zeigen auch die gegenwärtig aufgedeckten Polizei-„Skandale“, z.B. über systematische Raubüberfälle westberliner Polizisten, an denen auch ein Polizist beteiligt ist, der einen Unschuldigen in angeblicher „Notwehr“ erschossen hatte. Jetzt kam heraus: von Notwehr konnte keine Rede sein.

- Das Recht, sich zu organisieren, wird systematisch liquidiert: Parteien, die nicht einmal verboten sind, dürfen ihre Programmatik nicht veröffentlichen; in die Hunderttausende gehen inzwischen die Strafen, die gegen kommunistische Redakteure verhängt wurden, allein weil sie - als ein Beispiel - den Staat der BRD als „Ausbeuterstaat“ bezeichnet hatten (so gegen den Redakteur der „ROTEN FAHNE“, dem Zentralorgan der KPD). Die Propagierung des Marxismus-Leninismus ist heute prinzipiell verboten, ja sogar der Besitz marxistisch-leninistischer Literatur wird als Beweis für „kriminelle Gesinnung“ des Angeklagten genommen (wie in einem Prozeß gegen vier türkische Patrioten in Köln).

Kommunistische Funktionäre erfahren tagtäglich die systematische Willkür der Klassenjustiz: so erhielt Christian Heinrich (ZK-Mitglied der KPD) 1 Jahr ohne Bewährung wegen des Kampfes der KPD gegen die Schließung des Kinderkrankenhauses „Bethanien“ in Westberlin; Werner Heuler (ZK der KPD) erhielt 7 Monate ohne Bewährung, Thomas Luzcak (KPD Regional-Komitee NRW): 11 Monate. Diese und zahlreiche andere Urteile erfolgten nach Anklage wegen Vergehens gegen den § 89, sind also „Staatschutzprozesse“ wegen „Verunglimpfung der BRD“. Horst Mahler sitzt jetzt 10 Jahre hinter Gefängnismauern aufgrund des Meineids des gekauften Zeugen Ruhland.

Allein die Berichterstattung oder die künstlerische Darstellung von Volkskämpfen nicht nur in der BRD, sondern auch der Dritten Welt kann zur strafbaren Handlung erklärt werden - ebenso wie „wissenschaftliche Abhandlungen“ zu diesem Thema.

Auch der „Verfassungsschutz“ hat weitreichende Kompetenzen und ist der „normalen“ Gerichtsbarkeit entzogen; in sechs Bundesländern besteht sogar die Pflicht zur Denunziation für Angestellte des Öffentlichen Dienstes und der öffentlich-rechtlichen Anstalten, z.B. des Rundfunks oder des Fernsehens.

Ohne Aufforderung müssen diese Angestellten „verfassungsfeindliche Äußerungen“ an den Verfassungsschutz geben! Zurecht erklärte im September 1976 ein Vertreter der Anwaltsvereinigung, daß in den letzten Jahren - unter sozialdemokratischer wie unter CDU-Regierungsherrschaft - Gesetze verabschiedet wurden, die es nicht einmal im Nazi-Faschismus gegeben habe.

In der DDR: Diktatur über das Volk

Heute ist die DDR kein sozialistisches Land mehr. Heute herrscht in der DDR die Diktatur einer neuen bürgerlichen

Klasse über das Volk. Die DDR wird von der Sowjetunion ausgebeutet und als militärisches Aufmarschgebiet besetzt gehalten.

Wie sieht die Unterdrückung in der DDR aus? Dazu wiederum einige Schlaglichter:

- Zunächst: 20 Divisionen sowjetischer Truppen (insgesamt 58 Divisionen des Warschauer Paktes östlich der Grenze zur DDR) sollen die Interessen des Kreml und seiner Lakaien in der DDR, der Honecker-Führung, „verteidigen“ und die DDR in quasi kolonialer Abhängigkeit halten.

- Dann: Mauer, Stacheldraht, Minen und Schüsse an der Grenze sollen die Bevölkerung in dem Zuchthaus DDR halten. Ergebnis: 170 Tote an der innerdeutschen Grenze, 11.916 Urteile wegen Grenzverletzungen.

- Weiter: Bekannt sind die Zahlen von ca. 8.000 politischen Gefangenen in der DDR; allein zwischen 1969 und 1973 stieg die Zahl der Verurteilungen um 50 %. Rund 65 % aller Häftlinge sind politische Gefangene.

- Mit dem „Freundschaftsvertrag“ hat das Honecker-Regime die DDR völlig an die Sowjetunion ausgeliefert.

- 1968 wurde die Arbeiterklasse eines ihrer elementarsten Rechte, des Streikrechts, beraubt. Arbeitsrecht und Gewerkschaftspolitik wurden in Instrumente der Niederhaltung der Arbeiter und des Volkes pervertiert.

- Seit dem 1.4.1975 kann jedermann wegen „Arbeitsscheu“ oder „sozialen Fehlverhaltens“ unter „staatliche Kontroll- und Erziehungsaufsicht“ gestellt werden; Arbeit und Wohnung wird ihm zugewiesen per staatlichem Zwang; Gebäude, Gaststätten, ja sogar der Umgang mit Kollegen kann ihm verboten werden.

- Das neue Strafgesetzbuch enthält - wie in der BRD - ein Gesetz gegen „staatsfeindliche Gruppenbildung“. Da bereits der „Versuch“ dieser Gruppenbildung strafbar ist, ist vollständiger Willkür Tür und Tor geöffnet.

- In der DDR werden Oppositionelle mit Berufsverbot belegt oder sogar als „Geistesranke“ behandelt. Ein Heer von Spitzeln sorgt für ein umfangreiches und fast lückenloses Kontroll- und Denunziationssystem.

- Schließlich: auch in der Rechtssprechung zeigt sich die vollständige Abhängigkeit der Honecker-Führung von der Sowjetunion; als „Staatsverbrechen“ wird mit dem neuen Strafgesetzbuch der DDR alles unter Strafe gestellt, was sich gegen „ein anderes sozialistisches Land“ richtet. Schon 1974 wurde auch im Jugendrecht die „allseitige Integration (der Jugendlichen) in die sozialistische Staatengemeinschaft“ verankert.

All dies zeigt: in der DDR soll ein umfangreiches Instrumentarium staatlicher Herrschaft und staatlichen Zwangs, das nur mit dem des Hitler-Faschismus verglichen werden kann, die Arbeiterklasse und das Volk niederhalten, die ökonomische Ausplünderung auch durch die Sowjetunion sichern und die DDR unter der Knote der Sowjetunion halten.

Für Unabhängigkeit, gegen die Kriegsvorbereitungen der beiden Supermächte, vor allem der Sowjetunion!

Welches sind die Ursachen für die Verschärfung der Unterdrückung sowohl in der BRD als auch in der DDR? Warum müssen wir auch den Kampf gegen die Unterdrückung in der DDR führen? Warum muß dieser Kampf verbunden werden mit dem Kampf um eine unabhängige, gegen die Kriegsvorbereitungen der beiden imperialistischen Supermächte, besonders der Sowjetunion, gerichtete Politik?

Das sind Fragen, die uns häufig gestellt werden. In Deutschland gibt es eine berühmte Tradition der politischen Unterdrückung vor allem der Arbeiterbewegung. Wie in jedem kapitalistischen Land mußten auch in Deutschland die Herrschen-

den ihre Macht vor der erwachenden und erstarkenden Arbeiterklasse absichern. Immer bestand ein Zusammenhang zwischen der Unterdrückung im Innern und der Zuspitzung zwischen den kapitalistischen Ländern im internationalen Rahmen.

So war es kein Zufall, daß 1878 mithilfe der „Sozialistengesetze“ die Arbeiterbewegung unterdrückt werden sollte, als Deutschlands Kapital mit ehernem Tritt die Bühne des Weltmarktes betrat. Und es war kein Zufall, daß 1914 vor dem ersten Weltkrieg und seit 1933 vor dem zweiten Weltkrieg mithilfe eines unerhörten inneren Terrors die Aggressionen gegen andere Völker vorbereitet wurden.

Denn die Niederhaltung der Arbeiterklasse und des Volkes wird um so notwendiger, je mehr die Konkurrenz auch international die entwickelten kapitalistischen Länder in wachsende Widersprüche und schließlich zur Kriegspolitik führt.

Nach dem zweiten Weltkrieg waren es die USA, die Deutschland mithilfe der Adenauer-Regierung spalteten und den einen Teilstaat in den Einflußbereich des USA-Imperialismus integrierte. Diese Teilung Deutschlands, diese Westintegration und Wiederaufrüstung ging Hand in Hand mit einer Verschärfung der innenpolitischen Reaktion: die Einführung des Betriebsverfassungsgesetzes und das KPD-Verbot, ja sogar die Beschlagnahme fortschrittlicher Literatur (unter anderem auch Brechts!) sind nur einige Beispiele.

Heute befinden wir uns wiederum in einer historischen Situation, in der sich die allgemeine Krise in der Welt verschärft, in der zwei imperialistische Supermächte um die Welt Herrschaft und ihre Einflußsphären ringen. Eine dieser beiden Supermächte, die Sowjetunion, betreibt eine noch nie dagewesene Aufrüstung. Wie Hitler stellt auch Breschnew seine Wirtschaft auf die Kriegsproduktion um, werden alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens militarisiert:

- 20 % des Nationaleinkommens der UdSSR werden in die Rüstung gesteckt. Jährlich um 2-3 % steigen die Kriegsaufwendungen; in den letzten zehn Jahren stiegen die Ausgaben für Kernwaffen auf 100 Mia. Dollar, verzehnfachte sich die Zahl der Interkontinental-Raketen, verdoppelte sich die Gesamttonnage der Kriegsflotte. Obwohl das Brutto-Sozialprodukt nur die Hälfte desjenigen der USA ausmacht, sind die russischen Kriegsausgaben sogar noch größer: 103,8 Mia. Dollar gegenüber 92,8 Mia. Dollar der USA.
- Immer aggressiver wurde die sowjetische Außenpolitik: 1968 marschierte sie mit Truppen auch der DDR u.a. Warschauer-Pakt-Staaten (Ausnahme: Rumänien) in die CSSR ein; 1969 verübte sie Aggressionen gegen die VR-China, 1971 schürte sie den Zypern-Krieg und den Krieg Indiens gegen Pakistan. 1975 schickte sie mindestens 3.000 sowjetische Militär-„Berater“ und zehntausende kubanische Söldner nach Angola. Überall in der Welt hat sich der sowjetische Sozialimperialismus militärische Stützpunkte und Seebasen ausgebaut.

In dieser Situation der verstärkten Kriegsvorbereitungen, des verschärften Vordringens des sowjetischen Sozialimperialismus muß jedem Demokraten klar sein: Die politische Unterdrückung in beiden deutschen Staaten hängt

zusammen mit der „deutschen Frage“, mit der Tatsache, daß Deutschlands innere Grenze auch den Grenzverlauf zwischen den Einflußsphären der beiden Supermächte markiert.

Denn: in der DDR ist die politische Unterdrückung notwendig wegen der doppelten Ausplünderung des Volkes nicht nur durch die „eigenen“ Ausbeuter, sondern auch durch die Sowjetunion; sie hängt zusammen mit der Tatsache, daß die Sowjetunion die DDR als militärisches Aufmarschgebiet in Europa benutzt.

Und in der BRD wird die zunehmende politische Unterdrückung durch die hier herrschende Klasse in ihrem Interesse vorangetrieben; sie erfährt jedoch eine qualitative Verschärfung durch deren Kollaboration mit den beiden Supermächten. Einerseits unterdrückt der BRD-Imperialismus in gewissem Umfang andere Völker und andererseits unterliegt er der wachsenden Bedrohung durch die Supermächte, besonders den sowjetischen Sozialimperialismus.

Jahrelang hatte der BRD-Imperialismus dort expandiert, wo die USA ihm politischen und militärischen Schutz gewährte.

Dafür garantierte man den USA die Rolle seines Lakaien in Europa. Heute muß die herrschende Klasse sehen, daß die USA international von den Völkern der Welt, besonders den indochinesischen, Niederlagen hat einstecken müssen, während die Sowjetunion an Boden gewinnt. Die besondere Labilität des BRD-Imperialismus drückt sich aus in der starken Abhängigkeit vom Export (25 %) und vom Rohstoffimport – zumal der BRD-Imperialismus ohne „angestammte“ neokoloniale Einflußzone ist. Deshalb muß er die Ausbeutung im Innern verschärfen und sich auf Gedeih und Verderb unter den „Schutz“ des „Atomschildes“ der USA stellen, der Deutschland im Falle eines Krieges in eine Wüste verwandeln würde. Gleichzeitig versucht sich die SPD-Regierung dem sowjetischen Sozialimperialismus anzubiedern. Unter dem Deckmantel einer „Entspannungspolitik“, der tagtäglich durch die ungeheure Aufrüstung der Sowjetunion ins Gesicht geschlagen wird, entwarf man das deutsche Volk, betreibt eine Politik, die nur mit der „Appeasement-Politik“ eines Chamberlain gegenüber Hitler von 1938 verglichen werden kann.

Der Kampf um ein unabhängiges und vereintes Deutschland ist ein Kampf, der die internationalen Hauptkriegstreiber schwächt und besonders der Kriegspolitik der Sowjetunion in Europa einen Schlag versetzt; er ist ein Kampf der sowohl der Arbeiterklasse als auch demokratisch gesonnenen Bürgern von größtem Nutzen ist. Denn die zunehmende politische Unterdrückung in Ost- und Westdeutschland ist nicht nur Ausdruck der ökonomischen Krise und der Verschärfung des Klassenwiderspruches im Innern, sondern ist auch Ausdruck der verschärften Kriegsvorbereitung der beiden Supermächte, besonders der Sowjetunion. Deshalb ist die „deutsche Frage“ eine Lebensfrage für die europäischen Staaten und Völker. Aus diesem Grunde müssen Kommunisten und Demokraten in beiden Teilen Deutschlands ebenso wie in ganz Europa gemeinsam für Unabhängigkeit gegen die Kriegspolitik vor allem der Sowjetunion und für demokratische Rechte kämpfen!

Die DKP und andere moskauhörige Parteien stehen auf der Seite der äußersten Reaktion!

Die DKP ist keine kommunistische Partei, sondern eine Agentur des sowjetischen Sozialimperialismus: sie preist die Sowjetunion, Helsinki und die „Entspannungspolitik“, während der Kreml in einem noch niemals dagewesenen Ausmaß aufrüstet. Sie unterstützt die Streichung der Einheit der deutschen Nation aus dem Programm der SED wie aus der Verfassung der DDR und verankert die „Freundschaft mit der Sowjetunion“ in Programm und Verfassung. Sie rechtfertigt die faschistische Unterdrückung in der DDR.

Tagtäglich tritt sie eines der wichtigsten demokratischen Rechte eines Volkes mit Füßen: das Recht auf Selbstbestimmung, nationaler Unabhängigkeit und Souveränität.

In ihrer Praxis hier in der BRD beteiligt sich die DKP an der politischen Unterdrückung. Dazu einige Beispiele:

- Die SEW stimmt in Westberlin in der GEW für die Übernahme der Unvereinbarkeitsbeschlüsse und für die Spaltung des Landesverbandes der GEW;

- DKP/SEW-Vertreter stimmen den politischen Entlassungen von Arbeitern oder Angestellten in zahlreichen Betrieben zu;
- DKP-beherrschte gewerkschaftliche Institutionen fordern die Unvereinbarkeitsbeschlüsse bei Gewerkschaftskongressen;
- DKP-Vertreter unterstützen Anträge auf Berufsverbot gegen Wissenschaftler und Professoren; so gegen Jens Scheer, Physik-professor in Bremen, gegen Jochen Hiltmann, Kunstprofessor in Hamburg, gegen westberliner Dozenten.
- auch die Zeitung der DKP, „uz“, fordert die Anwendung der Unvereinbarkeitsbeschlüsse gegen „Maoisten“.

Die DKP ist nicht nur eine antisoziale, sondern auch eine antidemokratische und antinationale Kraft. Mit dieser moskauhörigen Agentur kann es keine Einheit geben; sie muß auch im Kampf gegen den Abbau demokratischer Rechte bekämpft werden.

Keine Spaltung von Demokraten und Kommunisten!

Angesichts der international sich zuspitzenden Krise wird nicht nur jeder Kommunist, sondern auch jeder Demokrat begreifen, warum die Unabhängigkeit und Einheit Deutschlands dem Kampf um den Weltfrieden nützt und den Kriegstreibern schadet.

Angesichts der umfassendsten Krise seit dem 2. Weltkrieg wird jeder Demokrat erkennen, wem die politische Unterdrückung in beiden deutschen Staaten von Nutzen ist, nämlich den herrschenden Klassen.

Mit Dringlichkeit und großem Ernst angesichts der Gefahren für die Völker der Welt müssen Konsequenzen gezogen werden – vor allem die Konsequenz einer Aktionseinheit von Kommunisten und Demokraten. Denn sie haben gemeinsame Feinde: die beiden imperialistischen Supermächte, besonders die Sowjetunion und ihre Agenturparteien auf deutschem Boden, und die herrschende Klasse, die auch die demokratischen Interessen des Volkes mit Füßen tritt.

Gegen die Tradition der staatlichen Unterdrückung müssen wir die Erinnerung an die radikalen bürgerlichen Demokraten von Heine bis Ossietzky wecken und an die Sozialisten und Kommunisten wie Brecht und Weinert, die allesamt den uniformierten Arm des Gesetzes zu spüren bekamen, weil sie das

Recht auf freie Meinungsäußerung mit „doktrinärer Härte“ (Ossietzky) verteidigten und weil sie das unverzeihliche Sakrileg in Deutschland begingen, sich mit der Arbeiterklasse zu verbünden.

Lassen sich Demokraten von Kommunisten abspalten, handeln sie im Interesse derer, die die demokratische Front schwächen, weil sie die reaktionäre Formierung vorantreiben wollen. Diese Demokraten erinnern wir an die Worte Rosa Luxemburgs, „daß nicht die Schicksale der sozialistischen Bewegung an die bürgerliche Demokratie, sondern umgekehrt die Schicksale der demokratischen Entwicklung an die sozialistische Bewegung gebunden sind.“ (Sozialreform und Revolution).

Umgekehrt wird uns Kommunisten manchmal vorgeworfen, wir würden den Kampf um demokratische Rechte nicht führen, sondern ausschließlich den Kampf um den Sozialismus. Diesen Vorwürfen antworten wir mit Lenin:

„Es wäre ein großer Irrtum zu glauben, daß der Kampf um die Demokratie imstande wäre, das Proletariat von der sozialistischen Revolution abzulenken oder auch nur diese Revolution in den Hintergrund zu schieben, zu verhüllen und dergleichen. Im Gegenteil, wie der siegreiche Sozialismus, der nicht die vollständige Demokratie verwirklicht, unmöglich ist, so kann das Proletariat, das den in jeder Hinsicht konsequenten, revolutionären Kampf um die Demokratie nicht führt, sich nicht zum Siege über die Bourgeoisie vorbereiten.“ (Die sozialistische Revolution und das Selbstbestimmungsrecht der Nationen, These 2)

Die gegenwärtige Lage in der Welt und in Deutschland fordert von uns über politische und weltanschauliche Unterschiede den Zusammenschluß aller Kräfte, die unter der Flagge kämpfen:

- Kampf der politischen Unterdrückung in beiden Teilen Deutschlands. Für Freizügigkeit in ganz Deutschland! Gegen die faschistische Gefahr in der BRD und Westberlin; gegen die russische Fremdherrschaft und faschistische Unterdrückung in der DDR!
- Für Unabhängigkeit und Freiheit, für das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes, gegen die Hauptkriegstreiber Sowjetunion und USA.
- Gegen die Politik der sozialen Demontage! Gegen die Politik des Abwälzens der Krisenlasten auf die Rücken der Werktätigen!

SOLIDARITÄT HILFT SIEGEN



Als Solidaritäts- und Schutzorganisation der Arbeiterklasse und der unterdrückten Schichten des Volkes unterstützt die ROTE HILFE jeden gerechten Kampf gegen die Kapitalistenklasse. Deswegen haben ihre Mitglieder in Brokdorf mitgekämpft und werden das in Zukunft tun. Im Rahmen dieses Kampfes hat die ROTE HILFE darüber hinaus besondere Aufgaben wahrgenommen: Gegen den Polizeiterrort und die Unterdrückungs- und Einschüchterungsmaßnahmen der bürgerlichen Klassenjustiz, die gefolgt sind oder noch folgen werden, organisiert die ROTE HILFE die Solidarität. Sie hat an Ort und Stelle Flugblätter mit Verhaltensregeln gegenüber Polizei und Justiz verteilt und im Sanitätsdienst mitgearbeitet. Später hat die ROTE HILFE in Brokdorf und Umgebung Ermittlungen durchgeführt und im Ermittlungsausschuß der BUU mitgewirkt. SOLIDARITÄT HILFT SIEGEN - diese Gewißheit leitet die Arbeit der ROTEN HILFE nicht nur im Kampf gegen das volksfeindliche Energieprogramm der Schmidt-Regierung, sondern in allen Kämpfen der Volksmassen, die der bürgerliche Staat durch seinen Gewaltapparat zu unterdrücken versucht.

SOLIDARITÄT HILFT SIEGEN-SCHAFFT ROTE HILFE!

- ich möchte weiteres Informationsmaterial über die Arbeit der ROTEN HILFE
- ich möchte regelmäßig über Veranstaltungen u.ä. der ROTEN HILFE informiert werden,
- ich möchte besucht werden,
- ich möchte ein Probeexemplar der ROTEN HILFE-ZEITUNG,
- ich möchte die ROTE HILFE-ZEITUNG abonnieren zum Preis von 9,60 DM jährlich,
- ich möchte in der ROTEN HILFE mitarbeiten,
- ich möchte regelmäßiger Spender der ROTEN HILFE werden und einen Betrag von DM monatlich spenden,
- ich möchte Mitglied der ROTEN HILFE werden..
- Bitte ankreuzen, ausschneiden und in einem Briefumschlag (DM.-,50 Porto nicht vergessen) einsenden an:

ROTE HILFE, Landesverband Nord, Bahrenfelderstr. 52, 2000 Hamburg 50.

Was meint die ROTE HILFE mit "Solidarität"? Horst Mahler schrieb nach fünf Jahren Isolation im Gefängnis: "Die Solidarität ist das feste Band, das die Kämpfer für die gemeinsame revolutionäre Sache verbindet und das nur zerstört werden kann, wenn man den Kampf und damit sich selbst aufgibt." Die "gemeinsame revolutionäre Sache", die Horst Mahler als Grundlage der Solidarität bezeichnet, ist der Kampf für die Beseitigung der Ausbeutung und Unterdrückung des Volkes, für den Sturz der kapitalistischen Ausbeuterordnung. Es ist die proletarische Klassensolidarität, die siegen hilft. Ihre Kraft zeigt sich in dem Vertrauen, das in den Worten eines Mannes zum Ausdruck kommt, der seit 1970 gefangengehalten wird und zu insgesamt 14 Jahren Gefängnis verurteilt worden ist. Erinnern wir uns: Horst Mahler - heute Mitglied der ROTEN HILFE - ist in den sechziger Jahren bekannt geworden als entschiedener Kämpfer gegen den imperialistischen Krieg und gegen die politische Unterdrückung, nicht zuletzt als mutiger Anwalt politisch Verfolgter.

Die Bourgeoisie rächte sich an ihm, indem sie ihm - gestützt auf die Lügen des gekauften "Kronzeugen" Ruhland - die Beteiligung an einem Bankraub anhängte. Horst Mahler hat sich durch die jahrelange Haft jedoch nicht kleinkriegen lassen. Im Gegenteil - die Kraft der proletarischen Solidarität erweist sich gerade dadurch, daß er im Gefängnis den Pessimismus und die Massenverachtung des kleinbürgerlichen Anarchismus überwunden hat und zu einem aktiven Kämpfer für ein unabhängiges, vereintes und sozialistisches Deutschland geworden ist.

Die anwachsende Bewegung für die Freiheit Horst Mahlers ist heute die Spitze des Kampfes für die Freiheit aller politischen Gefangenen in Deutschland. 7000 politische Gefangene gibt es in unserem Land, die meisten davon in der DDR. Diese Tatsache kennzeichnet schlaglichtartig das Ausmaß der politischen Unterdrückung in beiden Teilen Deutschlands: In der BRD und Westberlin zeichnet sich drohend die Gefahr des Faschismus ab; in der DDR übt die neue Bourgeoisie mit Hilfe der russischen Besatzer bereits eine faschistische Diktatur aus. Die zunehmende politische Un-

terdrückung hat die Aufgaben der ROTEN HILFE als sozialistischer Solidaritäts- und Schutzorganisation stark anwachsen lassen und erfordert darüber hinaus, daß sich Antifaschisten, Demokraten und Kommunisten im Kampf gegen diese Entwicklung zusammenschließen.

Stärker geworden ist aber auch der Gedanke der Solidarität mit den politisch Verfolgten in beiden Teilen unseres Landes; er hat unter den Menschen aus allen Teilen des Volkes weiter Fuß gefaßt. Diese Solidarität hat dem bürgerlichen Staat Siege abgetrotzt. Um nur zwei Beispiele zu nennen:

Die türkischen Patrioten, die in Köln aufgrund des Besitzes von Schriften Lenins und Mao Tsetungs wegen "Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung" verurteilt worden waren, mußten nach jahrelanger Haft freigelassen werden; ihre Abschiebung in die Türkei konnte verhindert werden.

Der Kommunist Fritz Gildemeier (Augsburg) bleibt Rechtsanwalt! Einer breiten Solidaritätsfront ist es gelungen, das geplante Berufsverbot gegen ihn vorerst zu verhindern. Damit ist der erste Versuch, einen Rechtsanwalt wegen Mitgliedschaft in der KPD aus der Anwaltschaft auszuschließen, gescheitert. So sehr die beiden herrschenden Klassen in Deutschland die Entrechtung und Unterdrückung verschärft haben, so sehr stoßen sie überall auf Widerstand. Statt "Ruhe und Ordnung" haben sie Unruhe und gerade die von ihnen so gefürchteten "Solidarisierungsprozesse" hervorgebracht.

Die Verhaftungen, die die DDR-Regierung nach der Ausweisung Biermanns für nötig hielt, und die russischen Panzer, die Honecker in Riesa (Sachsen) auffahren ließ, legen Zeugnis vom sprunghaft wachsenden Widerstand gegen die sozialfaschistische Herrschaft der neuen Bourgeoisie ab.

Die westdeutsche Bourgeoisie und ihr Staatsapparat haben zuletzt in Brokdorf demonstriert, daß sie bereit sind, die Instrumente des Bürgerkriegs einzusetzen, um den Widerstand des Volkes zu brechen. Aber die Unterdrückung weckt stets neue Kräfte des Widerstands und die Solidarität läßt sich nicht auslöschen. Wie tief die Furcht vor der Solidarität den Kapitalisten und ihren Lakaien in den Knochen steckt, zeigt der Versuch, die Ermittlungen der ROTEN HILFE in Brokdorf und Umgebung zu verhin-

dern. Der folgenden Bekanntmachung der Polizei, die am 19. 11. 1976 in der "Wilsterschen Zeitung" erschien, war jedoch kein Erfolg beschieden:

Die Polizei warnt

Brokdorf. Die Polizei Wewelsfleth macht darauf aufmerksam, daß nach den Krawallen um den Bau des Kernkraftwerkes in Brokdorf zur Zeit Personen die Bevölkerung nach Augenzeugenberichten zu den Vorfällen befragen und um Unterschriften bitten. Die Polizei warnt die Bevölkerung, hier irgendwelche Unterschriften zu leisten, und bittet die Betroffenen, ihre Meldungen lediglich gegenüber der Polizei anzuzeigen.

Die Herrschenden in beiden Teilen Deutschlands wissen sehr genau, warum sie jeden gerechten Kampf, jeden Widerstand, ja selbst die einfachsten Formen von Solidarität fürchten müssen. SOLIDARITÄT HILFT SIEGEN - diese wertvolle Erfahrung, die die Ausbeuteten und Unterdrückten aller Länder in der langen Geschichte der Klassenkämpfe gewonnen haben, muß in noch größerem Umfang in die Tat umgesetzt werden: - Jeder, der überzeugt ist, daß das große Ziel einer menschenwürdigen Gesellschaft ohne Ausbeutung und ohne Unterdrückung nur erreicht werden kann, wenn die proletarische Klassensolidarität die Volksmassen ergreift und für sie zu einer Waffe gegen den Terror und die Spaltungsversuche der niedergehenden Bourgeoisie wird, der sollte heute helfen, diese Solidarität zu propagieren und zu organisieren. Er sollte MITGLIED DER ROTEN HILFE WERDEN!

- Jeder, der angesichts der faschistischen Gefahr im Westen und der sozialfaschistischen Diktatur im Osten unseres Landes von der Notwendigkeit der politischen, moralischen, materiellen und juristischen Unterstützung überzeugt ist, die die ROTE HILFE für die politisch Verfolgten zu organisieren bemüht ist, kann die Arbeit unserer Organisation durch Spenden unterstützen. Der Stärkung des RECHTSHILFEFONDS der ROTEN HILFE kommt eine zentrale Bedeutung zu, "um die Politik der Bourgeoisie zu durchkreuzen, durch hohe Geldstrafen und Gerichtskosten die besten Kräfte des Volkes ihrer Existen zu berauben und so die Arbeiterklasse und das Volk vom Kampf um ihre nationale und soziale Befreiung abzuhalten." (Leitsätze der ROTEN HILFE)

Spendet für den RECHTSHILFEFONDS! SCHAFFT ROTE HILFE!

Herausgeber: ROTE HILFE, Landesverband Nord und KOMMUNISTISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS (KPD); Regionalkomitee Wasserkante.

Diese Broschüre ist gegen Vorauszahlung zu bestellen bei ROTE HILFE, Bahrenfelderstr. 52, 2000 Hamburg 50, oder KPD, Eimsbütteler Chaussee 21, 2000 Hamburg 19.

Verantw. i. Sd. Presse G: U. Lenz, Eimsbütteler Chaussee 21, 2000 Hamburg 19

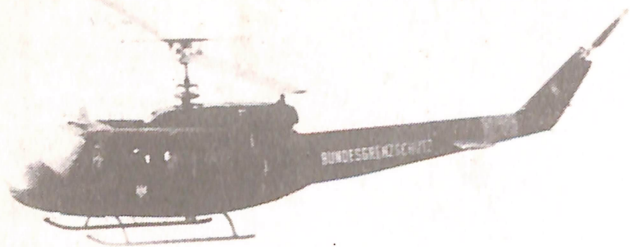
Ladenpreis: DM 2.-

Papier tiger

KuKuCKs-Bibliothek & Archiv

Friedrichstr. 31
1000 Berlin 61
251 62 18





PRIVATEIGENTUM
BETRETEN VERBODEN

Der Eigentümer
Nordwestdeutsche Kraftwerke AG

Hier entsteht unser
Kraftwerk Brokdorf

Auf dem Gelände befinden sich wertvolle
Anlagen und Bäume.
Bitte haben Sie Rücksicht und
halten Sie sich an die
Anweisungen der
Sicherheitskräfte.

**SCHLUSS MIT DEN
BÜRGERKRIEGSMANÖVERN!**